

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei im Inland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustriertes Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsliste. Unter Anrufbuch für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pf. (zulässig 2 Zeilen für die erste Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Entrechtete Preußens!

# Gebt Eure Antwort auf die neue Provokation des Dreiklassenlandtags in den Massenversammlungen am Mittwoch!

### Provokation auf Provokation!

Mit edlerer Dreistigkeit hat selten noch eine herrschende Klasse, die durch die wirtschaftliche Entwicklung längst erledigt ist, das Schicksal herausgefordert als unser Junkertum und die mit ihm verbündeten schwarzen Götter vom Zentrum. Das beispiellose Gaukelspiel, das mit dem elementarsten Rechte des Volkes, dem Wahlrecht in Preußen, getrieben wird und nun schon seit einer langen Reihe von Jahren getrieben wird, verrät wirklich ein solches Maß von Verantwortunglosigkeit und frivoler Provokationslust, wie sie in der Geschichte kaum jemals vorhanden gewesen sein dürfte.

Schon seit Jahrzehnten wird von breiten Schichten des preußischen Volkes und der ganzen deutschen Nation die Dreiklassenwahl als bodenlose Rückschritt und schreiende Vergewaltigung der Volksmassen empfunden. Und seit länger als einem Jahrzehnt datiert die Parole der stärksten deutschen Partei, den Kampf gegen diese unerträgliche Rechtsverweigerung der großen Masse der Staatsbürger gegenüber mit aller Kraft aufzunehmen. Und daß diese Beschlüsse nicht nur auf dem Papier standen, sondern dem aufs tiefste verletzten Empfinden der Volksmassen entsprangen, bewiesen ja die kolossalen Massendemonstrationen, die bereits vor sechs und sieben Jahren in Preußen stattfanden — Massendemonstrationen von solcher Ausdehnung über das ganze Land und so enormen Dimensionen, daß die vielgerühmten Agrarierkundgebungen im Zirkus Busch oder im Sportpalast ihnen gegenüber zu geradezu winzigen Demonstrationen zusammenschrumpften.

Daß gewaltige Schichten der entrechteten Staatsbürger ihre Rechtlosigkeit als brennende Schmach empfanden, wurde denn auch selbst innerhalb der Regierung nicht länger verkannt. Denn während noch 1906 der spezielle Vertrauensmann der Junker, der preussische Finanzminister v. Rheinbaben, erklärte, daß die Regierung fest auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts stehe und sich durch keine sozialdemokratische Agitation von diesem Standpunkt abbringen oder sich Konzessionen abtrotzen lassen werde, wurde zwei Jahre später in der Thronrede die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß es der Wille des Königs sei, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus „eine organische Fortentwicklung“ erführen und daß der König darin „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erblicke. Diese Erklärung wurde im Jahre 1908 in feierlichster Form abgegeben. Und heute, im Sommer 1912, herrscht nicht nur im Dreiklassenparlament noch immer jenes unsägliche Wahlrecht, das schon Bismarck das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, sondern es hat durchaus das Aussehen, als ob auch der für den Zeitraum 1913 bis 1918 gewählte neue Landtag wiederum aus Wahlen hervorgehen sollte, die im Zeichen des skandalösen Dreiklassenwahlsystems stattfinden werden!

Wir Sozialdemokraten pflegen die Richtigkeit unserer Argumente und Forderungen sicherlich zu allererst auf die Ansichten und Absichten eines Königs zu stützen. Denn wir Sozialdemokraten vertreten ja ebenso wenig die Interessen einer Dynastie, wie die einer privaten Minderheit überhaupt, sondern die Interessen der großen Massen des Volkes. Aber gerade in einem Augenblick, wo das gesamte Bürgerium (nicht einmal der Freisinn macht ja eine rühmliche Ausnahme) sich über die sozialdemokratische Kritik an der herrschenden Bürokratie in so abgeschmackter Weise entrüstet, verdient es besonders sorgfältig zu werden, daß die ganze Politik der ausschlaggebenden Parteien im Dreiklassenparlament nichts war als eine perfide und höhnische Durchkreuzung der Absichten des Königs! Wie bei der Kanalvorlage die Junker der ausdrücklichen Willensäußerung des Monarchen spotteten, so auch in der Wahlrechtsfrage. Daß „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ so schwachvoll verschleppt und immer wieder durch die schlimmsten Manöver der ausschlaggebenden Parteien des Dreiklassenhauses durchkreuzt werden konnte, das beweist in der Tat, was von der so oft in der laienhaftesten Weise be-

teuerten Monarchentreue unserer herrschenden preussischen Machthaber zu halten ist!

Die schamlose Bosse, die sich das Junkertum am 27. Juni des vorigen Jahres leistete, um auch nur das kleinste positive Resultat der Wahlrechtsberatung zu verhindern, haben wir in unserem Sonntagartikel bereits gekennzeichnet. Diesmal war es nicht möglich, durch eine solche Komödie Verwirrung anzustiften. Diesmal mußten die Parteien Farbe bekennen, ob sie auch nur bereit waren, das gänzlich unzulängliche, aber wenigstens den allerersten Schritt darstellende Zugeständnis der geheimen und direkten Wahl zu konzedieren. Aber nicht einmal zu diesem bettelhaften Almosen fand sich die schändliche Dreiklassenmehrheit bereit! Das Junkerparlament ist offenbar derart mit Blindheit geschlagen, daß es dem Verderben befinnungslos entgegenwinkt! Anders ist es wenigstens nicht zu verstehen, daß das Haus des Geldwahlrechts und der agrarischen Wahlkreiseinteilung Provokation auf Provokation häuft und über die Massen der empörten Wahlrechtsdemonstranten die Baugasse des ärgsten Hohnes kübelweise ausschüttet!

Es war lange, bevor das gegenwärtig amtierende und nun schon seinem Ende entgegenende Dreiklassenparlament gewählt wurde, als ein freisinniger Politiker den überaus zahmen Vermittlungsvorschlag machte, die Regierung möge schleunigst ein Notgesetz zwecks Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts machen und dann den mit Hilfe dieses Notgesetzes zustande gekommenen Landtag beauftragen, die weitere Wahlreform zu beraten. Wir haben damals diesen freisinnigen Vorschlag als eine allzugroße Konzession an das Privilegiertenregiment und die Verteidiger des Geldwahlrechts abgelehnt. Umso unglaublicher ist es, daß selbst jetzt Regierung und ausschlaggebende Parteien des Dreiklassenparlamentes nicht einmal daran denken, auch nur vor den Neuwahlen des Jahres 1913 eine erste Notreform in dem Sinne eintreten zu lassen, wie sie damals, vor mehr als einem Jahrzehnt, von freisinnigen Parlamentariern befürwortet wurde! Das läßt sich nur so erklären, daß die Regierung selbst die Forderungen der Thronrede als nicht geschehen betrachtet und als bewußte Geschäftstägerin des brutalen Junkerwillens sich jeder Wahlreform höhnisch-provokatorisch entgegenstemmt!

Und wie die Regierung sich zum Handlanger des Junkertums entwürdigt, so leisten natürlich erst recht auch die geschäftigen Lakaien der Reaktion, die Herren vom Zentrum, dem junkerlichen Gewaltthronen wider die Volksrechte jegliche Heeresfolge. Wie sie das Zentrum, in dessen Programm das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen steht, bei der Wahlrechtsvorlage im Jahre 1910 den Konservativen zuliebe jede Verbesserung des Wahlrechts zu Falle brachte, so half es auch diesmal den Junkern, die Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts zu durchkreuzen! Zählt man die Wählerstimmen der Parteien, die in Preußen für das direkte und geheime Wahlrecht eintreten, so ergibt sich eine starke Zweidrittelmehrheit. Und selbst wenn man nur die Stimmen der preussischen Abgeordneten dieser Parteien, nämlich des Zentrums, der Nationalliberalen, der Freisinnigen, der Polen, der Sozialdemokraten und der Dänen, zählt, ergibt sich eine Mehrheit von 230 gegen 213 Stimmen. Wenn trotzdem bei der Abstimmung über den freisinnigen Eventualantrag, der nichts verlangte, als die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts, der konservativ-freikonservative Block der unverblühtesten Wahlrechtsgegnerschaft eine Mehrheit von einigen 30 Stimmen auf sich vereinigte, so lag das lediglich daran, daß vor allen Dingen das Zentrum es unterlassen hatte, eine große Anzahl von Drückebergern zu dieser so außerordentlich wichtigen Abstimmung heranzuziehen!

Daß das aber kein Zufall, sondern perfideste wohl-erwogenste Absicht war, schäbigste und niederträchtigste Rechnungsträgerei gegenüber

den Junkern, das beweist die Tatsache, daß es doch dem Zentrum gelang, bei der unendlich viel unwichtigeren Frage der Feuerbestattung die Abgeordneten bis auf ein halbes Dutzend zur Sitzung heranzuschleppen! Auch hier hat also wieder das Zentrum die Rolle des Volksverräters, die niederträchtigste Judasrolle gespielt! Daß die Nationalliberalen durch ihre Lässigkeit an dem Resultat mitgewirkt haben, mildert die Schuld des Zentrums nicht im geringsten, denn die Wahlrechtsfreundschaft der Nationalliberalen war ja seit jeher als Ware zweifelhaftester Qualität berüchtigt, während das Zentrum seinen Eifer für eine Wahlreform jederzeit in der marktschreierischsten Weise beteuert hat!

So wurde durch den infamen Verrat des Zentrums auch die Einwirkung auf die Regierung vereitelt, die nach Lage der Dinge zu erwarten gewesen wäre. Das Zentrum will eben aus niedrigstem Parteigoismus und als eingeschworener Bundesgenosse des Junkertums unter allen Umständen durchsehen, daß auch das nächste Jahr fünf preussischer Politik und Reichspolitik unter dem lähmenden Bann des borusischen Dreiklassenregiments und seiner Ruynier, des blaueschwarzen Blocks, steht!

So häuften die Reaktion denn Provokation auf Provokation. Wenn es diesen Wahlrechtsheuchlern und -Menscheln nachgeht, wird auch im Jahre 1918 das verkümmerte preussische Volk, die preussische Nation, der eigentliche Träger der nationalen Wohlfahrt, der wirkliche Schöpfer des Nationalreichtums, noch unter einem ebenso verächtlichen Helotentum seufzen, als gegenwärtig!

Wird sich aber die Masse des preussischen Volkes solch unausgesetzte Provokationen widerstandslos gefallen lassen?

Am Mittwoch hat das Volk in Preußen das Wort!

Und wenn auch die Regierung wie im Abgeordnetenhaus durch Abwesenheit glänzen wird, und wenn auch die Privilegierten gleich dem Vogel Strauß ihren Kopf in den Sand stecken werden: der Protest der Massen wird darum nicht minder eindringlich ausfallen!

Und der Wille der Volksmehrheit wird auch zur Tat werden! Jede Provokation wird den Zeitpunkt der Erfüllung des Volks- und Massenwillens nur um so rascher herbeiführen! **Mene tekel!**

Neuerlich bot das Haus denselben Anblick wie bei den Wahlrechtsdebatten der letzten Jahre. Vor dem Portal in der Prinz-Abrecht-Straße und auf dem gegenüberliegenden Bürgersteige eine Einlage begehrende Menge, die schon durch ihre bloße Anwesenheit bewies, daß das Volk der Wahlrechtsfrage ein lebhaftes Interesse entgegenbringt. Aber nur einem kleinen Teile war es vergönnt, die heiligen Gassen zu betreten, der Präsident v. Erffa hatte für strenge Abperlungsmassregeln gesorgt, und wer nicht zufällig im Besitz einer Karte war, dem war der Zutritt verweigert. Die Abgeordneten hatten sich in verhältnismäßig großer Zahl eingefunden, nur in den Reihen des Zentrums bemerkte man auffallend viele leere Sitze. Offenbar hatte das Zentrum wieder einmal Abkommandierungen in großem Umfang vorgenommen, um ein falsches, der Zusammensetzung des Hauses nicht entsprechendes Votum herbeizuführen. Ganz leer blieben die Plätze der Regierung. Weder Herr v. Bethmann Hollweg, noch Herr v. Dallwitz hielten es der Mühe für wert, sich selbst von der Stimmung des Hauses zu überzeugen. Dazu ist diesen reaktionären Herren die Wahlrechtsfrage nicht wichtig genug.

Leider hat die große Mehrheit des Junkerparlamentes kein Gefühl für die Mißachtung des Volkes, die in dem Nichterscheinen der Regierungsvertreter liegt. Sonst hätte sie nicht einen Antrag des Genossen Girsch, auf Grund der Verfassung die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Ministers zu verlangen, kurzer Hand ablehnen dürfen. Nur die Sozialdemokraten, Polen, Dänen und Fortschrittler stimmten dafür, letztere, nachdem sie sich zuvor geweigert hatten, einen Antrag unserer Genossen auf namentliche Abstimmung über diesen Antrag zu unterstützen.

Obwohl die Wahlrechtsfrage seit langer Zeit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht, obwohl im Parlament und außerhalb desselben viel darüber geredet ist, gelang



es einigen Rednern dennoch, neue Momente in die Debatte zu bringen und die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln. Das gilt namentlich von unserem Genossen Leinert, der nachdem Abg. Dr. Wiemer (Fortfchr. Wpt.) den Hauptantrag seiner Freunde auf Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und den Eventualantrag auf Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe, und Abg. Dr. Lehmann (natl.) den nationalliberalen Antrag auf Einführung eines Pluralwahlrechts begründet hatten, als erster Diskussionsredner das Wort erhielt. Leinert kritisierte zunächst die wahlrechtsfeindliche Haltung der Regierung und der Rechte, um sodann einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Dreiklassenwahlrechts zu werfen und an den König von Preußen das Verlangen zu richten, dem durch den Staatsstreich vom Jahre 1849 betrogenen Volke sein Recht wiederzugeben. Ebenso wie mit den Konservativen rechnete unser Genosse auch mit den Nationalliberalen und vor allem mit dem Zentrum ab, dessen heuchlerische Taktik bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage vom Jahre 1910 noch in frischer Erinnerung ist. Die zweite Hälfte seiner Rede bildete eine Auseinandersetzung mit den Gegnern der Sozialdemokratie, die die Worte unseres Genossen Scheidemann über Preußen systematisch verdrehen, um daraus Kapital gegen unsere Partei zu schlagen. Unumwunden bekannte sich Leinert namens der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses zu den Worten Scheidemanns, und unter dem Geheul der Rechte bewies er, wie begründet die Ausführungen Scheidemanns sind, wie recht er hatte, als er die Junterherrschaft in Preußen so scharf brandmarkte.

Nach Leinert bestieg König Seydebrand in höchst-eigener Person die Tribüne. Aber sein Auftreten war nichts weniger als königlich. Daß er von einer Reform des Dreiklassenwahlrechts nichts wissen will, ist bekannt, daß er aber keine Abneigung gegen jede Wahlrechtsreform mit den Interessen seiner Partei begründete, war zum mindesten recht unvorsichtig. Wer noch daran gezweifelt hat, daß die Konservativen sich einzig und allein von Parteirücksichten leiten lassen, der wird durch die Rede ihres anerkannten Führers eines anderen belehrt sein. Je weniger Herr v. Seydebrand vom Wahlrecht sprach, desto mehr erging er sich in Angriffen zunächst gegen die Fortschrittler, denen er ihr Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie nicht verzeihen kann, und schließlich gegen die Sozialdemokraten, besonders die sechs Vertreter unserer Partei im Dreiklassenparlament, die er nach Schulmeistermanier abzulanzeln für gut befand — ein Vergnügen, das er sich um so eher erlauben konnte, als er wußte, daß den Sozialdemokraten zur Erwidmung das Wort abgeknippt werden würde. Interessant war seine Mitteilung, daß die Fortschrittler gleichzeitig auch mit den Konservativen Wahlbündnisse abgeschlossen hätten. Den Beweis für diese Behauptung blieb er freilich schuldig, obwohl er die Aufzählung der einzelnen Fälle in Aussicht stellte. Wir können also nicht wissen, was daran Wahres ist.

Für das Reichstagswahlrecht für Preußen sprachen noch die Abgg. Herold (Z.) und Korfanty (Wole), gegen jede Reform verteidigte Herr v. Pappenheim durch die von ihm beantragte Reihenfolge der Abstimmungen, ähnlich wie schon früher einmal, aus den Verhandlungen eine Farce zu machen, aber er hatte diesmal kein Glück mit diesem Manöver.

Nach Schlußreden der Abgg. Dr. Bachnick (Fortfchr. Volkspartei) und Dr. Friedberg (natl.) erfolgte die Abstimmung. Zwar versuchte Herr v. Pappenheim durch die von ihm beantragte Reihenfolge der Abstimmungen, ähnlich wie schon früher einmal, aus den Verhandlungen eine Farce zu machen, aber er hatte diesmal kein Glück mit diesem Manöver.

Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung sämtlicher Anträge. Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen stimmten Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum, Dänen, Polen, für eine andere Wahlkreiseinteilung stimmten nur Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen. Der nationalliberale Antrag (Pluralwahlrecht) wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der fortschrittliche Eventualantrag endlich in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Linken und des Zentrums abgelehnt. Gätte das Zentrum seine Leute nicht zur Hälfte abkommandiert, so wäre er angenommen worden. Die Regierung mag sich also beim Zentrum bedanken, wenn sie sich in ihrer reformfreundlichen Haltung auf einen Beschluß des Hauses stützen kann.

Dienstag: Strafanträge gegen den „Vorwärts“, gegen Borchardt und Leinert.

## Die Liebesgabe.

Die Deckungsvorlage gelangte gestern im Reichstoge zur zweiten Lesung, nachdem zuvor nach kurzer Debatte die Reichsvertretung Deutschlands mit Bulgarien und der zweite Nachtragsetat erledigt waren. Von einer Deckung der durch die Wehrvorlagen entstandenen Ausgaben kann man in Wirklichkeit nicht mehr sprechen. Zuerst hat die Regierung auf die Verwirklichung der Bemühungen Absichten verzichtet und den Staatssekretär ausgesagt, der ihr in der Vertretung solidere Grundzüge etwas unbequem geworden war. Damals sollte die Branntweinsteuer vorlage immerhin 88 Millionen bringen, während der Rest durch die Wehrüberschüsse aufgebracht werden sollte. Inzwischen hat aber die Kommission auch noch von diesen 88 Millionen reichlich die Hälfte für andere Zwecke in Anspruch genommen, so daß eine weitere Streckung des Etats notwendig geworden ist. Wenn nun wenigstens die Vorlage selbst in ihrem sachlichen Inhalt berechtigt wäre! Ihre Verteidiger behaupten ja, daß sie die Liebesgabe aufhebt, und Zentrum und Konservativen geben sich den Anschein, als widerspreche sich die Linke und namentlich die Sozialdemokratie, wenn sie nach ihren früheren Angriffen auf die Liebesgabe jetzt der Befreiung des Kontingents nicht zustimmt. In Wirklichkeit bedeutet die Vorlage gar nicht die Ausschaltung eines unerhörten Steuerprivilegs, denn sie läßt die im Laufe der Jahre viel wichtiger gewordenen Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang bestehen. Es ist ein ganz plumper Täuschungsversuch, der hier unternommen wird, teilweise sicherlich in der Hoffnung, das böse Wort von der Liebesgabe werde aus dem politischen Vokabular verschwinden. Diese Hoffnung wird sich aber als trügerisch erweisen.

Unsere Genossen hatten eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, die der Vorlage wirklich einen anderen Charakter geben konnten. Neben der Aufhebung der Wehrverpflichtung, des Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwangs im geltenden Gesetz beantragten sie auch, daß das Kontingent (außerhalb der Reservatstaaten Baden, Württemberg und Bayern) in der Weise beseitigt werde, daß nicht der niedrigere Abgabensatz von 100, sondern der höhere von 125 aufgehoben werde. Diese Befreiung nur des unersetzten Sigurjages hätte einmal den Erfolg gehabt, daß der

Spirituspreis zum Sinken gebracht worden wäre, und zum anderen machte er den Weg frei für die Erbschaftsteuer. Denn nachdem aus dem Gesetz selbst der erwartete Ertrag nicht mehr hätte erwachsen können, war unsere Fraktion bereit, zum Ersatz für die aufgehobene indirekte Steuer die Erbschaftsteuer zu bewilligen. Allein wie in der Kommission, so vergingen auch im Plenum die Nationalliberalen all die Versprechungen und all die großen Reden, die sie während des Wahlkampfes über die Erbschaftsteuer verbrochen haben. Sie stimmten zum größten Teil gegen unseren Antrag und brachten damit, gerade so wie neulich in der Budgetkommission, die Erbschaftsteuer zu Fall. Ebenso stimmten sie gegen unseren Antrag, die von der Kommission zuzunehmende des technischen Spiritus abgezogenen 16 Millionen für die Erhöhung der Beihilfen an die Kriegsteilnehmer und für die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf das 65. Lebensjahr zu verwenden.

In der Generaldebatte, die zu dem § 1 stattgefunden hatte, waren unsere Redner Dr. Südekum, Dr. Weill und Wurm beredtlich bemüht gewesen, in ausführlichen und absolut einwandfreien Darlegungen die Mehrheit zu einer besseren Ueberzeugung zu bringen. Des Kompromiß war nun einmal zwischen dem schwarzen Blau und des großen Mehrheit der von den Großen brennenden Paasche und Sieg geführten Nationalliberalen fertig, und diese Mehrheit ließ sich nirgends und in keinem Punkte stören. Ein einziger Änderungsantrag, die Vergünstigung für das Weltweiz auszunehmen, der von dem Genossen Davidsohn begründet war, wurde angenommen. Alle anderen stießen dem unerbittlichen Nichtschwanz zum Opfer, das die kompakte Mehrheit führte. Selbstverständlich wurden von dieser Majorität abgelehnt diejenigen unserer Anträge, die prinzipielle Bedeutung hatten und die wir oben angedeutet haben. Aber auch die kleinsten und bescheidensten Modifikationen fanden keine Gnade, mochten sie noch so berechtigt sein. Den Standpunkt unserer Fraktion zu den einzelnen Paragraphen und unsere Auffassung, wie sie in den Änderungsanträgen ausgedrückt war, vertraten unsere Genossen Peizotes, Dr. Südekum, Dr. Weill und Wurm.

Nur in einem Punkte — außer dem Weltweiz — wurde das Gesetz amendiert: die Kommission hatte eine Bestimmung aufgenommen, wonach das Kontingent (in den Reservatstaaten, wo es allein noch bestehen bleibt) auf höchstens 3000 Hektar begrenzt werden sollte. Diese Aenderung, die den Großen im Süden begrifflicherweise sehr auf die Nerven gefallen war, wurde von der Mehrheit wieder ausgeschaltet, nachdem das Zentrum, entgegen seiner Haltung in der Kommission, sich wieder zum großen Heerhaufen zurückgefunden hatte.

## Die industrielle Unruhe.

Aus London wird uns geschrieben: Die andauernde Unzufriedenheit und Erbitterung der arbeitenden Klassen beunruhigt die herrschende Klasse Großbritanniens mehr denn je. Handel und Industrie gedeihen, die Geschäfte gehen gut, und triumphierend beweisen die Liberalen an den gewaltig gestiegenen Ziffern des Export- und Importhandels, wie vortrefflich sich das System des Freihandels bewährt. Und dennoch trotz all des ziffernmäßigen Wohlergehens ist das arbeitende Volk unzufriedener denn jemals. Das beunruhigende Problem hat die Schriftgelehrten und Pharisäer der gesamten Bourgeoisie auf die Beine gebracht, um die Ursache der „industriellen Unruhe“ zu ergründen. Diese verbreiten geflüstert die Mär von einer großen anarchistischen Syndikalistischen Verschwörung, um die Arbeiterbewegung zu verwirren und in Mißkredit zu bringen. Neue behandeln die Frage wie ein großes Geheimnis, in das einzudringen keinem Sterblichen gestattet sei. Selbst das Kabinett hat sich genötigt gesehen, sich mit der Frage zu befassen. Einige seiner Mitglieder haben sich zu einer Untersuchungskommission zusammengesetzt — zu einem parlamentarischen Papierkorb, in den alle unangenehmen Meinungen wandern.

Auch Herr Lloyd George, der solche prächtige Reden halten kann, in denen er dem Volke „seltene und erfrischende Früchte für seine lechzenden Lippen“ verspricht, hat sein Sprüchlein über die industrielle Unruhe hergesagt. Als viel-erfahrener Wahlagent benutzt er die Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit auf den alten liberalen Räder, die Landreform, zu lenken. Er argumentiert: die Löhne der städtischen ungelerten Arbeiter sind hauptsächlich deshalb so niedrig, weil die Löhne der Landarbeiter so niedrig sind, aus deren Reihen sich diese Arbeiterschicht rekrutiert. Erhöhen wir deshalb die Löhne der Landarbeiter zuerst. Wenn aber der Sozialkämpfer an den Punkt gelangt, an dem er erklären muß, wie das geschehen soll, wird es mit einem Male nebelhaft. Und in diesen Nebel schmuggelt er die liberale Landpolitik ein, deren erster Teil, der unter der Begleitung einer Wagnertuba das Licht der Welt erblickte, den Landarbeitern nichts genützt hat und dem Staatsfiskus weniger eingebracht hat als der Tod eines Millionärs.

Vergebens durchblättert man die bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften nach einer vernünftigen Erklärung der Unruhe und haltbaren Reformvorschlagen. Von eingefleischten Tarifreformern wird die industrielle Unruhe natürlich wie alle Vorfälle auf das Konto des Freihandels gesetzt. Aber man findet heute selbst unter den Leuten, die den fiskalischen Wunderglauben noch nicht verloren haben, nur wenige, die in vollem Ernst die These verteidigen, daß der Wohlstand des Volkes durch eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung gehoben werden kann. Andere Konservative preisen recht eindringlich das System der Gewinnbeteiligung an, mit dem sie dem proletarischen Simson die Haare scheren wollen. Die Ausführungen und Vorschläge der Liberalen bewegen sich ausschließlich in dem Milieu, das man als das gesellschaftliche Hospitalwesen bezeichnen könnte. Diese Leute vergessen, daß es dem britischen Proletariat gegenwärtig weniger um seine Kranken und Vermundeten zu tun ist, als um die Erhaltung seiner gesunden Kräfte. Die Arbeiter sind zur Ueberzeugung gekommen, daß alle die sozialen Pestplaster des Liberalismus nicht die Wirkung haben können wie ein auskömmlicher Lohn und eine menschenwürdige Existenz.

Etwas aus dem gewöhnlichen Gleis bewegt sich der Schriftsteller Wells, der in der „Daily Mail“ der Bourgeoisie rät, sich im Verhandeln mit der Arbeiterschaft mehr geistlos als „gentlemen“ aufzuführen. Von seiner Schreibstube aus hat Wells nicht bemerkt, daß es in der modernen kapitalistischen Welt weniger auf die edlen oder unedlen Gefühle des einzelnen Kapitalisten als auf den wölfischen Dividendenhunger der Aktionäre ankommt. Auch meint Wells, daß die wachsende Entfremdung der Klassen durch die Vorherrschaft der Juristen in der Regierung und im Parlament gefördert werde und daß die Juristen, denen nur an der augenblicklichen Beruhigung, nicht aber an der Befriedigung

des Proletariats gelegen sei, in die Gerichte verbannt werden müßten. Wells überieht hier, daß die Liberalen und konservativen Advokaten im Parlament und in der Regierung gerade so wie in den großen Unternehmungen nur die geschickten Sachverwalter der Kapitalisten sind und daß ihr Erprobis die Form des Klassenkampfes vielleicht nur verschärfen würde.

In der allgemeinen Suche nach einer neuen Frisur für den Kapitalismus findet die einfache und richtige Erklärung der industriellen Unruhe nur ungläubige und ungeduldige Zuhörer in der Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft Großbritanniens ist unzufrieden und erbittert, weil sie sieht, daß sie an dem gewaltig anwachsenden Reichtum des Landes keinen Anteil hat, und weil ihr der Sieg durch die Welt zehrende Sozialismus die Augen geöffnet hat. Wie in der Geschichte ist der Unterschied zwischen der besitzenden Klasse, die alle Vorteile des Gesellschaftssystems genießt, und der arbeitenden Klasse so auffallend gemessen wie heute. Dazu kommt, daß unsere leitenden Genossen der Arbeiterschaft ziffernmäßig bewiesen haben, daß sie seit einer halben Generation keinen materiellen Fortschritt zu verzeichnen hat, während die besitzenden Klassen ihren Reichtum in der Periode ungeheuer vermehrt haben. Daß es sich bei den Arbeiterkämpfen der letzten Zeit nicht nur um einfache Lohnbewegungen handelt, daß höhere Triebkräfte im Spiele sind, beweist die andauernde Unzufriedenheit selbst in den Verufen, in denen die Arbeiterschaft in den letzten Monaten ganz erhebliche Gewinne erzielt hat. Die Gegner der Arbeiterschaft wissen die Gefahr, die dem Kapitalismus durch das sozialistische Erwachen des Proletariats droht, wohl einzuschätzen. Daher auch die von der „Times“ sein eingefädelte Kellams für den anarchistischen Syndikalismus, den man züchten will, um die Reihen der Arbeiter in Verwirrung zu bringen. Als Massenbewegung ist der Sozialismus in Großbritannien noch in seiner Kindheit, und deshalb können diese Manöver der anarchistischen Ordnungsmänner der Bewegung auch sehr gefährlich werden. Das Wort „anarchistenfreundlich“ ist hier in dem gewöhnlichen Sinne zu verstehen. In den Spezialartikeln, die die „Times“ in der letzten Zeit über das Thema veröffentlicht, macht sie den Sozialismus herunter, um den Syndikalisten schmeichehafte Worte zu sagen.

Man hat in der Vergangenheit zu häufig die lang erwartete Entfaltung des Sozialismus in England vorausgesetzt, als daß man diese Prophezeiung auf dem Kontinent schließlich nicht etwas skeptisch entgegengenommen hätte. Immer wieder gelang es den herrschenden Klassen, dem Sozialismus ein Bein zu stellen. Nun da diese Entfaltung im ganzen Lande in allen Schichten der Arbeiterschaft unwiderstehlich eingeleitet hat, mag diese Skepsis noch etwas nachwirken. Man kann aber berichtet sein, daß der ungeliebte Gast, der jetzt so beharrlich in Gestalt der „industriellen Unruhe“ an der Türe klopft, der inzwischen manches Neue gelernt hat, sich nicht wieder abweisen lassen, sondern sich diesmal im Bankettaal häuslich niederlassen wird.

## Das Urteil gegen Tom Mann.

London, 20. Mai. Das Urteil über den Arbeiterführer Tom Mann, der während des Grubenarbeiterstreiks Soldaten aufgefordert hatte, dem Befehl, auf Streikende zu schießen, nicht zu gehorchen, ist von sechs auf zwei Monate Gefängnis herabgesetzt worden.

## Der Krieg.

Ein Bombardement an der Kleinasiatischen Küste. Italienische Kriegsschiffe haben den kleinen Küstenort Marmariza an der Kleinasiatischen Küste gegenüber von Rhodos bombardiert. Der „Messaggero“ schreibt darüber: Gewöhnlich befindet sich in Marmariza eine kleine türkische Besatzung, die letzten betraglich verstärkt wurde. Die Türken versuchten zweifelslos, vorerst kleiner Boote aus einer der Sporaden eine Landung auszuführen. Das Schlachtschiff „Regina Margherita“ bombardierte die Küste von Marmariza in der Absicht, einen Konzentrationspunkt der feindlichen Streitkräfte zu zerstören. Man darf nicht glauben, daß Italien an eine Landung an der Küste Afriens denkt; man will im Gegenteil jeden Verbindungsweg zwischen den Inseln und dem Festland unterbrechen. Außerdem versucht man durch Beunruhigung verschiedener Punkte Kleasiens auch die inneren Verbindungen der Türken zu erschweren. Die Tätigkeit Italiens im Ägäischen Meer wird sich auch weiterhin in der Besetzung anderer Inseln zeigen.

## Berichte über den Kampf auf Rhodos.

Konstantinopel, 19. Mai. Nach einer beim Kriegsministerium eingegangenen Depesche haben die Türken auf Rhodos nach einem heftigen, angeblich 48stündigen Kampf über 200 Tote verloren. Der Rest der Türken, 1200 Mann, wurde gefangen genommen.

Rom, 20. Mai. Ueber den Kampf bei Psithos ist ein ausführlicher Bericht des Generals Ameglio eingelaufen. Es heißt darin: Nachdem Ameglio erfahren hatte, daß der Feind sich auf den St. Eliasberg zurückziehen beabsichtigte, faßte er den Beschluß, ihn bei Psithos einzuschließen, um ihn an der Bildung von Banden zu hindern und zum Entscheidungskampfe zu zwingen. Nachdem Ameglio also seine Operationsbasis verläßt und eine angemessene Besatzung zurückgelassen hatte, brach er plötzlich am 15. Mai um 7 Uhr abends mit allen Truppen auf, die in drei Kolonnen eingeteilt waren. Die Hauptkolonne, die Ameglio persönlich befehligte, wandte sich zu Lande nach Psithos auf einem ermüdenden, 40 Kilometer langen und durch gebirgiges Terrain führenden Marsche.

## Neue Italiener-Ausweisungen.

Konstantinopel, 20. Mai. Die Spalte hat der deutschen Botschaft eine Liste von 96 Italienern übermittelt, deren Ausweisung beschlossen worden ist. Es befinden sich unter ihnen ein Vizekonsul, ein Doktor, ein Ingenieur und zwei Kaufleute.

## Befehung einer zweiten Insel.

Rom, 20. Mai. Ein Funkentelegramm des Admirals Amero von Bord des Kriegsschiffes „Regina Margherita“ meldet, daß er gestern das Kriegsschiff „Pegaso“ abgeleitet habe, das die Uebergabe der Garnison der Insel Smyrna verlangte und die Gendarmen und den Kaimalam zu Gefangenen machte. Auch die türkischen Zivilbehörden werden von der Insel zurückgezogen, deren Verwaltung dem Bürgermeister und seinen Beamten übertragen wurde. Die Insel Smyrna ist durch enge Handelsbeziehungen mit Rhodos verbunden, die unmöglich hätten abgebrochen werden können.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Mai 1912.

### Auf, Antisozialisten, schließt die Reich!

Zur gleichen Stunde, da heute das Abgeordnetenhause durch Abwurf des Wahlrechtsantrages seine Oberhäufigkeit zu be-



weisen versuchte, hielten die Standesherrn ihren Eifer zur Erhaltung ihrer heiligsten Güter. Herr v. Puttkamer, der die Arbeitswilligen noch besser geschützt haben will, ritt in diesem Frühling in die Arena gegen den abwesenden Sozialismus, und als ob er, trotz Weisheit und Händelkloisheit, die Sache nicht gut genug gemacht hätte, trabte alsbald Herr v. K. ist auch noch an. Der Inhalt ihrer Reden ist oben vorweggenommen worden und es gehört nur noch dazu, daß Herr Puttkamer dem Freisinn und sogar den Nationalliberalen den Rat zu erteilen geruhte, sich doch ja aus dem Joch der Sozialdemokratie zu befreien. Da sieht Herr Padnick, was alle Militärfrömmigkeit im Bewilligen von neuen Kolonialspitzen nützt. Und nachdem Herr Puttkamer schließlich auf die Damenhüte gekommen war, hob Herr Kleist die Debatte auf die Höhe der Fichtegabe, indem er zum Angriff auf die Arbeiterpartei blieb. Preußen dürfe doch nicht ruhig abwarten, daß der Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit erhalte. Und das sagte der Mann, während drüben im Dreiklassenhaufe bizarr genug Händelbrand den Untergang der Sozialdemokratie an der Volkserückführung über Scheibemann und Vordardt anbeifahl. Leider verriet Herr v. Kleist nichts von seinem Schloßplan. Mit dem Sammlungsstuf allein werden sie es nicht wagen können! Und ob die Arbeiter über das, was sich von ihrem Standpunkt aus ergibt, nicht besser zu urteilen vermögen, als Herr v. Kleist, der ihnen erklärt, sie müßten eigentlich die Sozialdemokratie bekämpfen. Wenn das aber die Arbeiter nicht glauben wollen! Dann man sie denn alle einperseren oder ins Herrenhaus stecken! Kann man verzweifelt Herr v. Kleist, und darum lehrt er zu bewährteren Mitteln zurück: Er fragt erstens, warum man den vermaldeuten Wendel wegen des „Kopf ab!“ nicht sofort verhaftet hat — wenn Kleist erst wüßte, daß mehrere Stgl. preußische Staatsanwälte die Erhebung der Anklage abgelehnt haben! — und dann geht er zu Stöcker'schen Statistiken über: Juden, Religionen, und Konfessionslose sind die Obergenossen. Gegen die Fremdherrschaft ruft er zum Kampf — nicht gegen die der Junter natürlich — und zitiert Kleist's Verse gegen Napoleon. Immerhin für uns ein Kompliment.

Einige Redner bekämpften sich vernünftigerweise mit Volksgefühl und Städteaufstößen, worauf Unterstaatssekretär Holz wieder einmal das Wohnungsgesetz ankündigte. Er teilte auch mit, daß die Polizei im letzten Jahre 400 Antimierkweipen beseitigt hat.

Lange wurde über die „Dänengefahr“ geredet und verschiedene Redner, so Oberbürgermeister wie Aristokraten und unter ihnen der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, forderten die Regierung zu noch schärferem Jugereifen auf. Nur kein Mitleid mit den Heimatlosen war bei manchem die Parole, die die Dänen in der Nordmark sicher mit hoher Begeisterung erfüllen wird. Wundervoll war die Kombination dieser Reden mit Trauerweisen für den schlichten Dänenkönig, den die Samariter in Hamburg bei der Auffindung für einen besseren Auswanderer halten mochten. Man nahm einen Antrag Graf Mantau an, der die Regierung zur Vermeidung jeder Rachegefahr auffordert.

Professor Baldeger sprach über den Streit zwischen Verzeihen und Krankenkassen in verständlichem Sinn, und der Leiter des Redaktionswesens, Dr. Richter, beschäftigte ihn auf seine Frage, daß an eine Aufhebung des Impfgesetzes nicht gedacht werde. Nach sechsstündiger Sitzung verlegte man sich auf Dienstag.

### Das Fiasko der Streikjustiz im Ruhrrevier.

Vom Essener Landgericht wurde nach eingehender Verhandlung und nach mehreren Konferenzen festgestellt, daß Hunderte von auf Freiheitsstrafen lautenden Urteilen der Streikjustiz erster Instanz gesetzwidrig und deshalb ungültig sind.

Eine Anzahl der von den Schöffengerichten des Ruhrreviers verhandelten „Streikvergehen“ bestand darin, daß die Sünder den bei polizeilichen Abperrungen anlässlich des Schichtwechsels erfolgten Aufforderungen von Polizeibeamten zum Weitergehen nicht oder nicht schnell genug Folge geleistet haben sollen. Zahlreiche Personen wurden wegen solcher Vorkommnisse unter Berufung auf die Oberpräsidialverordnungen für Rheinland und Westfalen zu Haftstrafen von 1—4 Wochen verurteilt. Die ersten Verurteilungen zweier Vergleute gegen Hafturteile in Höhe von einer bzw. zwei Wochen wurden jetzt vor der Essener Strafkammer verhandelt. Hier stellte sich heraus, daß die angezogenen Oberpräsidial-Verordnungen ausschließlich Geldstrafen in Höhe bis zu 60 M. zulassen. Die beiden Vergleute erzielten dann auch Umänderung ihrer Freiheitsstrafen in Geldstrafen von 50 bzw. 30 M.

Es ist also kein Zweifel, daß eine Riesennenge erstinstanzlicher Urteile gegen Streikende hinfällig sind. Die überstellte Streikjustiz im Ruhrrevier, die von den Ministern in den Parlamenten als vorbildlich hingestellt wurde, hat ein schändliches Fiasko erlitten. Hinzu kommt noch, daß zahlreiche Verurteilte, die keine Rechtshilfe hatten, ihre ungesetzliche Freiheitsstrafe längst abgemacht haben. Bei diesen hat die Staatsanwaltschaft zweifellos die Verpflichtung, das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, denn es geht doch nicht an, daß im preußischen Rechtsstaate Hunderte von Menschen herumlaufen, die der Justiz nachsagen dürfen, eines heillosen Verfehls wegen unschuldig Freiheitsstrafe erlitten zu haben. Statt sich vor der Deffenlichkeit als schneidige Richter zu zeigen, hätte die Justiz auf ein ordnungsmäßiges Verfahren der Streikgerichte achten sollen, dann wäre der Rechtsprechung eine riesige Blamage und zahlreiche ihrer Opfer ungerechte Strafe erspart geblieben.

### Die Einigkeit in der nationalliberalen Partei.

Beiläufig hat der am 12. Mai abgehaltene nationalliberale Parteitag, auf dem von allen Rednern die Einheit, Einigkeit und befestigten Traditionen der nationalliberalen Partei gesehrt wurden, damit geendet, daß sich die Allliberalen, um die Jungliberalen besser bekämpfen zu können, zu einer Kampforganisation, dem „Allliberalen Reichsverband“, zusammengelassen haben. Jetzt hat diese Sonderorganisation beschlossen, in Berlin ein besonderes Bureau einzurichten und den bisherigen Abgeordneten Fuhrmann als dessen Leiter einzustellen. Der „Hannoversche Courier“ ist in der Lage, folgende Einzelheiten darüber zu melden:

Die neue Organisation wird eine besondere Zentralfstelle in Berlin erhalten, der der frühere Abg. Fuhrmann als geschäftsführender Direktor vorstehen soll. Von dieser Zentrale wird eine täglich erscheinende Korrespondenz für Zeitungen sowie ein Wochenblatt herausgegeben. Fuhrmann, der bisher dem Zentralbureau der nationalliberalen Partei als zweiter Generalsekretär angehörte, scheidet mit dem 1. Januar n. J. aus diesem Amte.

Den Rücktritt Fuhrmanns von dem Generalsekretariat bekräftigt die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“, ohne freilich zu sagen, welche neue Stellung der schon immer sehr weit rechts stehende Beamte der nationalliberalen Partei einnehmen soll.

Zugleich hat der „Nationalliberale Reichsverband“ eine Art Denkschrift anfertigen lassen, worin er seine Konstituierung begründet und rechtfertigt. Die „Alln. Ztg.“ teilt aus dieser Schrift folgendes mit:

„Die hinter dem Verband der Allliberalen stehenden Kreise haben ebenso wie die übrigen Teilnehmer des Vertretertages den Eindruck gewonnen, daß die Partei eine von rechts und links unabhängige liberale Mittelpartei bleiben will. Wenn sie sich gleichwohl in einem Verbandszusammenschluß, so habe sie dabei nichts anderes im Sinne, als der Partei den mittelparteilichen Charakter zu sichern. Die allliberale Organisation wird lediglich ein Gegenwärt zur jungliberalen Organisation bilden. Die Bildung einer allliberalen Organisation ist übrigens die selbstverständliche Folge der Beschlüsse des Vertretertages. Denn mit dem Bestehenlassen des jungliberalen Reichsverbandes mit eigener Spitze außerhalb der Parteiorganisation ist den Allliberalen das legale Recht eingeräumt, sich ebenfalls außerhalb des offiziellen Parteirahmens in einer befonderen Organisation zusammenzuschließen. Diese Auffassung, von der der Zentralvorstand bei der Annahme der Einigungsbeschlüsse ausgegangen ist, hat der Abgeordnete Dr. Krause auch auf dem Parteitage bei der Erläuterung des Kompromißantrages des Zentralvorstandes zum Ausdruck gebracht. Geheimrat Krause hat ausdrücklich betont, daß ein Verbot, einen Reichsverband der nationalliberalen Jugend zu bilden oder den bestehenden beizubehalten, nicht bestehe, da für den Zusammenschluß mehrerer Verbände außerhalb der Gesamtorganisation kein Hindernis geschaffen werden solle, und daß bei der nationalliberalen Jugend vielleicht ein besonderer Grund für eine eigene Organisation vorliege, da sie das gemeinschaftliche Kriterium (Altersgrenze) habe. Die Allliberalen haben also lediglich nach dem hier aufgestellten Grundsatz: Gleiches Recht für alle gehandelt.“

### Für den Reichstagswahlkreis Saarlouis-Merzig

in welchem für Koeren eine Neuwahl vorgenommen wird, haben die Liberalen den Bergmann Otto Beck aus Kamphausen aufgestellt.

### Die Beamtenorganisation der Reichspost und Telegraphenverwaltung.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1911 erjudete der Reichstag in einer Resolution den Reichskanzler, er möge veranlassen, daß demnächst dem Reichstage eine Denkschrift über die anderweitige Organisation der Beamten der Reichspostverwaltung, unter konsequenter Festhaltung des Grundsatzes, daß Arbeiten, für die eine geringere Qualifikation ausreichend ist, Beamten mit niedrigerem Rang und Gehalt übertragen werden, unter voller Schonung der Interessen der vorhandenen Beamten, vorgelegt wird.“

Diese Denkschrift liegt jetzt dem Reichstage vor. Nach ihr verfolgt die Verwaltung der Reichspost seit Jahren planmäßig das Ziel, Arbeiten, für die eine geringere Qualifikation ausreichend ist, Beamten mit niedrigerem Rang und Gehalt zu übertragen. Die Entwidlung könne aber nur allmählich in dem Maße fortschreiten, wie es ohne Verschlechterung der Leistung und der Verwaltung und unter Schonung der Interessen der vorhandenen Beamten angängig, und wie es auch wirtschaftlich vorteilhaft ist. In der Denkschrift wird einleitend die Entwidlung der Beamtenorganisation nach dem Reglement vom 23. Mai 1871 dargelegt. Seit dem 1. Januar 1900 ist nun diese Beamtenorganisation wesentlich umgebildet worden, und es werden seitdem an die Vorbildung der mittleren und höheren Beamten höhere Ansprüche gestellt. Die Reibung zur höheren Laufbahn eines Postbeamten erfolgt auf Grund des Reisezeugnisses von einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Oberrealschule. Die Anwärter (Eleven) haben eine praktische und wissenschaftliche Vorbereitung durchzumachen und zwei Prüfungen (Postreferendar- und Postassessorprüfung) abzulegen. Die praktische Ausbildung im technischen Dienst dauert ein Jahr. Nach deren Beendigung haben die Eleven drei Jahre an einer Hochschule Volkswirtschafts- und Staatswirtschaft, Rechtswissenschaft mit besonderer Berücksichtigung des Post- und Telegraphenrechts, Physik, Chemie und Elektrotechnik zu studieren. Der Kandidat, der die erste Prüfung bestanden hat, wird zum Postreferendar ernannt. Die Referendardzeit beträgt mindestens drei Jahre. Der Postreferendar, der die zweite Prüfung bestanden hat, wird zum Postassessor ernannt und rückt in höhere etatsmäßige Dienststellen ein.

Die Anwärter, welche die mittlere Laufbahn einschlagen wollen, werden entweder als Postgehilfen oder als Telegraphengehilfen angenommen. Die Bewerber müssen mindestens das Reisezeugnis für die Untersekunda einer neunstufigen oder für die erste Klasse einer sechsstufigen öffentlichen höheren Lehranstalt oder das Reisezeugnis einer öffentlichen Anbennmittelschule oder gemischten Schule mit neun Jahreskursen erworben haben. Nach Ablauf der auf vier Jahre festgesetzten Vorbereitungszeit haben die Postgehilfen die Postassistentenprüfung, die Telegraphengehilfen die Telegraphenassistentenprüfung abzulegen. Die Assistenten werden später als solche oder als Postverwalter auf Lebenszeit angestellt. Sie können zur Sekretärprüfung zugelassen werden und bei bewiesener Brauchbarkeit werden sie in Stellen für Obersekretäre, Postmeister, Bureaubeamte erster Klasse, Kassenbeamte usw. befördert.

Die Verhältnisse für die Anwärter des Unterbeamtendienstes sind durch die allgemeine Dienstausweisung für Post und Telegraphie geregelt. Seit 1879 hat jeder Bewerber — Militär- oder Zivilanwärter — eine mündliche und schriftliche Prüfung abzulegen. Die Bewerber mit Zivildienstzeugnis werden in eine etatsmäßige Unterbeamtenstelle, die Bewerber mit Anstellungszugang in eine Diätarstelle einberufen; die letzteren werden nach mehrjähriger Diätarischer Beschäftigung als Landbriefträger oder als Postschaffner oder Briefträger etatsmäßig angestellt. Nicht versorgungsberechtigte Personen (Zivilanwärter) werden als Postboten oder Telegraphenvorarbeiter angenommen und erwerben im Zivildienst die Anwartschaft auf etatsmäßige Anstellung in der Landbriefträger- oder Schaffnerklasse.

Im weiteren wird ausführlich dargelegt, wie sich die Grenzlinie zwischen Beamten- und Unterbeamtenstand im Laufe der Jahre mehr und mehr in der Richtung einer Erweiterung des Gebiets der Unterbeamtenstellung verschoben hat. Während die höheren Beamten im Verwaltungsdienst und als Leiter und obere Aufsichtsbearbeiter des Betriebes Verwendung finden, sei der eigentliche Betriebsdienst den mittleren Beamten vorbehalten. Die Vereinfachung der Betriebsformen in Verbindung mit der Arbeitsteilung habe die Möglichkeit gegeben, minder wichtige Geschäfte auf geringer vorgebildete und niedriger besoldete Personen zu übertragen. In ähnlicher Richtung bewegte sich die Maßregel der Uebertragung von Dienstgeschäften, die früher von mittleren Beamten verrichtet wurden, auf Post- und Telegraphengehilfen, und zwar nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Im Rechnungsjahre 1910 waren vorhanden 3685 Beamten für den höheren Dienst, 7667 männliche Beamten für den gehobenen mittleren Dienst, 55 840 für den sonstigen mittleren Dienst, 19 441 weibliche Beamte, 16 500 gehobene Unterbeamte, 107 556 sonstige Unterbeamte (einschließlich der 35 010 nicht etatsmäßigen Unterbeamten). Seit 1878 ist die Zahl der Beamten um 311 Proz. gestiegen. Die etatsmäßige Einnahme der Reichspost ist im gleichen Zeitraum von 117 auf 705 Millionen Mark, also um rund 501 Proz., die Stückzahl der Briefsendungen von 731 auf 6067 Millionen, um rund 732 Proz., der Paket- und Geldsendungen von 61 auf 271 Millionen, um rund 344 Proz., der Telegramme von 10 auf 55 Millionen, um rund 434 Proz., und die Zahl der Fernsprechkstellen von 19 000 im Jahre 1888 auf 900 000 gestiegen.

Am Schluß der Denkschrift wird bemerkt, daß die Organisation der Beamten den neuen Vorschriften vom Jahre 1900 den Bedürfnissen des Dienstes entspricht und sich bewährt hat; ihre Aenderung gehöre nicht zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen.

### Elßaß-lothringische Verfassungsdebatten.

Die Zweite Kammer des elßaß-lothringischen Landtages faßt sich durch die bekannten Worte Wilhelm II. von dem Inhaber des elßaß-lothringischen Verfassung nicht im geringsten erschüttert. Sie wird heute, am Dienstag, verschiedene Anträge beraten, durch die eine Aenderung der Verfassung herbeigeführt werden soll. Es wird die volle Selbständigkeit des Landes und die Aufhebung der Strafen für „aufrührerische Taten und Zeichen“ verlangt. Auch soll eine eigene Landesflagge geschaffen werden. Der erste Antrag bezweckt, für Elßaß-Lothringen die gleiche Selbständigkeit herbeizuführen, wie sie die Bundesstaaten haben. Weiter soll durch Strafaufhebung für „aufrührerische Taten“ ein seit 40 Jahren für Elßaß-Lothringen bestehendes Ausnahmengesetz beseitigt werden.

### Scharfmacher-Schwindel.

Der Wert des Materials, das von den Scharfmachern zur Begründung ihrer Forderung eines verstärkten „Arbeitswilligen“ schufes zusammengetragen wird, ist dieser Tage in einer Augsburger Magistratsitzung prächtig gelunzschmettert worden. Die Augsburger Handelskammer beschloß vor kurzem auf eine Anfrage des deutschen Handelstages einstimmig, sich den Vorschlägen anzuschließen, die darauf abzielen, im Rahmen des gemeinen Rechts die Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts zu „verbessern“ und „auszugestalten“.

Zur Begründung dieses Beschlusses wurden allerlei angebliche Terrorisussfälle angezogen, die schon im Jahre 1899 und 1906 vorgekommen sein sollen. Ein Fabrikdirektor Clairmont behauptete, daß anlässlich eines Streiks in seiner Fabrik Arbeitswillige von den Streikposten angegriffen und bedroht, ein Arbeitswilliger aber von den Streikenden vor den Augen der Polizei totgeschlagen worden sei. Der Stadtverwaltung wurde der Vorwurf gemacht, die Organe der Gemeinde, die die Polizeigewalt ausüben, lassen es bei Streiks an der nötigen Festigkeit mangeln. Diesen Vorwurf hat nun der Oberbürgermeister von Augsburg in öffentlicher Sitzung des Stadtmagistrats scharf zurückgewiesen und festgestellt, daß die angeblichen Terrorisussfälle gar nicht existieren. Er legte allemalig dar, daß bei dem fraglichen Streik weder Arbeitswillige angegriffen noch sonst irgendwie belästigt worden sind. Die Behauptung, daß ein Arbeitswilliger halb totgeschlagen worden sei, sei direkt aus der Luft gegriffen. Ein Arbeiter sei damals wohl mißhandelt worden, doch hätten die Streikenden nichts damit zu tun gehabt; die Anklage müßte vom Staatsanwalt fallen gelassen werden. Die Polizei habe allerdings dem wiederholt gestellten Antrage der Fabrikleitung nicht entsprochen, das Streikpostenstehen vor der Fabrik zu verbieten. In den letzten sechs Jahren seien wegen Verletzungen gegen den § 153 R.-G.-O. nur 65 Anklagen erhoben worden, in den weitaus meisten Fällen hätte aber Freisprechung erfolgen müssen. Die übrigen wären so leichter Natur gewesen, daß nur ganz geringe Strafen ausgesprochen worden seien.

Diese gründliche Abfuhr der industriellen Scharfmacher wird sie freilich nicht hindern, ihr schönes Material dem Reichstag zur Begründung einer Zuchtandbortage vorzulegen.

### Retung von 1000 Mark für Pauli und Bruhn.

Die Wahlprüfungskommission hat bereits am Freitagnachmittag die Berichte über die Wahlen einer Reihe Abgeordneter fertiggestellt. Die Berichte waren bereits Freitagabend gedruckt. Trotzdem ist eine Verteilung der Berichte über die Wahl der Abgeordneten Pauli und Bruhn an die Abgeordneten noch nicht erfolgt. Diese Verzögerung soll mit dem lebhaften Wunsch maßgebender Angehöriger des schwarzblauen Blocks zusammenhängen, die voraussichtliche Ungültigkeitserklärung der Wahl Paulis und die wahrscheinliche Nichtigkeitserklärung des infolge amtlicher Wahlbeeinflussung in die Stichwahl gelangten Abg. Bruhn im Plenum bis zum Herbst hinaus zu ziehen. Die Umke und der Präsident Stempel hielten entsprechend der alten Praxis des Reichstages die alsbaldige Beschlußfassung über die fertiggestellten Berichte für dringend erforderlich. Der Präsident Stempel legt auch deshalb Wert darauf, daß diese Praxis nicht durchbrochen wird, weil auch über seine eigene Wahl durch das Plenum zu entscheiden ist. Würden die Wahlen vor der Vertagung für ungültig erklärt, so erhielten die Abgg. Pauli und Bruhn statt der Diätenzulage von 1000 Mark nur 20 Mark für jede Sitzung, an der sie seit dem 1. April teilgenommen haben. Das möchten Schwarzblau durchsetzen, um gleichzeitig ihrem Blügel zwei Stimmen zu retten. Dieser kann's nicht gehen.

### England.

#### Zum Fall Maleda

(schreibt uns Genosse Bloz:

In Stuttgart lebte in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehemaliger polnischer Flüchtling, mit dem ich viel verkehrte und der nach seinen Erzählungen die Mikolawskische Polenverschwörung von 1846 und den Dresdener Aufstand von 1849 mitgemacht hatte. Nachher hatte er sich lange in London aufgehalten. Der interessante Alte nannte sich Dr. Maleda und lebte mit seiner Tochter in einem Stuttgarter Pensionat. Später verlor ich Vater und Tochter aus den Augen; der erstere ist wohl längst tot. Beide haben sich in Stuttgart an politischen Bestrebungen nicht beteiligt; der Vater verkehrte als alter Achtundvierziger gern mit Sozialisten, die Tochter lebte nur ihrer Ausbildung. Allem Anschein ist Frä. Maleda, die jetzt ein Opfer russischer Polizei- und Justizschergen geworden ist, identisch mit jener Dame, die einst mit ihrem Vater in Stuttgart sich aufhielt, und das Verfahren gegen sie charakterisiert sich als ein nachträglicher Racheakt an der Tochter eines polnischen Revolutionärs.

### Streik im Londoner Hafen.

London, 20. Mai. Die Gewerkschaft der Leichter- männer der Themse hat gestern den Ausstand bei einer Reihe von Gesellschaften beschloffen. Es handelt sich zunächst um 5 bis 6000 Mann. Die Ursache des Streiks ist die Aussperrung von 2000 Mann, die sich geweigert hatten, die Güter einer Leichterergesellschaft auszuladen, weil der Arbeitgeber nicht ihrer Gewerkschaft angehörte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik sich weiter ausdehnt.

### Schweden.

#### Ablehnung des Frauenwahlrechts.

Stockholm, 18. Mai. Die Erste Kammer verwarf nach langer Debatte mit 88 gegen 58 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung über die Einführung des Frauenwahlrechts zum Parlament. Die Zweite Kammer nahm dagegen nach längerer Debatte den Gesetzentwurf mit 140 gegen 66 Stimmen an. Der Gesetzentwurf ist damit für diesmal retwarfen.



# Gewerkchaftliches.

## Gewerkchaftshatz und Reichskrach!

Gewerkchaftshatz und Reichskrach, wie reimt sich das zusammen? So wird mancher Leser verwundert fragen. In Wirklichkeit entbehrt die große politische Sensation mit all dem Drum und Dran nicht eines tragikomischen Einschlags. Den äußeren, mittelbaren Anlaß zu der Drohung, die Verfassung (Einführung des Reichs) zu schlagen, sowie zu dem damit im Zusammenhang stehenden gravitätischen Auszuge v. Bethmann-Hollwegs und seiner Handlanger aus dem Reichstage, ferner der schlechtgepielten Entrüstungskomödien der Junter-, Waffen- und Scharfmacherpresse über die angebliche Beschimpfung Preußens durch den Genossen Scheide- mann, gab der Kampf des Direktors Heyler von der Elässischen Maschinenbaugesellschaft in Grafenstaden — gegen den Deutschen Metallarbeiterverband! Hoffentlich verursacht das den Scharfmachern und Urzeitonen kein Herzklopfen. Die Geschichte dieses Treppengewiges der Weltgeschichte ist folgende: Direktor Heyler, jedenfalls mehr Scharfmacher als wie deutschfeindlicher Nationalist, wollte in seinem Reichsden Deutschen Metallarbeiterverband nicht dulden. Ihm galt sein erbitterter Feldzug! Damit seine Untertanen ihr Geld nicht „den Schwunden in den Hals“ werfen sollten, versuchte er sich als Gründer eines Grafenstadener Metallarbeitervereins. Auf diesem Felde der Ehre jedoch blieb ihm der Erfolg versagt. Er fand Trost in verschlungenen von ihm durch Arrangements von Gratifikationen subventionierten Nimbimbereinen. Hier wollte er gelbe Kultur und Gesittung pflanzen. Im Dienste solcher doch gewiß nicht antipreußischer Bestrebungen kam es dann bei einem Harmoniefest zu den das Fundament des Reiches untergrabenden, im elässischen Landtag als „Kinde- reien“ bezeichneten Vorgängen. Dazu gehört auch das Trompeten der Marfellaie. Die meisten Zuhörer werden sie aus denselben Notizen gern gehört haben, die auch im übrigen Deutschland einen breiten Resonanzboden, was jedenfalls nicht unbekannt sein dürfte. Das schließlich in Elß ein Teil der Bevölkerung dem Kultus der französi- schen Sprache und französischer Sitte einige Opfer bringt, ist doch genau so wenig tadelnswert, als wenn Abkömmlinge Deutsch im Auslande im Gärlein nationaler Gefühle und Gewohnheiten die Blumen deutscher Sitte und deutscher Sprache hegen und pflegen. Doch das nur nebenbei! Jedenfalls kam Direktor Heyler als Rädler gelber Harmonie- Nimbimbereine in den Verdacht staatsgefährlicher Umtriebe. Sein Kampf gegen den Metallarbeiterverband war der Prolog zu dem großen Spektakelstück. Das ist die Moral von der Geschichte: Hätte dem Direktor Heyler der Metallarbeiter- verband nicht geniert, wäre er wahrscheinlich nicht in den grausigen Verdacht geraten, Deutschlands Grundpfeiler um- werfen zu wollen. Uebrigens haben die Metallarbeiter selbst in einer großen Versammlung in Grafenstaden zu der Sache Stellung genommen, und in zwei Resolutionen ihre Meinung geäußert. Sie lauten:

### I.

Die Versammlung der Arbeiterchaft des Werkes Grafen- staden der Elässischen Maschinenbaugesellschaft protestiert auf das entschiedenste gegen die Absicht der Regierung, dem Werk Grafen- staden keine Aufträge mehr zuweisen zu wollen.

Die Versammlung erwartet, daß die Aufträge wie seither dem Werke zugewiesen werden, da sonst die Existenz von Tausenden von Arbeitern und ihrer Familien vernichtet würde, trotzdem die Arbeiter- schaft wohl mit Recht verlangen kann, daß ihr als deutsche Staatsbürgern und deutschen Steuerzahlern in Elß-Lothringen die gleiche Existenzmöglichkeit gewährt wird, wie den Arbeitern anderer Bundesstaaten.

Von den Mitgliedern der Zweiten Kammer im Elß hofft die Versammlung, daß sie alles aufbietet, damit die Absichten der Regierung, die in diesem Falle nur die Geschäfte der rechts- rheinischen Konkurrenz besorgen würde, zunichte gemacht werden und die Arbeitsmöglichkeit den Arbeitern des Wertes wie seither erhalten bleibt.

### II.

Die Arbeiterchaft der Maschinenfabrik Grafenstaden erkennt an, daß ihre wirtschaftliche Lage nicht allein abhängig ist von dem Beschäftigungsgrad des Wertes allein, sondern daß ihre Ver- hältnisse auch wesentlich dadurch beeinflusst werden, wie die Arbeiterchaft ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem Wert zu regeln in der Lage ist.

Da aber nach dieser Richtung hin im Werke Grafenstaden die Arbeiterchaft um kein Haar besser gebettet ist als die Arbeiter bei den Scharfmachern im rechtsrheinischen Deutschland, so erklärt die Versammlung, daß, um die allgemeine Lage zu bessern, die Vor- bedingung dazu eine starke gewerkschaftliche Organisation ist, daß sie ferner gewillt ist, besser wie seither für den Ausbau derselben besorgt zu sein, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und dessen Ausbreitung zu fördern.

Damit die ganze Komödie ihren gebührenden Abschluß finde, fehlt jetzt nur noch, daß unsere Scharfmacher dem Di- rektor Heyler für seinen furchtlichen Kampf gegen den Metall- arbeiter-Verband ihre allerhöchste Anerkennung aussprechen.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** In den Bergmann-Werken, Boden- bach in Böhmen ist ein Streik ausgebrochen. Der Ingenieur der Firma, Broeking, ist nach Berlin abgereist, um Streikbrecher nach dort hin anzuwerben. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie Arbeitsangebote nach Bodenbach auf das Bestimmteste zurückweisen.

### Lohnbewegung im Transportarbeitergewerbe.

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verbande organisierten Kutscher, Mitfahrer, Stallente und Arbeiter aus allen Posa- und Arbeitsfahrwerksbetriebe Groß-Berlins sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Franke berichtet über den derzeitigen Stand der Bewegung in einer am Sonntag nachmittag ab- gehaltenen Versammlung, die äußerst stark besucht war. Seit Jah- rehnien ist dies die erste Versammlung dieser Gruppe, die einen derartigen Massenbesuch aufzuweisen hatte. Die Organisation hat unter den oben aufgeführten Reizern erst in den letzten Jahren festen Fuß gefaßt. Die Zustände haben ja auch geradezu zum ge- werkschaftlichen Anschluß gedrängt. Die Arbeitszeit beträgt 18, 18 und mehr Stunden, von Sonntagsruhe ist kaum zu reden und die Behandlung ist derartig, daß der Referent meinte, das liebe Vieh behandle man nicht so. Die Löhne sind angesichts dieser Zustände besonders gering. 28 bis 33 M., in seltenen Fällen auch etwas mehr, wird gezahlt, ein Lohn, der sich auf 80 bis 100 Stunden verteilt, bei einer schweren Arbeit in Wind und Wetter, die mit vielen Gefahren verbunden ist. Die Unfallstatistik in diesem Ver- weise weist eine größere Ziffer auf als es im Vergarbeiter- berufe der Fall ist.

Ein Tarifentwurf, der von der Lohnkommission mit den Ver- trauensleuten ausgearbeitet und in einer Versammlung von den Mitgliedern bekräftigt wurde, ist den einzelnen Arbeitgebern zu- geschickt worden. In erster Linie ist in dem Entwurf auf Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit Rücksicht genommen worden, da die jetzige Arbeitszeit geradezu als kulturwidrig und un- menschlich bezeichnet werden muß, um so mehr, als die Arbeit-

geber für Ueberstunden entweder gar nichts oder nur ein kärgliches Trinkgeld zu geben pflegen.

Der Zentrale der vereinigten Fuhrwerkunternehmer ist eben- falls der Entwurf nebst Begleit Schreiben mit dem Ersuchen um Verhandlungen zugegangen. Drei Arbeitgeber antworteten und sprachen sich dahin aus, daß die Zentrale die Angelegenheit in die Hand nehmen möge, damit die Verhandlungen auf zentraler Grund- lage und möglichst auf friedlichem Wege durchgeführt werden können.

Die Fuhrherrnzentrale teilte in einem Schreiben mit, daß sie gewillt sei, zu verhandeln, jedoch erst Ende Mai oder Anfang Juni, da einzelne Herren bereits erkranken und wenn die Zustimmung der einzelnen Fuhrherrnvereine eingelaufen wäre.

Der Inhaber der Firma Albert Vogt, Tempelhof, ant- wortete, daß sein Stiefsohn Robert Keil den Betrieb leite. Als in der letzten Woche man eine Betriebsbesprechung stattgefunden hätte, sagte am andern Morgen dieser Herr zu einem alten Arbeiter: „Du (in dem Betrieb herrscht noch das patriarchalische „Du“ den Arbeitern gegenüber) kannst aufhören, damit Du Zeit bekommst, Deine Verbandsstatuten durchzusehen. Wenn Du aus dem Ver- bande austrittst, kannst Du aber wieder bei mir anfragen.“ De- gleichen wurde ein Vertrauensmann entlassen, dem der Herr vor- her ins Gesicht geschlagen hatte. Daraufhin legten die dort beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder.

Die wesentlichen Forderungen in dem Entwurf sind folgende: Die Arbeitszeit beginnt des Morgens für Kutscher um 6 Uhr und muß des Abends um 6 1/2 Uhr beendet sein. Für Arbeiter beginnt dieselbe um 6 1/2 Uhr morgens bis 6 1/2 Uhr abends. Die Arbeitszeit der Stallente beträgt täglich 10 Stunden. Die Pausen betragen für Kutscher und Arbeiter innerhalb der tariflich fest- gesetzten Arbeitszeit täglich zwei Stunden.

Die Kutscher erhalten einen Wochenlohn von 88 M. Die Arbeiter und Stallente einen solchen von 83 M. Die Woche ist für alle in Frage kommenden mit 6 Tagen zu berechnen. Ueberstundenarbeit soll nach Möglichkeit vermieden werden. Falls in dringenden Fällen dennoch Ueberstunden zu machen sind, so erhalten die Kutscher und Arbeiter hierfür bis 10 Uhr abends 80 Pf. pro Stunde. Ueberstunden nach 10 Uhr abends sind pro Stunde mit 1 M. zu vergüten.

Kutscher, welche regulär Nacharbeit, d. h. Nachtouren zu fahren haben, erhalten zu ihrem Lohn einen Zuschlag von 1,50 M. pro Nacht.

Kutscher für dringende Fuhrten, die vor 6 Uhr morgens zu machen sind, ihren Dienst früher antreten, so erhalten sie die Zeit vor 6 Uhr pro Stunde mit 1 M. vergütet.

Die Sonn- und Feiertagsarbeit ist so zu regeln, daß jeder Kutscher und Stallmann jeden zweiten Sonntag oder Feiertag vollständig frei hat. Die erforderlichen Arbeiten der Freiabendenden sind von den dienftuenden Kutschern und Stallenten mit zu ver- richten.

Für das Füttern der Pferde an den Sonn- oder Feiertags- nachmittagen, welches von den Kutschern in abwechselnder Reihen- folge zu geschehen hat, erhalten die betreffenden Kutscher 1,50 M. vergütet.

Die Fuhrherren haben dafür zu sorgen, daß den Kutschern und Arbeitern ein heizbarer Raum zum Trocknen eines durch- näßter Kleidung im Betriebe zur Verfügung gestellt wird; des- gleichen sind den Kutschern zur Aufbewahrung von Kleidungs- stücken usw. verschließbare Spinden zur Verfügung zu stellen. Für ausreichende Waschelegenheit haben die Fuhrherren ganz be- sonders zu sorgen.

Zur Gefunderhaltung ihres Körpers und zum Schutze gegen die Witterungsunbilden erhalten die Kutscher seitens der Fuhr- herren wasserdichte Regenpelerinen und in der kühlen Jahres- zeit vom 1. September bis 1. Mai eine wasserdichte warme Decke geliefert.

Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt, jedoch müssen Entlassungen des Abends nach beendeter Arbeit erfolgen.

Etwas schon bestehende günstige Lohn- oder Arbeitsbedingun- gen werden durch diesen Tarif nicht berührt.

Bei Streitigkeiten, die sich etwa wegen der Auslegung dieses Vertrages ergeben sollten, ist zunächst zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dem Betriebe eine Einigung durch gegen- seitige Verhandlung herbeizuführen. Ein Verbandsvertreter kann zu solchen Verhandlungen hinzugezogen werden.

Maßregelungen wegen der Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden.

Der Bericht der Lohnkommission wurde von der Versammlung mit Unwillen aufgenommen, weil nur einzelne Arbeitgeber auf die Lohnforderungen geantwortet haben. In der Diskussion wurde die Ansicht geäußert, daß das Bestreben der Unternehmer dahinginge, die Verhandlungen zu verzögern, um Zeit zu gewinnen.

Der Vorname von Verhandlungen auf zentraler Grundlage stimmten die Versammelten zu, jedoch forderten sie, daß die Ver- handlungen auf dem schnellsten Wege in Angriff zu nehmen sind und beauftragten ihre Verbandsleitung, dieses den Herren Arbeit- gebern mitzuteilen.

### Tarifbewegung der Ladiere.

Nachdem die Innungsmeister einen Stundenlohn von 60 Pf. für ausgelernte Gesellen im 1. Jahre, bzw. 65 Pf. bewilligt, sowie einer Arbeitszeit von 53 Stunden zugestimmt hatten, beschloß eine Versammlung am Sonnabend, diese Zugeständnisse wieder zurückzuziehen. Die Ladierergesellen hielten infolgedessen am Sonntag vormittag eine Versammlung ab, in der die Streik- leitung von dem Beschluß der Meister Mitteilung machte. Run- mehr erklärte sich die Versammlung in entschiedenster Weise für Fortsetzung des Streiks unter allen Umständen, um so mehr, als die Lage eine günstige ist. Streikbrecher nur in geringer Zahl vorhanden sind und 23 Firmen, darunter auch größere, mit circa 55 Arbeitern schon 70 Pf. Stundenlohn und 53 Stunden Arbeitszeit bewilligt haben. Aller Voraussicht nach werden diesen Firmen in den nächsten Tagen noch mehr folgen, da ein Teil der Meister von der am Sonnabend abge- haltenen Innungsversammlung ein anderes Ergebnis erwartet hatte und mit dem gefaßten Beschluß unzufrieden ist. Die Arbeitnehmer beschloßen einstimmig, den Streik weitertzuführen und bei ihren Forderungen zu beharren.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Differenzen bei der Firma Voghnski, Kommandantenstraße 62, sind durch Verhandlungen beigelegt; die Kollegen haben durch ihr festes Zusammenhalten eine ganz annehmbare Lohnerhöhung erzielt.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Zum Fleischerstreik in Reutlän ist mitzuteilen, daß die Diffe- renzen bei dem Fleischermeister P. Bartsch, Anebeckstraße 41, beige- legt sind, das Geschäft ist deshalb wieder frei. Die Versuche der Fleischermeister, den Boykott durch allerlei Mäander abzuschwächen, verlangen nicht, die Aushäufung läßt sich auch durch sonstige Aus- läufte der einzelnen Fleischermeister nicht täuschen. Manche aller- dings glauben, durch die Hilfe der Polizei den Boykott von ihrem Geschäft fernzuhalten. Daraus hatte sich am Sonnabend vor allem die Firma Berlin-Reutlänner Fleischkonsum (Inh. Frank), Kolibuser Damm 81/82, herborgehen. Bewilligt haben noch folgende Fleischermeister: F. Rade, Steinmühlstraße 28; R. Rauerberger, Conner Straße 16; O. Verflom, Friebe- lstraße 51; A. Wilmann, Reinestraße 2; G. Mnappe, Weisestraße 30. Zentralverband der Fleischer, Die Streikleitung.

### Deutsches Reich.

Hierherdeter Rieter der Kruppischen „Germania“-Werft in Riel haben wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

### Zur angekündigten Metallarbeiterausperrung im Maingau.

Nachdem die Metallindustrieellen Süddeutschlands die Ausper- rung von 60 Proz. der Beschäftigten vom 1. Juni ab angekündigt

haben, falls in Frankfurt keine Einigung erzielt wird, gibt der Metallarbeiterverband an alle Metallarbeiter, denen durch Fabrik- anschlag die Kündigung angedroht ist, die Parole aus, jede Ueber- geitarbeit zu verweigern.

Die Militärkattler der Firmen Herrmann-Erfurt und Monry- Offenbach a. M. haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer den Heimarbeiter niedriger Löhne zahlen wollen, als den in Werkstätten Beschäftigten. Erigenannte Firma versucht die für die Militärbehörden bestimmten Lieferungen, gegen sonst in dieser Branche üblichen Besplogheiten, ohne den Firmenstempel aufzu- drücken, an Heimarbeiter und Kleinmeister weiterzugeben. Im Streikarbeit zu vermeiden, haben die Kattler allerorts die Pflicht, ungeimpelte Militärarbeit zu beanstanden und der Tarifkom- mission Mitteilung davon zu machen. — In Wüßheim a. d. Ruhr dauert der Militärkattlerstreik wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs ununterbrochen fort. Obenfind sind die Trei- b- r i e m e n a r b e i t e r der Firma Richard Beder in den Ausstand getreten.

Die Barbier- und Friseurgehilfen der Unterweserorte (Seebe, Bremerhaven, Seestemünde, Wüldorf) haben beschlossen, eine Lohn- bewegung einzuleiten. Zugang ist fernzuhalten.

### Koalitionseindliche Malermeister.

Auf der Insel Vorkum sind die organisierten Malergehilfen ausständig geworden. Die Unternehmer hatten auf den eingereichten Tarifentwurf der Gehilfen nicht nur jedes Verhandeln abgelehnt, sondern sie forderten die sofortige Auslösung der vor kurzem ge- gründeten Filiale des Malerverbandes. In dem Ablehnungsschreiben, das der Vorsitzende des Unternehmervereins an die Gehilfenorgani- sation richtete, hiess es:

... Um aber jeder Eventualität aus dem Wege zu gehen, setzen wir uns heran, Sie aufzufordern, die Filiale des Ver- bandes Vorkum aufzugeben. Wir wollen es jedem einzelnen über- lassen, aus dem Verbands auszutreten, halten es aber für die älteren ansässigen Gehilfen für vorteilhafter, keinem Verbands anzugehören. Sollte die Auslösung der Filiale Vorkum uns nicht bis Sonnabend, den 18. d. Mts., mitgeteilt bezw. Schritte dazu getan sein, so setzen wir uns leider gezwungen, sämtliche dem Verbands angehörenden Gehilfen zu entlassen.

Unterzeichnet war dies Schreiben von den vereinigten Maler- meistern Vorkums. Nach Empfang des Schreibens haben die Maler den Herren sofort die richtige Antwort gegeben: sie legten vollzählig die Arbeit nieder, um diesen Gemütsmenschen die Achtung vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter beizubringen.

Die Maschinen- und Heizer bei den Reedereien Wische u. Reimer (Du Mont u. Voitel) und G. Rechner in Königsberg haben Lohnforderungen eingereicht. Die Arbeitsverhältnisse sind dort sehr miserable. Maschinen- und Heizer müssen den ganzen Tag (innerhalb 24 Stunden) sich den Unternehmern zur Arbeits- leistung zur Verfügung halten. Die tägliche Arbeitszeit beginnt in der Regel schon morgens 2 Uhr mit Schleppe und Bugieren und endet abends 1/8—8 Uhr, so daß eine reguläre Arbeitszeit von 16—18 Stunden und länger zu verzeichnen ist. Sonntags müssen dann noch Passagierfahrten gemacht werden. Die Nachtruhe fällt meistens vom Sonnabend zum Sonntag weg, weil die Boote klar und die Maschine sauber gemacht werden müssen, um zum Aus- flugsverkehr bereit zu sein. Eine Vergütung für Ueberstunden und Sonntagsarbeit gibt es nicht. Der Monatslohn für Maschi- nisten beträgt 110—130 M., für die Heizer 50—65 M. Bei der Firma G. Rechner haben die Maschinenisten nicht einmal einen Heizer. Auf den Booten von Wische und Reimer sind meistens Heizer im Alter von 15—18 Jahren beschäftigt. Alle 14 Tage sind neue Heizer auf den Dampfmaschinen, so daß die Maschinenisten meistens mit neuen Leuten arbeiten müssen. Aus alledem ist zu ersehen, daß die Forderungen nach Regelung der Arbeitszeit, Ver- gütung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit nur zu berechtigt sind. Angebote der Reedereien Wische u. Reimer und G. Rechner sind zurückzuweisen.

### Ausland.

#### Die Taximeter-Chauffeure von Wien

sind am Sonntag früh in den Ausstand getreten. Eine Ausnahme machen nur die Lenker der Kraftwagen von solchen Firmen, die schon vor der Streikversammlung in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Forderungen der Chauffeure bewilligt haben. Die Ausständigen verlangen eine Lohnerhöhung, außerdem sollen die Fuhrunternehmer den gesamten Benzinverbrauch aus ihren Mitteln bestreiten, während bisher die Chauffeure einen Teil dieser Kosten tragen mußten. Im ganzen sind 2000 Kraftwagenlenker in den Streik getreten. Zwischen einzelnen Firmen und den Chauffeuren fanden im Laufe des Tages Verhandlungen statt, bei denen es ge- lang, ein Einverständnis mit einer Reihe von Unternehmern zu er- zielen, so daß im Laufe des Tages 1300 der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. Am Abend waren im ganzen noch 700 Chau- feure der sechs größten Firmen, die sich den Forderungen der Wagenlenker nicht fügen wollen, im Ausstande, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß auch diese Firmen sich genötigt sehen werden, nachzugeben, um so mehr, als sie einen bedeutenden Anfall der Einnahmen zu verzeichnen hatten. Die Ausständigen verhalten sich vollständig ruhig. Die Wagen der Firmen, die die Forderungen der Chauffeure bewilligt haben, sind durch an den Wagenhaltern angebrachte Plakate kenntlich gemacht, um das Publikum zu unter- richten, daß der Wagen nicht von einem ungeübten Streikbrecher gefahren werde. Die Polizei hatte natürlich „umfassende Vor- nahmen“ getroffen, die sich als völlig überflüssig erwiesen haben.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Obstruktion im ungarischen Parlament.

Budapest, 20. Mai. (B. C.) Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses von Kavaday hat nunmehr offiziell seine Demission gegeben. Die Präsidentenwahl wird bereits am Mittwoch stattfinden. Die ungarische Regierung ist fest ent- schlossen, den Kampf mit der Obstruktion ganz energisch aufzu- nehmen. Schon am Schlusse der heutigen Sitzung kam es zu stürmischen Szenen, als der Vizepräsident Janko- witsch dem Verlangen der Obstruktion nach nachkommen wollte, die zur Geschäftsordnung das Wort verlangt hatte. Für morgen werden neuerliche Sturmsszenen im ungarischen Abgeordnetenhause erwartet. Es sieht nunmehr fest, daß auch die Regierung ent- schlossen ist, auch ohne die Durchführung des Wehrgesetzes pro- visorisch das erhöhte Rekrutenkontingent durchzuführen.

#### Der neue Bürgermeister von Wandöbel.

Wandöbel, 20. Mai. (B. L. V.) Bei der Wahl des Ersten Bürgermeisters sind für den bisherigen Oberbürgermeister Rauch- Wandöbel 379 und für Bürgermeister Fischer-Forsit i. V. 634 Stimmen abgegeben worden. Bürgermeister Fischer ist somit ge- wählt.

#### Massenvergiftungen.

Weg, 20. Mai. (B. C.) Ueber die Massenvergiftung unter den Soldaten des sächsischen Infanterieregiments Nr. 12 laufen seit vorgestern beunruhigende Gerüchte um. Wie der hiesige Korre- spondent der „Frankfurter Zeitung“ feststellen konnte, sind tatsäch- lich am Freitag 160 Mann unter Vergiftungserscheinungen er- krankt. Es stellte sich bei allen Erkrankten ein Fieber war dagegen nicht vorhanden. Die Vergiftungserscheinungen traten nach dem Genuß von Fischeleiten ein, die das Regiment von einer Rezer- firma bezogen hatte. Die meisten Soldaten sind zur Stunde wieder gesund aus dem Lazarett entlassen, und die übrigen können voraussichtlich in kurzer Zeit wieder entlassen werden.



# Wahlrechtsdebatte im preußischen Junker-Parlament.

77. Sitzung. Montag, den 20. Mai, vormittags 11 Uhr.

Die Ministertische sind leer.

Die Tribünen sind überfüllt.

## Die Wahlrechtsanträge.

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Staatsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und eine Neueinteilung der Wahlbezirke bringt.

Ein Eventualantrag der Fortschrittlichen Volkspartei fordert das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht.

Ein Antrag Friedberg (natl.) verlangt geheimes und direktes Wahlrecht unter Beibehaltung eines abgestuften, plutofratische Auswüchse vermeidenden Wahlrechts und unter Beibehaltung des Gesetzes von 1893, welches den Grundlag der Verteilung des Wahlrechts nach der Steuerleistung im Gemeindebezirk verlegt. (Das Verlangen geht also nach der Drittelung in den Gemeindebezirken.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.) weist auf die demonstrative Leere der Regierungsbank hin, die bei Initiativanträgen gewöhnlich zu bemerken ist. Wir wissen, daß für das gleiche Wahlrecht hier noch keine Mehrheit ist, wollen aber durch unseren Antrag die sicher vorhandene Mehrheit für das direkte und geheime Wahlrecht feststellen. Herr v. Dallwitz hat unsere Anträge als ungeeignet zur Lösung der Wahlrechtsfrage bezeichnet, weil sie doch nur Verunreinigung schaffen. Sollte man diesen Standpunkt nur immer beobachten, so würde manches preußische und Reichsgesetz unterbleiben. (Sehr gut! links.) Herr v. Dallwitz sagte vor drei Wochen, ein friedlicher Beschluß sei nur möglich, wenn er von der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien getragen sei: Obacht er wirklich, die bürgerlichen Parteien unter einem Hut zu bringen? Ich glaube nicht daran; denn es ist ein Kampf um die politische Macht,

und die Parteien, die im Besitz der politischen Macht sind, wollen sie sich nicht mindern lassen. Staatsmännisch klug wäre es freilich, wenn die konservativen Parteien den Forderungen der Zeit entgegenkommen wollten. Aber Herr v. Dallwitz wird wissen, daß unsere Konservativen dazu nicht bereit sind, Herr v. Heydebrand wird sich sicher hier zu dem Grundgedanken bekennen: Wir haben die politische Macht, wir wollen sie behalten und brauchen, so lange wir können. Die Liberalen werden sich daher mit den Konservativen über die Grundzüge der Wahlreform nicht einigen können. Eher würde es schon mit dem Zentrum möglich sein. Freilich hat es 1910 eine andere Haltung eingenommen; doch geschah das aus taktischen Gründen. Es deuten manche Anzeichen darauf hin, daß es jetzt eine andere Haltung wie damals einnehmen wird. Ich bin gespannt, ob es seinem Programm treu bleiben und die Rechte in einer nicht glänzenden Isolierung lassen wird. Wir hoffen um so mehr auf die Annahme unseres Eventualantrages, als die Probe aufs Exempel bereits gemacht ist, das Haus hat ja vor einiger Zeit eine Petition um Einführung der geheimen Stimmabgabe der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Daß das heutige Wahlrecht unhaltbar ist, darüber brauche ich keine Worte mehr zu verlieren. Es schreie die Wähler vom Wähler aus, es bevorzugen durch die indirekte Wahl die Wähler, es ist mit seiner Wahlkreiseinteilung

## das schreiendste Unrecht,

das so bald wie möglich beseitigt werden muß. Auch die Konservativen denken früher ähnlich über das Wahlrecht. Aber je größer die Differenz geworden ist zwischen den Wahlansprüchen der Konservativen und der wirtschaftlichen und sozialen Struktur, um so mehr hat sich die Ansicht der Konservativen über das Wahlrecht geändert, das heute nichts anderes ist als eine Vertretung des Großgrundbesitzes mit dem läugerischen Schein einer Vertretung des ganzen Volkes. Das künstlich geschaffene Übergewicht des Großgrundbesitzes, des Agrariertums wird um so bitter empfunden, als es bereits im Herrenhause eine starke Stütze hat. Die Verteidiger des heutigen Wahlrechts berufen sich auf die gesetzgeberischen Leistungen des Abgeordnetenhauses. Ich unterlasse diese nicht; aber wir haben doch auch eine fülle gesetzgeberischer Mißerfolge zu verzeichnen, die im Lande große Mißstimmung hervorgerufen haben. Die innere Verwaltung steht in engem Zusammenhang mit dem Wahlrecht; ich erinnere nur an die polizeilichen Uebergriffe, an die herrschende Bürokratie. Will die Regierung die schlimmsten Mißstände beseitigen, so hindern das die Konservativen in diesem Hause, und weigert sich ein Minister wie Herr v. Saldow, Geschäftsführer der Konservativen zu sein, so wird ihm das Sterbegeld ein geläutet. Auch in der Steuerpolitik werden berechtigte Forderungen nicht erfüllt. Auf dem Gebiet des Verkehrs herrscht starke Fiskalität; die Konservativen haben sogar im Reich die Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen durchgesetzt, sehr zum Schaden des Verkehrs. Und wie steht es auf dem Gebiete der Volksschule, der Schule? Immer stärker wird der Einfluß des Zentrums, immer mehr wird die Volksschule der Kirche ausgeliefert. Gegen die Demokratisierung des Wahlrechts hat sich der Staatsmann ausgesprochen, der die Verfassung in Elsaß-Lothringen mit demokratischem Wahlrecht ausgestattet hat. Preußen hat außer Rußland das reaktionärste Wahlrecht Europas, für seinen Bestand haben Sie die Verantwortung zu tragen und dafür, daß Sie das Wahlrecht nur so gestalten, um eine bevorrechtete Klasse über Wasser zu halten.

Man spricht von der preußischen Eigenart — aber nicht durch Mißstand und Mißschritt ist Preußen groß geworden, sondern vielmehr durch die Erfüllung der Forderungen der Zeit. Und da behauptet die konservative Presse, dieses Wahlrecht anzugreifen, bedeute Preußen anzugreifen. Wir führen durch den Wahlrechtskampf einen Kampf nicht gegen, sondern für Preußen. (Sehr wahr! links.) Wir preußischen Abgeordneten legen selbstverständlich gegen die Preußen verlegenden geschmacklosen und zwecklosen Ausfälle im Landtag und Reichstag Wertung ein. Abg. Scheidemann hat dem Reichskanzler die Verteidigung des persönlichen Regiments mit leicht gemacht. (Zustimmung links.) Wir alle, auch die süddeutschen Fortschrittler, verurteilen diese Angriffe und wollen

## Preußen als starke Vormacht.

Aber dazu ist nötig, daß seine politischen Einrichtungen nicht hinter denen Süddeutschlands zurückbleiben. Damit Preußen die Hegemonie nicht verliere, muß es mit dem Grundlag brechen: Immer langsam voran, damit der preußische Landsturm nachkommen kann.

Wann wird denn die Regierung eigentlich den Zeitpunkt für die Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage für gekommen halten? Das Ansehen der Krone und die Reputation des leitenden Staatsmannes steht auf dem Spiele. Ich hoffe, daß der Reichskanzler, der die Entwicklung nicht stillstehen lassen will, den preußischen Ministerpräsidenten von der Notwendigkeit entschlossenen Vorwärtsgehens in der Wahlrechtsfrage überzeugt. (Beifall bei der Volkspartei.)

Der Präsident weist einige nationalliberale Abgeordnete von dem Platz vor der Rednerbühne fort. (Reiterseits.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.) begründet den nationalliberalen Antrag. Der Wahlmann wählt heute nicht nach seiner Ueberzeugung, sondern nach dem Auftrag der Uerwähler. Deshalb muß das geheime Wahlrecht zur Abgeordnetenwahl eingeführt werden, ebenso wegen der Beeinflussung und Terrorisierung der Wahlmänner, namentlich, wenn für den einen Kandidaten nur eine geringe Mehrheit vorhanden zu sein scheint. Mit den korruptesten Mitteln wird da gearbeitet. Der Redner erzählt einige Beispiele dafür aus seiner Wahl und führt aus, daß diese Mißbräuche durch die Einführung des direkten Wahlrechts beseitigt werden könnten. Das öffentliche Wahlverfahren hat sich in das Gegenteil dessen verkehrt, was seine Schöpfer damit beabsichtigten; es gestattet heute erst recht die Ausnutzung wirtschaftlicher Abhängigkeit. Die Sozialdemokratie hält sich für berechtigt, den Terror als Notwehr anzuwenden (Abg. Hirsch, Berlin (Soz.): Sehr richtig!), solange das öffentliche Wahlverfahren den Terror der Regierung und der bürgerlichen Parteien begünstigt. Das ist ein unerhörtes Jugeständnis. Aber die Kombination von geheimer und indirekter Wahl ist ganz unmöglich, denn das würde ein solches Mißtrauen der Parteien zu ihren Wahlmännern erzeugen, daß kein Mensch mehr dieses Amt nehmen würde. — Wir wünschen ein nach den finanziellen Opfern und Leistungen abgestuftes, aber nicht plutofratisch ausgereichtes Wahlrecht. Die Drittelung in den Uerwahlbezirken hat nach dem Eingeständnis des Zentrums deshalb ausgezeichnet gewirkt, weil sie unsere Partei im Westen fast beseitigt hätte. Zu einer solchen Höhe der Auffassung vermögen wir uns nicht aufzuzwingen. — Für die Reform des Wahlrechts ist eine Mehrheit im Hause vorhanden, selbst die freikonservative Partei ist dafür; auch der Träger der Krone ist dafür. Deshalb können wir die Stellungnahme des Ministers nicht verstehen, der sagt, er sehe bei der gegenwärtigen Konstellation keinen Weg zur Reform des Wahlrechts. — Wir denken gar nicht daran, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen; wir verlangen für Preußen ein abgestuftes Wahlrecht.

Aber schnell muß vorgegangen werden. Je länger die Reform aufgeschoben wird, um so radikaler wird sie sein. Die direkte und geheime Wahl muß die Reform aber enthalten, mit diesem Gedanken hat die Regierung sich auch wohl vertraut gemacht. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hirsch (Soz.) [zur Geschäftsordnung]: Nach der Verfassung kann jede Kammer bei ihren Verhandlungen die Gegenwart der Minister verlangen. Namens meiner Freunde beantrage ich, die Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern zu verlangen und bis zu dem sofort zu veranlassenden Erscheinen der Minister die Verhandlungen auszusagen. (Lachen rechts.) Die Wichtigkeit der Frage sowie die

## Wichtigkeit der politischen Pflichten,

die der Regierung obliegen, zwingt uns zu unserem Antrage. Wir erklären zudem in dem Richterscheinen der Minister bei dieser Verhandlung eine schwere Verleumdung des preußischen Volkes.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.): Ich erkläre mich gegen den Antrag. Eine Mißachtung des Hauses liegt in dem Richterscheinen der Minister nicht, bei der Behandlung von Initiativanträgen erscheinen sie öfter nicht. Zudem hat der Minister des Innern wiederholt erklärt, die Staatsregierung halte es jetzt nicht für angezeigt, mit einer Änderung des Wahlrechts vorzugehen. Wir haben es auch erlebt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen mit dem Minister nicht den richtigen Ton einnehmen. (Lachen und Unruhe links.)

Abg. Dr. Baumbach (Sp.): Schon in seinen einleitenden Worten hat der Abg. Wiemer sein Versehen darüber ausgeführt, daß die Ministerbank bei einer so wichtigen Frage völlig verwaist ist. Wir können demnach dem Antrage Hirsch nur zustimmen. (Lachen rechts: Natürlich!) und zwar um der Sache willen. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für die ganze preußische Volksvertretung, und einer solchen Lebensfrage soll der leitende Staatsmann kein Interesse zuzuwenden und seine Stellungnahme zu ihr ausdrücken.

## Abg. Hirsch (Soz.):

Herrn v. Heydebrand bemerke ich, ich habe nicht gesagt, in dem Richterscheinen der Minister liegt eine Mißachtung des Hauses, sondern des preußischen Volkes, und das preußische Volk ist etwas anderes als das Parlament. (Sehr richtig! links.) Herr v. Heydebrand beruft sich dann auf die übliche Praxis bei Initiativanträgen. Es ist aber ein Unterschied zwischen Initiativanträgen und Initiativanträgen zu machen. Hier stehen wir in der Beratung über einen Antrag, den der

## König von Preußen

selbst als einen der wichtigsten und dringendsten bezeichnet hat, und da müssen wir verlangen, daß der Ministerpräsident, der sich in der ganzen Session hier noch nicht hat blicken lassen, zugegen ist. Den weiteren Einwand des Herrn v. Heydebrand, die Sozialdemokraten würden nicht den richtigen Ton anschlagen, brauche ich wohl überhaupt nicht ernst zu nehmen. (Beifall sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen beantrage ich über meinen Antrag namentliche Abstimmung.

Abg. Herold (B.): Auch wir eräuteln es für wünschenswert, wenn bei einer so wichtigen Angelegenheit das Staatsministerium vertreten ist. Aber andererseits (Lachen bei den Sozialdemokraten: Wohl! Abg. Hoffmann (Soz.): Einerseits, andererseits!) Aber andererseits müssen wir in Betracht ziehen, daß die Staatsregierung über ihre Stellung zur Wahlrechtsreform sich in den Etatsreden deutlich ausgesprochen hat. Wenn sie jetzt nicht vertreten ist, ist daraus der Schluß zu ziehen, daß sie denselben Standpunkt auch heute noch vertritt, darum halten wir jetzt die Anwesenheit der Staatsregierung nicht für erforderlich. (Abg. Hoffmann (Soz.): Freiwilliger Regierungskommissar!)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir hätten die Anwesenheit der Minister gern gesehen. Aber da die Staatsregierung es nicht für erforderlich gehalten hat, herzukommen, sehe ich keinen Grund, die Verhandlungen zu unterbrechen. Wir werden der Staatsregierung am meisten imponieren, wenn wir unsere Beschlüsse fassen und darauf hinwirken, daß die Staatsregierung aus der dilatorischen Haltung, die sie bis jetzt in dieser Frage eingenommen hat, heraustritt.

Abg. Frhr. v. Jedlich (fel.): Nach den wiederholten Erklärungen der Staatsregierung bin ich überzeugt, daß ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage sich nicht geändert hat und halte ihre Anwesenheit hier nicht für erforderlich.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird außer von den Sozialdemokraten nur von den Polen, Dänen und dem freiwilligen Abg. Gantert unterstützt, er ist also nicht ausreichend unterstützt.

Der Antrag auf Anwesenheit der Minister wird gegen die Stimmen der Fortschrittler, Polen, Dänen und Sozialdemokraten abgelehnt, auch die Zentrumsarbeiter stimmen mit der Mehrheit. — Die Debatte geht weiter.

## Abg. Leinert (Soz.):

Wenn ich so weit vorn auf der Rednerliste stehe, so wird das wahrscheinlich daher kommen, daß wir wohl in gewissem Sinne mit als Antragsteller für den Hauptantrag angesehen werden. Ich nehme daher an, daß Sie uns auch eine Antwort nicht abschneiden

werden, nachdem Sie gegen uns polemisiert haben werden. Nach den Äußerungen des Ministers des Innern bei seinem Etat zu schließen, werden wir uns wahrscheinlich über die Wahlrechtsfrage noch manches Jahr unterhalten müssen. Der Abgeordnete Frhr. v. Jedlich hat erklärt, daß diese Legislaturperiode nicht zu Ende gehen dürfe, ohne daß die Wahlrechtsfrage gelöst werde; er hat vor einigen Tagen dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg als seinen Parteigenossen bezeichnet und ich muß mich allerdings darüber wundern, daß Herr v. Jedlich, der doch in seiner Partei einen so außerordentlich großen Einfluß ausübt, nicht einmal in der Lage ist, seinen Parteigenossen Bethmann Hollweg zu einem endlichen Vorwärtsgang zu veranlassen. (Sehr gut! links.) Der Minister des Innern hat weiter erklärt, er sei auch deshalb nicht in der Lage, die Wahlrechtsfrage zum Abschluß zu bringen, weil einige bürgerliche Parteien sich über ihre Stellung zur Sozialdemokratie noch nicht richtig orientiert hätten, und dieses ungeklärte Verhältnis zur Sozialdemokratie sei für die Regierung ein Anlaß, in der Wahlrechtsfrage nichts zu tun. Wenn die Regierung damit warten will, bis die Sozialdemokratie an ausschlaggebender Bedeutung verliert, dann kommt überhaupt kein Zeitpunkt für die Einbringung der Wahlrechtsvorlage, denn die Sozialdemokratie wächst unaufhörlich, sie wächst über Sie (nach rechts) hinaus, und Sie werden überhaupt nicht in der Lage sein, sich unserer Partei zu erwehren!

Der Abg. Graf v. d. Groeben sagte beim Etat des Innern — und darin stimmen wir ganz mit ihm überein —, daß eine Wahlreform nur dann Bestand habe, wenn sie von der Zustimmung aller großen Parteien des Landes getragen sei, während der Minister meinte, es gehöre dazu die Zustimmung der großen Parteien des Hauses. Das letztere stimmt nicht, aber das erstere ist richtig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die großen Parteien im Lande sind die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Fortschrittliche Volkspartei, die Nationalliberalen und die Konservativen. Aber wenn man fragt, wo die Mehrheit der Wähler liegt, ob auf Seite derer, die den Wahlrechtsantrag der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützen, oder auf der Seite jener, die sich gegen die Änderung des Landtagswahlrechts aussprechen, so ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen rund 600 000 Wähler, das Zentrum 500 000, die Fortschrittliche Volkspartei 120 000, die Polen und Dänen 225 000 Stimmen hatten, das also für die Wahlreform 1 450 000 Wähler gestimmt haben, gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts aber die Konservativen mit 855 000 Stimmen, die Freikonservativen mit — 63 000 Stimmen (Lebhaftes Hört! hört! links), die Nationalliberalen mit 318 000 und der Bund der Landwirte und die Antisemiten mit 24 000 Stimmen, zusammen also nur 760 000 Stimmen. (Hört! hört! links.) Zwei Drittel der Wähler haben sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erklärt, ein Drittel dagegen. Aber dieses eine Drittel sendet 277 Abgeordnete hierher und die anderen zwei Drittel nur 104, darunter die 104 des Zentrums. (Hört! hört! links.) Das ist

## eine Fälschung des Volkswillens

(Unruhe rechts), wie sie in keinem einzigen Parlament der Welt mehr anzutreffen ist. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage ist darauf hingewiesen worden, daß in den 60er Jahren das Dreiklassenwahlrecht eine liberale Mehrheit gebracht hat und daß damals die Liberalen nicht daran gedacht hätten, das Wahlrecht zu ändern. Damals hat aber jemand anders an die Änderung des Wahlrechts gedacht, nämlich Bismarck, der der Meinung war, das Dreiklassenwahlrecht sei nicht mehr zu halten, weil die konservative Partei fast gar nicht mehr vertreten war. Der Historiker Hermann Duden hat allerdings nachgewiesen, daß in den 60er Jahren Bismarck selbst der Meinung war, daß dieses Wahlrecht nicht zu halten sei, und im April 1865 erschienen in der „Vreslauer Zeitung“ Artikel, die aus guten Gründen auf Bismarck selbst zurückgeführt werden und worin gesagt war, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nur noch eine Frage der Zeit sei. Am 4. April 1865 schrieb die „Vreslauer Zeitung“, daß Bismarck einen darauf bezüglichen Plan schon seit Jahresfrist in seinem Portefeuille habe. Er gab einer hervorragenden Persönlichkeit schon vor dem Ausbruch der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit ganz bestimmte Andeutungen, wurde aber an der Ausführung nur durch die ängere Politik gehindert. Am 12. April 1865 schrieb dieselbe Zeitung: „Es existieren überhaupt in sicheren Händen und an sicheren Orten interessante Schriftstücke, die der Offenheit wichtige Aufschlüsse geben könnten.“ Allerdings, auf die Idee, einen Wahlrechtsentwurf vorzulegen, kam Bismarck nicht, denn er ging von dem Gedanken aus, daß das Dreiklassenwahlrecht überhaupt

## jeder gesetzlichen Grundlage entbehre.

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der „Vreslauer Zeitung“ wurde ausgeführt: „Es handelt sich nicht um eine neue Diktierung, sondern um die Zurücknahme der Diktierung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849, an dessen Stelle das Gesetz vom 8. April 1848 wieder treten soll.“ Das Wichtigste in dem Artikel war, daß das Recht der Krone zu diesem Schritt als zweifellos hingestellt wurde. (Hört! hört! links.) Das Gesetz vom 8. April 1848 brachte Preußen das allgemeine, gleiche, geheime, aber indirekte Wahlrecht. Es beruhte auf gesetzlichem Boden; das Gesetz vom 30. Mai 1849 aber nicht, denn es war dem Volke anstößig und darum sagte Bismarck: Genau so, wie durch Staatsstreich das Volk um sein Recht betrogen worden ist, durch die Aufstrotzung dieses Wahlrechts (Unruhe rechts), genau so kann der König von Preußen diesen Staatsstreich wieder gut machen, indem er ihn zurücknimmt, und das preußische Volk in seine alten gesetzlichen Rechte wieder einsetzt. (Sehr gut! links.) Wenn ein ungeheürliches Parlament einen Akt des Königs — nämlich die Diktierung des Dreiklassenwahlrechts — für gesetzlich erklärt, so muß es erst nachweisen, daß es selbst gesetzlich dasteht! (Lebhaftes Zustimmung links.) Anders, als durch eine Verlegung der Verfassung ist ja die Existenz dieses Dreiklassenhauses gar nicht zu erklären. Bismarck wollte es beseitigen und die gesetzliche Grundlage wieder herstellen, weil im Jahre 1865 unter den 352 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses nur 84 Konservativen, aber 141 Fortschrittler waren, und da war Bismarck, der ja damals mit unserem Ferdinand Lassalle konföderiert hatte, der Meinung, daß die konservative Landbevölkerung mehr Stimmengewicht erhalten soll durch das gleiche Wahlrecht, um eine andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses herbeizuführen. Das Dreiklassenwahlrecht taugte damals für die Konservativen nichts und Sie waren es, die damals dieses Wahlrecht in einer Weise bekämpften, wie wir das heute gar nicht mehr dürfen. Die „Kreuzzeitung“ schrieb damals: „Dieses Wahlrecht ist



nichts anderes, als eine Repräsentation des Geldkapitals mit dem läugerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. (Hört! hört! links.) Die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welche alles Höhere und Bessere, nach oben wie nach unten, je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht. (Hört! hört! links.) Wir haben dieser Keuzerung der „Kreuzzeitung“ nichts hinzuzufügen, das ist ganz unsere Meinung (Heiterkeit und sehr gut! links), nur Sie (nach rechts) sind, nachdem Sie durch dieses Wahlrecht zur Macht gekommen sind, ganz anderer Meinung geworden. Jetzt ist das Dreiklassenwahlrecht die höchste Gerechtigkeit, die es nur geben kann, denn es bildet für die Rechte überhaupt nur die Möglichkeit, zu politischer Geltung zu kommen. Durch das Reichstagswahlrecht werden Sie immer mehr zusammengehauen und in den übrigen Bundesstaaten existieren diese ultrapreussischen Konfessionen gar nicht, diese Ultra-reaktionäre, die sich aus dem preussischen Ostbezirk herausgebildet haben. (Sehr wahr! links.) Sie können sich in der Öffentlichkeit überhaupt nur halten durch dieses widerwärtige, jeder Gerechtigkeit Hohn sprechende Wahlrecht. (Erneute lebhafteste Zustimmung links.)

Aber auch den Nationalliberalen kann man die Wandlungen ihrer Gesinnung

in der Wahlrechtsfrage nachweisen. Als sich bei den ersten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 gezeigt hatte, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht ein Wahlrecht der Gerechtigkeit ist, haben auch die Nationalliberalen das eingesehen und sie haben ja auch später einen sehr erheblichen Bestandteil des Reichstages gebildet. Damals wurde in einem Aufruf der Nationalliberalen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht als das feste Bollwerk der Freiheit erklärt und in einem von Bennigsen, Laster und Miquel unterzeichneten Wahlauftruf stand: „Die preussischen Gesetze sind mehr als je mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes erfüllt; je weiter und breiter alle Klassen zur Beteiligung an den Bestrebungen Preußens herangezogen werden, je eher werden sich unsere nationalen Träume erfüllen. Das beschränkte Dreiklassenwahlrecht hat sich überlebt, und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, unter welchen Bedingungen der Uebergang zum gleichen Stimmrecht vorzubereiten ist. (Hört! h. d. Sozialdemokraten und h. d. Volkspartei.) Heute aber wollen Sie (zu den Nationalliberalen) diesem Wahlrecht neues Leben einhauchen und 1905 hat der nationalliberale Abgeordnete Schmiegeling sogar erklärt: „Ich bin ein Überzeugter Anhänger des öffentlichen Wahlrechts!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem Wahlauftruf von 1905 haben die Nationalliberalen erklärt, daß in der

Bewertung der Steuerleistung

auch die Stärke der Heranziehung maßgebend sein soll für die Verteilung des Wahlrechts, aber heute verlangen Sie ein abgestuftes, plutokratisches Härten vermeidendes Wahlrecht. Was Sie eigentlich darunter verstehen, hat uns der Abg. Lohmann nicht sagen können und wenn er erklärt, Ihre Haltung sei allen bekannt, so ist das insofern wahr, als sie gewiß allen dahingehend bekannt ist, daß man eben nicht weiß, was man von den Nationalliberalen zu halten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den nationalliberalen Grundgedanken würde am besten die Einführung des Wahlrechts der „Kulturträger“ entsprechen, die unter einer solchen Härtheit begraben wurde. Deshalb fügen Sie einige Worte aneinander und sagen sich: „Die Wähler werden doch so dumm sein, uns darauf hineinzufallen und uns nicht zu fragen, was wir darunter eigentlich meinen.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Dr. Well hat beim Etat des Innern das Zentrum herauszustreichen gesucht, daß es bei der Beratung der Wahlreform seinem Grundsatze, daß für Preußen das Reichstagswahlrecht eingeführt werden soll, treu geblieben sei. Nun, es steht für alle Zeiten fest, daß das Zentrum das direkte und geheime Wahlrecht bei der Reform von 1910 verhindert hat. Es war dazu gezwungen durch die Blockbrüderschaft mit den Konservativen, zu der es sich mit den Junkern zusammengefunden hatte, als es galt,

das Volk anzurufen.

(Stürmische Zustimmung links.) Den von Dr. Well aufgestellten Grundsatze, die Politik sei die Kunst des Erreichbaren, haben sonst immer die Nationalliberalen für sich in Anspruch genommen. Immer, wenn sie umgefallen sind, und mit Hilfe anderer Parteien die Verwirklichung ihres eigenen Programms durchsetzen konnten, haben Sie Ihre Forderungen von den anderen Parteien niederkommen lassen und dann erklärt, sie seien nicht in der Lage gewesen, das Erreichbare zu erhalten. Um sich die Gunst der Konservativen dauernd zu sichern, mußte das Zentrum den Konservativen seine Grundzüge bei der Wahlreform opfern. Gegenüber all dem, was in dieser Beziehung das Zentrum erklärt hat, weise ich auf einen Artikel hin, der vor dem Auseinanderfallen der Wahlrechtsvorlage von 1910 in der „Schlesischen Zeitung“ stand. Da heißt es:

Wie konnte da die Basis für ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen seitens der Konservativen gefunden werden? Dabei ergab sich nun, daß das Zentrum lange nicht so weit und radikal vorgehen wollte, wie die Nationalliberalen. Das Zentrum gab sich mit der geheimen Urwahl zufrieden und konsolidierte den Konservativen äußerst wichtig erscheinende Punkte: 1. Unveränderte Amtsbekleidung der Dreiklassenwahl, während die Regierungsvorlage durch die Zusammenrechnung der Abstammungsprozent der drei Abteilungen die eigentliche Dreiklassenwahl fast völlig vernichtete. 2. Die indirekte Wahl, welche besonders geeignet ist, eine wüste Ballagitation zu verhindern. 3. Die öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Was wäre nun geschehen, wenn die Konservativen sich hierbei schmollend abseits gestellt und sich nicht an dem sogenannten Kompromiß beteiligt hätten? Dann wäre auch das Zentrum für die direkte und geheime Wahl eingetreten und die Konservativen wären mit ihrem Antrag auf Beibehaltung der öffentlichen und indirekten Wahlen einfach überstimmt und an die Wand gedrückt worden. Die Konservativen haben also, wie die Dinge liegen, das öffentliche Wahlrecht nicht preisgegeben, sondern sie haben unter Mithilfe des Zentrums (Lebhaftes Hört! hört! links.) erreicht, was nach der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation hier zu retten war und sie haben dabei zugleich der indirekten Wahl, einem für die Wahrung konservativer Volksinteressen überaus wichtigem Prinzip neue Anerkennung und Sicherheit geschaffen. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Da ist also aus konservativem Munde ausgesprochen, daß die Konservativen

das Zentrum im Schlepptau

gehört haben. Die Regierung war damals einig mit der freikonservativen Partei. Jetzt wird ja Herr v. Bethmann Hollweg als Parteigenosse der freikonservativen angeprochen. Das würde ja übrigens eine prächtige Illustration seiner Stellung sein. Gerade die freikonservative Partei hat gar keinen Boden im Volk; außer den Abgeordneten, die durch den Bund der Landwirte ins Parlament geschoben sind, gibt es keinen Menschen, der sich freikonservativ nennt. Ist Herr v. Bethmann also freikonservativ, so haben wir einen Ministerpräsidenten ohne jede Bindung mit dem Volke. Das hat ja auch seine Politik bisher bewiesen. Herr v. Bethmann meinte vor kurzem, seine Partei sei am geeignetsten, den Ministerpräsidenten zu stellen, indem er laut in diesen Saal hineinrief: Wir freikonservativen sind vollständig frei von jeder Annäherung an die Sozialdemokratie. Gegenüber den unglaublichen Beschimpfungen, die wir in den letzten Wochen erdulden mußten, ist es doch notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Parteien alle schon einmal mit der Sozialdemokratie zu tun hatten. Die Konservativen haben durch unsere Hilfe, weil sie Stichworte anerkannten, Abgeordnete bekommen. Das Zentrum erinnere ich an verschiedene Wahlabschlüsse: Preissinnige, Nationalliberale, Polen, alle Parteien sind schon mit der Sozial-

demokratie bei dieser oder jener Gelegenheit zusammengegangen. Bei den Landtagswahlen 1908 wurde in Jellerfeld eine nationalliberale Versammlung einberufen und der Verginsspektor Stinzig als Kandidat aufgestellt, der dann den Nationalliberalen erklärte: Meine Herren, ich danke Ihnen für das Vertrauen; ich werde mich im Landtage der freikonservativen Partei anschließen. (Heiterkeit links.) Das konnte man natürlich nur der nationalliberalen Partei bieten. Als sozialdemokratischer Wahlmänner gewählt waren, gab er unserem Vertrauensmann 40 Mark, damit sie für ihn, dem freikonservativen Kandidaten stimmen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das weiß ich nicht nur aus meiner persönlichen Tätigkeit als Parteisekretär für die Provinz Hannover, sondern das ist auch gerichtlich festgestellt. Also, Herr v. Bethmann, auch Ihre Partei ist nicht sozialistischer, auch sie ist schon an uns herangetreten. Es ist ja auch gar nicht anders denkbar. Die sozialdemokratische Partei hat eben eine so ungeheure Bedeutung erlangt, daß sich keine einzige Partei dem entziehen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Lohmann sagte, mein Parteigenosse Girsch habe erklärt, wir wollten das Recht des Terrorismus für uns in Anspruch nehmen. Girsch hat erklärt,

das ganze Wahlrecht ist Terrorismus,

und um uns diesen terroristischen Folgen zu entziehen, sind wir nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, mit den Mitteln zu arbeiten, die dieses Wahlrecht uns ausdrängt. Wir befinden uns da in Uebereinstimmung mit den Konservativen, hat doch die „Kreuzzeitung“ erst vor kurzem erklärt, es wäre sinnlos, jemand zuzumuten, seine Waren bei jemand zu kaufen, der sein politischer Feind ist. (Hört! hört! links.) Dabei besorgten wir noch den Zweck, die ständige Grundlage unserer öffentlichen Zustände, die zu solchem Terrorismus zwingen, durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wiemer warf uns vor, wir hätten das preussische Vaterland geschmäht, für dessen Wohlfahrt die Freisinnigen zu arbeiten bereit seien. Das preussische Volk, das preussische Vaterland haben wir niemals geschmäht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere ganze Tätigkeit hier und im Lande besteht ja darin, daß wir für das preussische Volk die Wohlfahrt herbeiführen wollen. Die Worte, die Scheidemann im Reichstag gesprochen, unterstreichen wir von Anfang bis zu Ende. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das spreche ich aus, weil ich mich da in Uebereinstimmung mit der gesamten sozialdemokratischen Partei weisbogegen wir uns wenden, das ist die

Verbrechung und Fälschung der Worte Scheidemanns.

Mit keinem Wort hat er über das preussische Volk etwas gesagt, mit keinem Wort hat er erwähnt, daß unter Preußen das preussische Vaterland des Volkes gemeint sei, sondern er hat charakterisiert das Junker-Preußen, diejenigen, die in Preußen herrschen und als deren Willensvollstreckere die preussische Regierung sich immer gezeigt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade bei dieser Affäre hat der Reichskanzler erklärt, es sei sehr berechtigt gewesen, daß der Kaiser seinen Unwillen über die Volksvertretung in Eljas-Votierungen zum Ausdruck gebracht habe, und alle Höflinge, die immer dabei sind, wenn der Kaiser eine Rede hält, und ihm zujubeln, wenn sie ihren Interessen entspricht, erwarteten an, daß der Unwille des Kaisers berechtigt war. Dieser Unwille kommt daher, daß die elstfische Kammer sich bemühte, eine Volksvertretung zu werden. Daher auch Ihre Zustimmung. Aber das preussische Volk hat doch einen ebenso berechtigten Unwillen über das Parlament, das hier tagt, zum Ausdruck zu bringen. Das aber will man nicht anerkennen, da will man sagen, das Volk hat nichts zu sagen. Diesem Unwillen des Volkes hat Scheidemann in durchaus zutreffender Weise zum Ausdruck gebracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wir verdritten uns solche Fälschungen und Verdrehungen in der Auslegung seiner Worte, wie wir sie erlebt haben. Die Worte des Kaisers über das reichsländische Parlament, daß die Verfassung in Scherben gefallen werden soll, haben begeisterte Zustimmung in den konservativen und freikonservativen Blättern gefunden. Warum haben Sie auch nicht in dieser Frage denselben Standpunkt? Am 20. Oktober 1908 sagte der Kaiser: „Es ist mein Wille, daß das Wahlrecht geändert werde.“ Da fehlt aber die Begeisterung der Königstreuen. Was für begeisterte Worte riefen Sie nicht ins Land hinein, als ins Buch der Stadt München geschrieben wurde: „Des Königs Wille ist das höchste Gesetz!“ Bei dieser Frage des Wahlrechts sagen Sie, Sie sind nicht verpflichtet, des Königs Wort und Wille zu vollführen. Jetzt sagt sogar der Minister des Innern, wir hätten kein Recht, uns auf das Königswort zu berufen, weil jede Partei etwas anderes wolle. (Sehr richtig! links.) Für wen gilt denn das Königswort? Der Minister sagt, die Thronrede hat zwar den Willen des Königs zur Veränderung des Wahlrechts zum Ausdruck gebracht, aber das Haus ist daran nicht gebunden. Da müssen wir den Minister doch fragen, für wen denn das Wort des Königs gilt? Darüber schweigen sich alle die aus, die immer behaupten, die Königstreue in Erbpaß genommen zu haben. Sie wollen an dem

überlebten, wurmförmigen und verschimmelten Dreiklassenwahlrecht

festhalten. Wo ist denn da Ihre Monarchentreue, wenn Sie vom König ausgerufen werden, ein neues Wahlrecht zu schaffen? Wir berufen uns gewiß nicht auf das, was der preussische König will; unsere Politik wird nicht durch die Worte der Thronrede vorgeschrieben; wir berufen uns auf den Willen des Volkes, um ihm zu genügen sehen wir hier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie dagegen haben immer als Ihre Aufgabe angesehen, den Willen des Königs zu erfüllen, und deshalb erkennen wir daran, daß Sie das jetzt nicht tun. Als der Minister erklärte, für Sie auf der rechten Seite gelte das Königswort nicht, ertönte bei Ihnen verständnisvolles Bravo. Wir danken für diese Auffassung, daß der König das Dreiklassenparlament nicht angeht. Da ist ja auch Herr v. Heydebrand, der Vizekönig (Heiterkeit); das erinnert aber an die Zustände in China, wo das Mandarinentum zum Teufel gejagt ist, und mit dem

Mandarinentum in Preußen

wird auch das konservative Königtum fallen. Sie selbst sagen ja in einem Ihrer Lieder: Nicht Koth noch Reiffe schützen die Freie Häh, wo Fürsten stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie auf das Volk nichts mehr geben, so mögen Sie den Zuständen, die kommen, ruhig entgegensehen. Wenn wir uns auf das Königswort nicht mehr berufen sollen, wozu nimmt man uns denn den Eid ab. Schimmer konnte die Königstreue der Konservativen nicht bloßgestellt werden, als durch diese Keuzerung des Ministers v. Dallwitz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich folgte er dabei nur seiner konservativen Tradition. Als der König erklärte hatte in bezug auf den Kanakal: gebaut wird er doch, da erklärte der Landrat und Abgeordnete v. Dallwitz, der heutige Minister, der König hat nichts zu sagen, gebaut wird er nicht. Die „Evangelisch-lutherische Landeszeitung“ meinte, der König habe das Wort ja gar nicht als König gesagt, sondern nur als

Sprechautomat für das Ministerium,

und daher sei nicht er, sondern das Ministerium gebunden; da aber die Minister kommen und gehen, wie die Blumen auf dem Felde, ohne eine Spur ihrer Tätigkeit zu hinterlassen (Heiterkeit), so sei mit der Veränderung in der Regierung das Versprechen der Thronrede erledigt. Zufällig haben wir aber noch denselben Ministerpräsidenten. Warum erscheint er also nicht, um zu erklären, daß er seinen Willen auch gegen die Konservativen durchzuführen will. Der König hat die Veränderung des Wahlrechts für eine der wichtigsten Aufgaben erklärt. Inzwischen haben Sie natürlich

wichtigere Aufgaben gefunden, Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter, Zuchthausgesetze, Streikverbote. Sie wollen Gesetze und Verfassungen nicht achten, wenn dadurch die Rechte der Arbeiter gefährdet werden. Sie haben für dieses Parlament, das Sie schon durch den Hausrechtsparagrafen entwürdigt haben, noch weitere Hausrechtsparagrafen zu machen. Sie sehen das Parlament herab durch Herabwürdigung der Polizei und Vergeßlichkeit der Abgeordneten und da soll man Ihnen zutrauen, Sie würden ein Wahlrecht schaffen, wie es das Volk wünscht?

Inzwischen ist die Erbitterung im Volk außerordentlich gestiegen. (Zuruf rechts: Gegen Sie!) Gehen Sie doch in die Versammlungen, gehen Sie unter das Volk und verteidigen Sie Ihre Grundzüge. Nicht gegen uns ist die Erbitterung gestiegen, sie ist gestiegen, weil die letzten Vorgänge in diesem Hause in elektrischer Beleuchtung die Reaktion des Dreiklassenwahlrechts gezeigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wollen Sie denn gegen diese ständig wachsende Erbitterung tun? Sie können sich nicht auf den Rechtsstaat Preußen berufen, sondern nur auf den Polizeistaat, auf den Militärstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur der Polizeistaat gilt Ihnen noch die Möglichkeit, das Volk mit Gesetzen mißhandeln zu können. Aber auch Polizei und Militär haben keine unbegrenzte Gewalt, auch deren Macht hat ein Ende, und wenn der Stein ins Rollen kommt, reißt er noch viel mehr mit sich, als das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was wollen Sie denn machen gegen die Millionen von Wahlrechtskämpfern, gegen die Millionen preussischer Staatsbürger, die ein gerechtes Wahlrecht fordern?

Sie rufen auch dem Polizeisäbel, nach Flinten und Kanonen.

Damit können Sie Hunderte und Tausende erschießen, aber dann hat es ein Ende; keine Macht der Erde ist imstande, aus den Köpfen den Willen zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts wieder herauszuschaffen. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Dauer können Sie nicht die Zustände gegen den Willen des empörten und erzürnten Volkes aufrecht erhalten, auch mit dem Militarismus nicht. Was wir tun können, um die Bevölkerung aufzuräumen und aufzuwachen gegen das unglaubliche Unrecht des Dreiklassenwahlrechts, werden wir mit vollem Bewußtsein tun. Mit Rägeln und Zähnen werden wir arbeiten, daß im Volk der Wille zur Macht sich stärkt, zur politischen Macht, die heute in den Händen der Junker ist. 4 1/2 Millionen Stimmen erhielten wir bei den letzten Wahlen. Die Zahl wird noch ungeheurer steigen und der Zeitpunkt wird kommen, wo Sie nicht mehr gefragt werden, ob Sie das Wahlrecht ändern wollen, wo Sie vollständig erledigt sind und das Volk sich nur noch mit einer gewissen Heiterkeit der Zeit erinnern wird, wo in Preußen die Junker trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit den ganzen Staat beherrschten. Sie wollen den Kampf gegen das Volk haben, Sie sollen ihn haben, dann aber geht es nicht nur ums Wahlrecht, sondern

dann geht es aufs Ganze,

und ich kann schließen mit dem Ausspruch eines Mannes, der sich viel Macht zutraut, ohne daß er sie besitzt: Bisher haben Sie das Volk nur von der guten Seite kennen gelernt, Sie werden es noch von einer anderen Seite kennen lernen und dann schlägt es das ganze Dreiklassenwahlrecht in Scherben und macht aus dem preussischen Junkerstaat einen Kulturstaat, in dem Sie keinen Platz mehr finden können. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Heydebrand (l.): (Abgeordneter Hoffmann (Soz.) ruft, als der Redner die Tribüne betritt: Aufstehen!) Im Jahre 1910 sind die Wahlrechtsanträge abgelehnt und seitdem hat sich nichts Neues ereignet. Wir kennen die Stellung der Staatsregierung, sowie die der Parteien und deshalb vermag ich nicht einzusehen, was eine neue Erörterung der Wahlrechtsfrage nützen soll. Sie reden von großen Erregungen im Volke. In den Reihen der Vernünftigen habe ich nichts davon bemerkt; Sie wollen erst die Unruhe hineinbringen in die ruhige Bevölkerung. Auch wir haben gezeigt, daß wir an einer Aenderung des Wahlrechts mitarbeiten wollen, wir wollten bis an

die äußersten Grenzen unserer Interessen

gehen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Ihre Interessen!) Vertreten Sie etwas anderes als Ihre Interessen! (Abg. Hoffmann (Soz.): Die Interessen des Volkes.) Das Reichstagswahlrecht hat doch auch Mücken; warum wollen Sie denn nicht dieses zuerst ändern? Das Wahlrecht ist doch nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erfüllung der Kulturaufgaben, und in dieser Hinsicht kann sich das Abgeordnetenhaus mit seinen Leistungen vor der ganzen Welt sehen lassen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Der Polizeileutnant.) Bei den Etatberatungen haben Sie gesehen, daß es keine Schicht der Bevölkerung gibt, die nicht vollständig zu ihrem Rechte kommt. (Abg. Liebknecht (Soz.): Glauben Sie das wirklich!) Das glaube ich allerdings. Das preussische Wahlrecht ist von kleinen Mücken abgesehen, sehr gut, und ohne zwingenden Grund werden wir es nicht ändern. (Abg. Liebknecht (Soz.): Wir werden den zwingenden Grund schaffen.) Für den nationalliberalen Antrag in seiner gegenwärtigen Form können wir auch nicht stimmen. Von den Nationalliberalen trennt uns deren Forderung auf Beseitigung der indirekten Wahl. Auch bei dem direkten Wahlrecht, bei den Reichstagswahlen, zeigt sich eine terroristische Beeinflussung der Wähler. (Zustimmung rechts.) Bei den Reichstagswahlen wird das Volk berührt und von der Verunsicherung abgehalten. Erst vor einem halben Jahre hatten wir Reichstagswahlen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sie tun Ihnen heute noch weh.) Die Aufregung und die gegenwärtigen Anfeindungen in ihrer Folge bestehen heute noch. Wir würden daher die Einführung der direkten Wahl für ein nationales Unglück betrachten. Für die Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken spricht zwar manches, doch würde durch die Drittelung in den Gemeinden der plutokratische Einfluß gestärkt, der des Mittelstandes verringert werden. Deshalb sind wir dagegen. (Heiterkeit links.)

Der freisinnige Antrag auf Neuabgrenzung der Wahlbezirke will den Einfluß der industriellen Bevölkerung stärken, den der bodenbesitzenden Bevölkerung schwächen, auf dem doch gerade die Macht und Größe des preussischen Staates beruht. In den anderen deutschen Staaten gibt es viele Leute, die Gott auf den Anten danken, daß wir dies Wahlrecht in Preußen haben. (Heiterkeit links.) Herr Wiemer sagte die Demokratisierung schreit uns nicht. Er hätte auch sagen können, die Sozialdemokratisierung. Es ist noch nicht dagewesen, daß eine bürgerliche Partei ein Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie abschließt. (Stürmische Zurufe links: Zentrum, Zentrum!) Das ist mir nicht bekannt, aber Ihr Bündnis liegt vor und wird dadurch nicht schmalkhafter, daß Sie es verheimlichen und in anderen Wahlkreisen Bündnisse gegen die Sozialdemokratie abschließen. (Stürmische Zurufe bei der Volkspartei: Wo denn?) Raffenhaft könnte ich Beispiele nennen. (Erneute Zurufe links: Wo denn?) Es ist das ein Rückgang der politischen Schlichkeit. (Große Unruhe links. Zurufe: Wer hat denn den Sozialdemokraten Geld angeboten, das haben Konservative getan!) Sie entschuldigen sich, Sie hätten in der Verzweiflung gehandelt, weil sie von den Konservativen im Stich gelassen seien. Sie waren eben zu anspruchsvoll und konnten sich nicht entschließen, Ihre Parteinteressen hinter das Staatswohl zurückzustellen. Und was haben Sie erreicht? Unsere Unterstützung haben Sie verloren und sind in die Knechtschaft der Sozialdemokratie gekommen. (Große Unruhe bei der Volkspartei.) Es ist so weit gekommen, daß Sie einen eigenen Willen nicht mehr haben können. (Andauernde Unruhe bei der Volkspartei.) Aber lernen Sie aus dem Vorgangenen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Keine Zurück. Dir ist alles vergeblich.) Wir werden immer bereit sein, Geheimes zu vergessen und mit Ihnen zu arbeiten, wenn Sie die



**gemeinsamen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft** zu vertreten die Entschlossenheit haben. (Abg. Gylling (Sp.): Wir danken aber sehr!) Der Herr und Meister der Sozialdemokraten, Bebel, hat ja gesagt, Preußen ist der Feind. Ihren Ansturm gegen das preussische Wahlrecht verstehen wir. Ich wende mich aber auch nicht an die Herren hier, sondern an die Wähler draußen. Die 4 1/2 Millionen Wähler werden wohl nicht einverstanden sein mit der Art, wie ihre Vertreter hier Propaganda für das Wahlrecht machen. Was wir hier erlebt haben, geht doch über die Gutschnur. Kann denn ein Parlament arbeiten, wenn man sich über die Grundlagen der parlamentarischen Ordnung und Sitte, ich will nicht sagen, Anständigkeit, in solcher Weise hinwegsetzt, wie es von Ihrer Seite geschehen ist. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Von Ihrer!) Die ganze Art, wie Sie hier verfahren, Volkseinstimmen zu vertreten, muß doch dem Volke die Augen öffnen. Wir vertreten die Volksinteressen im Rahmen des Erreichbaren. Sie dogmen so, daß man erkennt, es kommt Ihnen lediglich darauf an, Unzufriedenheit zu erregen. Das Volk wird erkennen, daß Sie nicht die richtige Vertretung sind. Herr Reinert hat ja versucht, die Ausführungen Scheidemanns als harmlos hinzustellen. Ich glaube schon, daß Ihnen die Sache sengerig wird. Herr Liebknecht hat hier Ruhland als das barbarischste und verächtlichste Staatswesen hingestellt und ein Mitglied des Hauses hat den Mut gehabt, zu rufen, außer Preußen. Das war eine unerhörte Beleidigung gegen das preussische Volk. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Liebknecht ruft: Gegen das preussische Volk? Gemeint sind die preussischen Junker! Rufe rechts: Ruhe! Ruhe! Vizepräsident Dr. Borsch ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung.) Herr Scheidemann hat offen ausgesprochen, die Zugehörigkeit zum preussischen Staat sei gleichbedeutend einer Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist Wilhelm II.) Regen Sie sich doch nicht auf, Sie scheinen ganz zu vergessen, daß Sie den Ehrennamen Internationale Sozialdemokraten haben. Es ist ja Ihre Eigenart, kein Gefühl für den Staat zu haben. Man schämt sich fast (Abg. Hoffmann (Soz.): Es wäre auch an der Zeit!), wenn man die Sozialdemokraten anderer Länder und deren Nationalgefühl sieht. Das Verhalten unserer Sozialdemokraten ist dem gegenüber ein Skandal. Wir wissen genau, was wir an Ihnen haben. (Abg. Liebknecht (Soz.): Das beruht auf Gegenseitigkeit!) Wir wissen, wohin Sie steuern. Die unterschiedslose Masse zur Herrschaft zu bringen, wäre ein Schlag gegen das Naturgesetz, nach welchem immer der Beste und Tüchtigste vorwärts kommt. Die Mitarbeit der Tüchtigsten ist die Grundlage jeder Kultur. Diese vertreten wir und damit die Interessen der ganzen Menschheit und der ganzen Kultur. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Gerold (B.): Meine politischen Freunde haben ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage wiederholt dargelegt. Ich kann daher mich zu den Anträgen wenden. Wir meinen, daß das Reichstagswahlrecht auf die Dauer den Bundesstaaten nicht vorenthalten werden kann. Für den Antrag Kronsohn werden wir daher in seinem ersten Teile stimmen. Aber zunächst werden wir bei dem Widerstand der Regierung und des Herrenhauses das Reichstagswahlrecht nicht erreichen. Deshalb müssen wir das bestehende Wahlrecht zu verbessern suchen. Sagen muß ich allerdings, daß die Rede Scheidemanns im Reichstage die politische Entrüstung aller bürgerlichen Parteien hervorgerufen hat, und es ist betrübend, daß die ganze Sozialdemo-

kratie dahinter steht. Durch solche Reden wird die Reform des Wahlrechtes nur gefährdet. Gegen den zweiten Teil des Antrages Kronsohn werden wir stimmen, denn außer der Volkszahl muß auch die Fläche und die durch Tradition und historische Entwicklung begründeten Ansprüche des Mittelstandes bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden. Für den Eventualantrag Kronsohn stimmen wir selbstverständlich, wobei uns das geheime Wahlrecht wichtiger ist als das direkte. Den Antrag der Nationalliberalen auf Beseitigung der Drittelung in den Wahlbezirken lehnen wir ab; sie hat sich durchaus bewährt. Das Streben nach ihrer Beseitigung ist ein Hindernis für die Erreichung der geheimen Wahl. Mögen die Nationalliberalen dies Streben aufgeben; dann bekommen wir in nicht zu ferner Zeit die geheime Wahl. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Korfanty (Pol): Die höchste Pflicht des Parlaments ist, Gerechtigkeit zu üben. Diese wird gerade uns gegenüber hier verweigert. Darum ist das bestehende Wahlrecht unhaltbar, wir werden deshalb für die Anträge der Freisinnigen stimmen.

Abg. Febr. v. Seibitz (H.): Nach den Äußerungen des Abg. Scheidemann im Reichstag erkennt wohl jeder, daß die Sozialdemokratie Preußen als den Todfeind ansieht. Dem Vortrager bemerke ich, den Polen geschieht nur, was ihnen von rechts wegen gebührt. (Lebhafte Rufe bei den Polen: Psul! Standa!) Das preussische Wahlrecht ist verbesseungsbedürftig. Aber die freisinnigen Anträge lehnen wir ab; sie sollen ja nur eine Etappe zum Reichstagswahlrecht, zur Rassenherrschafft sein, die gleichbedeutend ist mit der Knechtung der Rinderheit. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Dem materiellen Inhalt des nationalliberalen Antrages stehen wir sympathisch gegenüber; leider ist er mit der Forderung des direkten und geheimen Wahlrechtes verbunden und deshalb müssen wir ihn ablehnen. Doch wird es hoffentlich in nicht zu ferner Zeit gelingen, das preussische Wahlrecht auf Grundlage der Abstufung, die dem Mittelstand einen genügenden Einfluß sichert, fest zu fundamentieren. (Lebhafte Beifall bei den Freikonserwativen und Nationalliberalen.)

Abg. Borchardt (zur Geschäftsordnung): Herr v. d. Heydebrand hat hier eine Rede gehalten, die in ihrem wesentlichen Teil ein überaus heftiger Angriff gegen die Sozialdemokratie war, ja, man kann sagen, ein heftiger persönlicher Angriff gegen die hier im Hause anwesenden Sozialdemokraten, und in dem Moment, wo ich zu Wort kommen soll, wird die Debatte geschlossen. Das ist um so trauriger, weil ich der einzige Redner bin, dem das Wort abgeschnitten wird, denn Dr. Friedberg und Pachnik kommen noch als Antragsteller zu Wort und Herr v. Richthofen hat sich ja nur zum Schein gemeldet. Gehen Sie sich keiner Täuschung über die Wirkung solcher Manöver hin. Erstens werden wir dadurch zu Zwischenrufen gezwungen, die Sie ja angeblich nicht wünschen, damit wir wenigstens einen Teil dessen, was wir vortragen wollen, in den Zwischenrufen vorbringen. Wir würden sie unterlassen, wenn wir hinterher zu Wort kämen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sehr richtig!) Und zweitens werden wir mit unseren Argumenten direkt vor die Massen gehen. Darüber sollten Sie wirklich nicht im Zweifel sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für den freisinnigen Antrag erhält das Schluswort  
Abg. Dr. Baudise (Sp.): Herr v. Heydebrand hat vergeblich zum Fenster hinausgesprochen. (Sehr richtig! links.)

Ich erinnere ihn an das Wort des Fürsten Bülow: Die Konserwativen haben ein triboles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes getrieben. (Sehr richtig! links.) Herr v. Heydebrand ist der Vater unseres Stichwahlabkommens mit den Sozialdemokraten; denn seine Desperadopolitik wollte uns erst einmal durch rote Meer führen. Die konserwativen Presse hat auch alles getan, um unseren Freund Wiemer zu Fall zu bringen. (Gelächter rechts und in der Mitte.) Daß wir in die Knechtschaft der Sozialdemokratie geraten seien, ist wirklich nicht ernst zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Ich verweise nur auf unsere Haltung zur Militärvorlage. — Wir haben gewiß Verständnis für Preußens Stellung im Reich; aber das Wahlrecht muß seines agrarisch-feudalen Charakters entleidet werden. Der Feudalismus führt ja den Staat nicht mehr, sondern muß selbst gestützt werden durch Zuwendungen aller Art. (Lebhafte Beifall links.) Die Thronrede nannte die Wahlkreise die wichtigste Frage der Gegenwart. Wird das Königswort nicht gehalten, so wird der Einbruch erweckt, als lasse der König mit seinem Wort und Willen spielen. Auch die Neueinteilung der Wahlkreise ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Wenn aber die Nationalliberalen unsere Forderungen zu weit gehen, so sollten sie wenigstens unserem Eventualantrag zustimmen, für den wir namentliche Abstimmung beantragen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Beseitigung der Drittelung in den Wahlbezirken fordern wir gerade im Interesse des Mittelstandes. — Das freisinnige Stichwahlabkommen ist uns nicht gerade sympathisch, aber auf der rechten Seite ist doch der Druck des Bundes der Landwirte deutlich zu spüren. (Sehr richtig! links.)

Der Abg. Gerold hat sich hier mehr als Anhänger des preussischen Wahlrechtes als des Reichstagswahlrechtes gezeigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Von einer Reform sollte man sich auch nicht abhalten lassen, mit Rücksicht auf die hochgehenden Wogen der Sozialdemokratie. Gaben wir die Notwendigkeit der Änderung erkannt, so müssen wir sie auch vornehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz. [Persönlich]): Der Abg. Heydebrand hat einen ganz hilflosen Versuch unternommen, den Blick von der Wahlrechtsfrage abzulenken und einen neuen abgeschmackten Entrüstungsrummel gegen den Ton der Sozialdemokratie zu inszenieren. Da er auch auf meine Ausführungen über Ruhland zurückgegriffen hat, so wiederhole ich, daß ich von meiner Kritik des russischen Staatsystems dieses, nicht aber das russische Volk als barbarisch bezeichne habe.

In der Abstimmung wird zunächst der Prinzipalantrag der fortschrittlichen Volkspartei von der Rechten und den Nationalliberalen abgelehnt. Der nationalliberale Antrag fällt gegen die Stimmen der Nationalliberalen. In der namentlichen Abstimmung über den fortschrittlichen Eventualantrag stimmt die ganze Linke und das schwachbesetzte Zentrum mit Ja, die Konserwativen und Freikonserwativen mit Nein. Er wird mit 188 Stimmen gegen 158 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (des Abg. Karow [L.]) abgelehnt. (Abg. Hoffmann ruft: Infolge der Abkommandierung des Zentrums!)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Wahlrechtsreformgesetz, Rechnungssachen, strafrechtliche Verfolgung eines Vorwärtsredakteurs und der Abg. Borchardt und Leinert, Unterstützungswohnstättengesetz, Antrag Seibitz betr. Ergänzung des Gesetzes über die Haftung des Staates.)

**Überall die gleiche Meinung:  
der „Kornfranck“ hält, was er  
verspricht. Appetitlich von An-  
sehen, herzhaft im Geschmack,  
ausgiebig bis ins kleinste Teilchen.**

# Lachmann & Scholz

Turmstraße 76

Größtes Warenhaus in Moabit

Turmstraße 76

Unter Berücksichtigung der für das bevorstehende Pfingstfest besonders in Frage kommenden Waren haben wir geeignete Artikel in allen Abteilungen enorm billig zum Verkauf ausgelegt

**Trotzdem:**

Verlangen Sie  
Rabattmarken

**GRATIS!**

Bei Einkauf von 3 Mark ein Billett für die

**GRATIS!**

**Ausstellung: Haus- und Wohnungsbau**

Sonstiger Kassenspreis 1 M. Ausstellungshallen am Zoo Sonstiger Kassenspreis 1 M.

Täglich Konzert von Johann Strauß aus Wien.

**Trotzdem:**

Verlangen Sie  
Rabattmarken

**Leihhaus Moritzplatz 58a**

**Extra-Angebot** „Vorwärts“-Leser 10 % Rabatt.

Ca. 800 Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Paletots, größtenteils von Kavalieren wenig getragen, auf Seide. Damen-Kostüme, Kleider, Tuchmäntel, Seidenmäntel, früher von 9 bis 18 M. Herstellungspreis bis 100 M. jetzt 15 bis 25 M.

Ferner vom Versatz zurückgekauft Betten, Uhren, Ketten, Ringe, Wäsche, Teppiche usw. werden zu jedem annehmbaren Preise verkauft



# Wir versenden wieder 10000 Sprechapparate kostenlos zur Probe

Dazu brauchen wir Ihre Adresse. Schicken Sie uns sofort den Gratis-Coupon unterschrieben ein.

Viele Tausende aller Stände haben von uns schon einen herrlichen Spezial-Luxus-Sprechapparat mit unseren unvergleichlichen nadellosen Pathé-Platten erhalten. — Warum zögern Sie noch?

„Ich gestehe gern, daß Sie etwas bieten, was wohl kein Konkurrent in dieser Branche sein wird, Ihnen nadastun...“  
Rixdorf bei Berlin. *gez. O. L.*

„Der Sprechapparat übertrifft alle auf diesem Gebiete existierenden Systeme... Der Saphirstift besetzt das ständige Gerüst auf der Platte vollständig... Der Apparat hat meine Erwartungen sehr weit übertraffen.“  
Knippermühle bei Rheindahlen. *gez. P. Sch. Förster.*

„Bei einem Vergleich der Pathé-Platten mit verschiedenen anderen Nadelplatten habe ich festgestellt, daß sich eine Pathé-Platte 1200 mal durchspielen ließ, und daß sie danach noch in vollständigem Zustand war, wogegen eine andere Nadelplatte schon beim 25. Durchspielen anfangen zu schrumpfen, so daß sie gar nicht mehr anzuhören war. Überhaupt ist der Schallton einer Pathé-Platte das Schönste was es gibt.“  
Nürnberg. *gez. E. H.*

Sie erhalten von uns einen wundervollen, hochmodernen Apparat mit echter Pathé-Schalldose und Doppel federwerk. Unsere Pathé-Platten haben einen Durchmesser von 29 cm und sind nicht nur die besten, sondern auch die billigsten Platten

Warum haben Sie noch keinen Sprechapparat mit nadellosen Pathé-Platten von uns? Wir machen es Ihnen doch leicht. Sie brauchen kein Geld dazu. Wir leisten Ihnen Garantie, daß wir Ihnen etwas Außergewöhnliches senden. Wir liefern Ihnen zur Probe, ohne Anzahlung, ohne jede Kaufverpflichtung, lediglich gegen Tragung der ganz minimalen Spesen für die Hin- und eventuelle Rücksendung. Sie haben in keiner Weise ein Risiko. Sie zahlen erst (monatlich nur 3 Mk.), wenn Sie mit unserer Ware vollständig zufrieden sind.

Schicken Sie uns noch heute den angefügten Gratis-Coupon! Die Lieferung erfolgt sofort. — Unsere Adresse ist Versandhaus Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/258

**Gratis-Coupon**

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/258  
Senden Sie mir laut obiger Offerte kostenlos zur Probe einen Spezial-Luxus-Sprechapparat und 20 ausgewählte Pathé-Stücke. Wenn ich die Sendung nicht 5 Tage nach Empfang an Sie franco zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat Mk. 49,50 und für die 20 Stücke Mk. 33.— in monatlichen Raten von Mk. 3.— vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: \_\_\_\_\_ Vor- und Zunahme: \_\_\_\_\_

Straße Nr.: \_\_\_\_\_ Stand: \_\_\_\_\_

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Gardinenhaus Bernhard Schwartz**  
Wallastr. 18 (breite Seite)  
**Erstklassige Bezugsquelle**  
f. Gardinen u. Kuppelziele

## 8. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. Mai 1913 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

131 65 90 409 535 97 803 70 99 932 1054 368  
72 [500] 75 457 580 83 714 79 840 2079 139 205  
48 301 415 51 584 608 14 89 746 98 808 75 972 80  
3035 [3000] 65 324 512 [3000] 78 653 [1000] 82  
739 84 819 71 4101 42 223 [500] 358 74 453 88  
608 780 893 989 [1000] 5140 [500] 90 [1000] 439  
811 91 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 930 9005 284 399 766 [500] 843 944 [1000] 45  
10431 715 [500] 11438 563 840 12040 50 539  
84 421 31 656 627 850 69 [1000] 13067 120 478 694  
605 78 82 720 [1000] 77 14042 69 124 302 496 631  
811 90 15104 224 395 402 592 615 95 98 932 7125  
207 531 602 93 761 954 8272 73 406 635 79 648 82  
833 95 9



Reichstag.

66. Sitzung, Montag, den 20. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Deibrück, Köln.

Zunächst werden die Rechtsverträge Deutschlands mit Bulgarien nach kurzer Debatte angenommen. In der Diskussion erklärt Abg. Haase (Soz.) für die sozialdemokratische Fraktion seine Zustimmung zu der Vorlage.

In einem zweiten Nachtragsetz werden 250 000 M. für die Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und 7500 M. für die Vorarbeiten zum Ausbau des Reichstagsgebäudes (Herstellung neuer Arbeitszimmer für die Abgeordneten) gefordert.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Nachtragsetz bewilligt.

Der nächste Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes auf Befreiung des Branntweinkontingents.

1. Die Branntweinverbrauchsabgabe.

Der § 1 bringt die Befreiung des Kontingents in Norddeutschland und die allgemeine Einführung des bisherigen höheren Abgabensatzes von 125 M. für den Hektoliter.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen jährlich 16 Millionen aus der Verbrauchsabgabe zu Vergütungen für den technischen Spiritus verwendet werden (Abs. 2 des § 1).

Die Sozialdemokraten stellen hierzu zwei Anträge, über die namentlich abgestimmt werden soll.

1. In § 1 Abs. 1 statt: „der niedrigeren Abgabensatz von 1,05 M.“ zu setzen: „der höhere Abgabensatz von 1,25 M.“ wird aufgehoben. (Einheitliche Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf den niedrigsten bisherigen Satz von 105 M. für den Hektoliter.)

2. Den Abs. 2 des § 1 wie folgt zu fassen:

„Aus dem Ertrage der Verbrauchsabgaben sind jährlich 16 Millionen Mark zu entnehmen und zu verwenden: 1. zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer; 2. zur Deckung des Reichszuschusses, der zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente erforderlich ist.“

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Vorlage und ihre Verteidiger behaupten, es sei die Absicht dieses Gesetzes, die Liebesgabe aufzuheben. Seit vielen Jahren bekämpfen wir die Liebesgabe auf das Schärfste, weil mit ihr die Kernsten der Armen genötigt werden, aus ihrem kümmerlichen Einkommen zum Teil sehr heftigste Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen. Für sie wird eine Fürsorgegesetzgebung getrieben. Die Liebesgabe ist die gerade Umkehrung einer vernünftigen Sozialpolitik.

Die Vernunft gebietet, daß der Starke dem Schwachen hilft. Hier aber geschieht das Unvernünftige, daß die Schwachen den Starken helfen. Nun wird eingewendet, daß durch die Liebesgabe der Betrieb der Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reiches überhaupt erst rentabel gemacht werde. Aber nicht alle Güter mit leichtem Sandboden besitzen Brennereien. Sie müßten schon längst den Weg alles Fleisches gegangen sein, wenn die Behauptung richtig wäre, daß nur die Liebesgabe den Betrieb solcher Güter ermögliche. Wir sehen aber im Gegenteil, daß die bäuerlichen Wirtschaften im Osten, besonders in Pommern, stark zunehmen. Zwei Tage vor Beratung des Branntweingesetzes hat Graf Schwerin-Löwitz hier die wachsende Bedeutung der Kartoffelproduktion betont, d. h. die Möglichkeit, die Kartoffeln anders als für die Brennerei zu verwenden. Das widerlegt auch die Behauptung, daß die Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reiches nur mit Hilfe begünstigter Brennereien existenzfähig sei. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die großen Grundbesitzer ihre führende Rolle ohne die Erlaubnis begünstigter Brennereien schwer halten können. Denken Sie an die Ausplauderungen des Dr. Semler, der auch jetzt fern von Madrid weiß, wie er es immer tut, wenn die Gefahr besteht, daß über die Branntweineliebesgabe gesprochen wird. (Heiterkeit.) Er hat 1909 bei den Steuerdebatten bekanntlich erzählt, was ihm der damalige Staatssekretär Graf Posadowski in einer schwachen Stunde anvertraut hat: „Wir brauchen die Liebesgabe unbedingt. Wobon sollen sonst die ostpreussischen Großgrundbesitzer

die Zulage für ihre Leutnantsöhne und Söhne als Referendare bezahlen? Vor allen Dingen wäre es notwendig, ein klares Bild über die Lage der kontingentierten Brennereien zu haben. Aber dafür hüten sich die Herren. Jeder Arme, der gezwungen ist, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, muß es sich gefallen lassen, daß seine Verhältnisse genau untersucht und kargelegt werden. Das sollte auch für die Brennereibesitzer gelten, die öffentliche Gelder in Anspruch nehmen. Von den Folgen der öffentlichen Armenunterstützung, Verlust des Wahlrechts, sind die Liebesgabenempfänger freilich bewahrt geblieben. Ja, die Junker haben verhindert, daß in Preußen, wo sie herrschen, die Besserstellung der Empfänger von Armenunterstützung in Bezug auf das Wahlrecht, die das Reichsgesetz von 1909 brachte, eingeführt wurde, was Sachsen und Württemberg längst getan haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verteidiger der Vorlage behaupten, man brauche nur den Unterschied der Besteuerung, das Kontingent, aufzuheben, um die Liebesgabe zu beseitigen. Aber schon die Begründung der Vorlage sagt ausdrücklich, daß das Kontingent

wesentlich an Bedeutung verloren

hätte. Deshalb ist es recht naiv, wenn der bayerische Ministerpräsident v. Hertling meinte, man könne es der Linken nicht recht machen; so lange die Liebesgabe bestanden hätte, hätte sie gefürchtet, sie müsse aufgehoben werden, nun wolle man sie aufheben und da sei es ihr wieder nicht recht. Der Unterschied ist eben der: Wir wollen die Liebesgabe wirklich aufheben, Sie (nach rechts) wollen sie nur scheinbar beseitigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Wahrheit ist durch das Branntweinsteuergesetz von 1909 die wirtschaftliche Aufgabe des Kontingents zum großen Teil auf den Durchschnittsbrand und, was noch fehlte, auf den Vergällungsbrand und Lieberbrand übergegangen. Wäre diese Vorlage vor dem Gesetz von 1909 eingebracht worden, so hätte sie das erreicht, was eigentlich die Steuern sollen, nämlich daß sie reiflos in die Staatskasse fließen; jetzt erreicht die Vorlage das Gegenteil. Die Regierung will die Aufhebung der Liebesgabe jetzt nicht, weil sie ein Unrecht tun machen will, sondern sie stellt sich auf den Standpunkt, daß sie das anrüchige Gesetz von früher nur insofern ändern will, als sie daraus eine höhere Einnahme für sich ziehen kann. Sie will 86 Millionen Mark mehr für die Reichskasse gewinnen. Das ist ja nun freilich nicht gelungen. Denn wenn man das Gesetz, so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, genauer ansieht, so bemerkt man, daß der Abzug 2 des § 1 schon die Hälfte der von der Regierung geforderten Summe wegstreicht. Die Beschlüsse der Kommission konnten aber nur eine Mehrheit finden, weil die nationalliberalen Herren der Kommission bis auf einen

Rücktritt in das Lager der Agrarier übergingen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1909 war es ähnlich. Damals war auch ernsthaft die Rede von einer Verminderung des Kontingents. Die Nationalliberalen wollten bis auf den niedrigsten Satz, bis auf 1 M. herabgehen, und auch damals wäre eine Mehrheit für die Verminderung der Kontingentspannung vorhanden gewesen. Damals aber wollte das Zentrum wieder zur Regierung kommen durch die Zertrümmerung des Bülowsblocks und man konnte in der Kommission sehen, wie die Herren vom Zentrum gewissermaßen das Gold in der Hand schüttelten (Heiterkeit links) und da konnten die Konservativen nicht mehr widerstehen und sagten, nein, mit den Freisinnigen und mit den Nationalliberalen gehen wir nicht wieder zusammen. (Sehr richtig! links. Gelächter rechts.) Diesmal hat sich das Gleiche wiederholt, nur mit einer leichten Veränderung der Parteien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Herr Sieg ist ja gewiß liberal, er ist sehr liberal, aber nur so lange, bis die agrarischen Interessen in Frage kommen, dann aber ist er genau so agrarisch, wie (nach rechts zeigend) die da drüben. Vor einigen Tagen hatten wir das Vergnügen, einen Mann aus Australien hier zu sehen. Er sagte, ich bin der einzige Mann, der einen ganzen Kontinent vertritt, aber ich bin auch danach gewachsen. Auch Herr Sieg kann sagen: Ich bin der einzige, der in der nationalliberalen Partei die ultraagrarischen Interessen ver-

tritt, aber ich bin auch danach gewachsen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Um die Liebesgabe wirksam aufzuheben, haben wir beantragt, die Branntweinsteuer auf 105 M. herabzusetzen, und auch der Staatssekretär hat zugeben müssen, daß unser Antrag der richtige Weg wäre, aber, fügte er hinzu, ich kann diesen Weg nicht mit Ihnen gehen, denn dazu fehlt mir das Geld. (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich haben auch wir eingesehen, daß die Einnahme aus dieser Steuer dann nicht so groß wäre wie bisher und so sind wir auch bereit, hierfür eine Deduktion zu schaffen. Einer unserer Vertreter hat ausdrücklich im Namen unserer Fraktion erklärt, daß wir bereit wären, für

eine Erbschaftsteuer

zu stimmen (Hört! hört! links), um eine indirekte Steuer zu ermöglichen. Vorläufig sind aber die Mehrheitsparteien auf diesen Vorstoß noch nicht eingegangen, das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist jedoch noch nicht gesprochen; beim Nachtragsetz werden wir zu Anträgen kommen, die die Frage der Erbschaftsteuer noch einmal anregen. Die 16 Millionen Mark, die zugunsten des technischen Spiritus von der Steuer getrieben werden, sind gewissermaßen das Feigenblatt für die Nationalliberalen (Heiterkeit links), mit welchem sie vor die Industrie treten wollen und sagen, wir haben auch für die Industrie etwas getan. Das ist aber durchaus nicht richtig. Der Preis des technischen Spiritus kann nicht dauernd auf einer ungesunden Höhe gehalten werden, da er sich sonst nicht mit denjenigen Produkten konkurrenzfähig erhalten kann, mit denen er notwendigerweise konkurrieren muß. Würde die Spirituszentrale den Spirituspreis für den technischen Spiritus noch einmal in die Höhe treiben, so würden, wie man dem Lande zu sagen pflegt, die Brenner „im Spiritus erlaufen“. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum kommen auch diese 16 Millionen lediglich den Agrariern zugute, die nur so den Preis nicht auch für den Trimbrenntwein, bei dem leider der Konsumrückgang auch bei Preistreibern nicht so stark ist, sondern auch den des technischen, auf der jetzigen Höhe halten können. Darum ersuchen wir erneut, Ernst zu machen mit der Abschaffung der Liebesgabe, die hier nur scheinbar versucht wird, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland, die wir durchaus aufrechterhalten wollen und bitten Sie zunächst einmal den Einheitsatz von 105 Mark pro Hektoliter festzusetzen. Bleiben Sie dabei, daß die 16 Millionen herausgenommen werden sollen, so verwenden Sie diese wenigstens anders, für welche Zwecke, darüber wird Ihnen einer meiner Freunde nachher noch Anträge unterbreiten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Speck (B.): An der gegenwärtigen Vorlage hat eigentlich niemand eine rechte Freude. Ihr Vorzug ist, daß sie mit dem Schlagwort Liebesgabe aufräumt. Herr v. Hertling hatte vollkommen recht. Dieselben Leute, die immer mit der Behauptung kreben gingen, die Liebesgabe sei ein Geschenk an die ostbaltischen Junker, die erklären jetzt, die Aufhebung der Liebesgabe sei eine Reduktion des Konjums. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Für den niederen Steuerfuß kann nur eintreten, wer dem Reiche die notwendigen Mittel verweigern will. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Erbschaftsteuer“!) Darauf kommen wir ja noch später. Die 16 Millionen sind nicht für die Agrarier, sondern für den technischen Spiritus; um sie soll der Preis für den Trimbrenntwein niedriger gehalten werden können. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Sie sind also für ein Geschenk für die Konsumenten. Trotz mancher Bedenken stimmen wir für die Vorlage, weil sie große Vorteile für die kleinen Brenner bringt und süddeutsche Wünsche erfüllt.

Abg. Reinsh (natl.): Herr Dr. Semler ist wegen langer schwerer Krankheit und aus keinem anderen Grunde abwesend. Die Schwierigkeiten der Materie liegen in den scharfen Gegensätzen nicht nur zwischen Produktion und Konsum, sondern auch zwischen Nord und Süd, zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Der Augenblick für die Vorlage ist nicht besonders glücklich, weil gerade jetzt die Spirituspreise besonders hoch sind. (Einer der beiden amüslichen Stenographen erleidet einen Ohnmachtsanfall; der Redner muß seine Rede eine Zeit lang unterbrechen.) Die nationalliberale Partei hält an ihrem Standpunkt gegen neue Konsumsteuern fest. Nun ist es zweifelhaft, ob der vorliegende Gesetzentwurf den Konsum ver-

1823 — 1912.

An die Gewaltmaßregel, die im preussischen Dreiklassenparlament der Junker v. Erffa an dem Genossen Vorchardt hat verüben lassen, erinnert ein Vorgang aus der französischen Geschichte des letzten Jahrhunderts, der viele Berührungspunkte mit der widerlichen Szene vom 9. Mai 1912 aufweist.

Als im Jahre 1815 endgültig auf den Spitzen fremder Wajonette die politisch wie körperlich gichtbrüchigen Bourbonen nach Frankreich zurückgebracht worden waren, wählte sich diese Sippe, die nichts verlernt und nichts vergessen hatte, in ähnlichen Gegenden der Reaktion wie die ostbaltischen Junker des 20. Jahrhunderts. Kammentlich die Deputiertenkammer, jene berüchtigte „chambre introuvable“ (Kammer, wie man sie nicht wieder findet) Ludwigs XVIII. war der Tummelplatz solch wüster Orgien, in denen die Rechte der Minderheit von einer fanatischen und übermächtigen Mehrheit föhndend zu Boden getreten wurden. Auch die Kammer, die auf die „chambre introuvable“ folgten, zeigten das selbe reaktionäre Gesicht, und es war die des Jahres 1823, in der es endlich zu einer weithin hallenden parlamentarischen Explosion kam. Der Abgeordnete Manuel war unter den Vorkämpfern der Linken jener, der fast bei jeder seiner schlagkräftigen und unerschrockenen Reden das wilde Loben der Mehrheit entfesselte. Schon als ihn ein Wahlkreis der Vendée von neuem in die Kammer entsandte, während an fast allen anderen Punkten die Liberalen unterlegen waren, hatten die Trabanten des Bourbonentums in ihrer Brut verstanden, was sie im Schilde führten. Die „Weiße Fahne“ (Le drapeau blanc), das Zügellosse der reaktionären Blätter, begleitete seine Wahl mit der Aufforderung, diesen Abgeordneten als unwürdig aus dem Parlament auszuschließen. Wenn es auch kein geschriebenes Gesetz gäbe, das diesen Ausschluß rechtfertige, so doch ein heiligeres Gesetz als alle geschriebenen, nämlich ein Gesetz, eingegraben in dem unsterblichen Gesetzbuch der Natur! Da man sich gleichwohl zu diesem Gewaltstreich nicht hatte aufraffen können, wußte man münchlich, daß die Reaktion die nächste beste Gelegenheit zu einem noch brutaleren Gewaltstreich ausnützen würde.

Diese Gelegenheit bot sich alsbald zu Beginn der Session von 1823. Auf der Tagesordnung stand die Bewilligung von 100 Millionen Franz, von der Regierung gefordert, um 100 000 Mann nach Spanien zu entsenden, die dort im Auftrag der „heiligen Allianz“ den monarchischen Absolutismus wiederherstellen sollten, der zwei Jahre zuvor einem konstitutionellen Regime hatte weichen müssen. Als in der Debatte über diesen Antrag Manuel die Rednertribüne bestieg, wurde er von der Rechten bereits mit einem dumpfen Murren empfangen, und in je schärferer Weise er die französische Regierung als Handlanger der spanischen Konterrovolution brandmarkte, desto mehr schwoollen die drohenden Zwischenrufe der Krautjunker zu einem Sturm an. Als er aber mahnend auf das Schicksal der Könige hinwies, die mit dem Ausland unter einer Decke gesteckt, wie Karl I. von England und Ludwig XVI. von Frankreich, da verschlang dieser Sturm jedes weitere Wort des Redners. Während er unbewegt und mit verächtlicher Miene auf der Tribüne stehen blieb brandeten an ihre Stufen etwa hundert Abgeordnete, die Häute haßend, die Arme hebend, und wie

Sturzseen gingen die Rufe über ihn hinweg: „Munter!“ „Raus!“ „Zur Ordnung!“ „Verherrlichung des Königsmordes!“ Endlich drang die Glode und die Stimme des Präsidenten Ravez durch das Losen. Aber kaum hatte er Manuel mit einem Ordnungsruf bedroht, so brach wieder das Geschrei los: „Raus!“ „Raus!“ „Der Ordnungsruf genügt nicht!“ „Ausschluß!“ Zwei Hauptmotive der Rechten, Hyde de Neuville und Forbin des Ffarts, sprangen gleichzeitig auf die Rednertribüne, auf der noch immer, kalte Ruhe in den Bügen, der Untobte stand, der eine, um den Ausschluß zu beantragen, der andere, um, wie er sagte, Frankreich und die Arme zu rächen. Als endlich die Glode des Präsidenten etwas Ruhe geschaffen, wies Ravez auf die Geschäftsordnung hin, die einen Ausschluß nicht zulasse, und bat Manuel, wie es sein geschäftsordnungsmäßiges Recht war, zur Widerrede gegen den ihm erteilten Ordnungsruf anzuhören — vergebens. Die Rechte lärmte, brüllte und tobte weiter, bis sich der Präsident bedeckte und die Sitzung aufhob. Als sie nach einer Stunde wieder eröffnet wurde, beantragte Forbin des Ffarts sofort zur Geschäftsordnung, unter dem donnernden Beifall der Reaktionsäre, den Ausschluß Manuel's. Am folgenden Tage lag ein Antrag de la Bourdonnaye's zu dem gleichen Ende vor und am 3. März, nach einer leidenschaftlichen Debatte, stürmten die Krautjunker über alle Gründe der Gerechtigkeit, des Rechts, des Anstandes und der Vernunft hinweg und beschloßen, den Abgeordneten Manuel für den Rest der Session von den Kammer-sitzungen auszuschließen. Während der Reden und der Abstimmung war das Palais Bourbon von dichten Menschenmengen umlagert, denn seit drei Tagen sprach man in Paris von nichts anderem, als der Affäre Manuel, und mehrmals ritten die Gendarmen und die Gardelanziers in die sich stauende Menge hinein.

Mit Recht hatte Manuel erklärt, daß er sich einem Beschluß, der unter Veruch der Geschäftsordnung zustande gekommen, nie und nimmer fügen, sondern nur der Gewalt weichen werde. Als am 4. März der Präsident die Sitzung für eröffnet erklärte, waren die Bänke der Linken unbesetzt. Aber gleich darauf betrat, inmitten seiner Parteifreunde, die gleich ihm die offizielle Deputiertenkraft angehen hatten, Manuel den Saal und ließ sich ruhig auf seinem gewohnten Platze nieder. Sturm auf der Rechten. Die Glode des Präsidenten läßt dieses Schweigen im Hause eintreten. Und nun erhebt sich der Präsident Ravez und erklärt: „In der gestrigen Sitzung haben Sie beschlossen, Herrn Manuel für den Rest der Session auszuschließen. Ihr Präsident hat diesen Morgen den Herren Quätoren geschrieben, damit sie den Dienern der Kammer den Auftrag erteilen, Herrn Manuel nicht eintreten zu lassen. Aber trotz dieses Befehls hat sich Herr Manuel eingeschlichen...“ Zwischenruf von der Linken: „Falsch! Manuel hat sich nicht eingeschlichen, sondern ist mit uns eingetreten!“ Stürmischer Lärm auf der Rechten, Glode des Präsidenten.

Ravez: „Ich berichte das Faktum, wie es mir von den Beamten des Hauses mitgeteilt worden ist, und fordere Sie jetzt auf, Herr Manuel, den Saal zu verlassen.“

Manuel: „Herr Präsident, gestern habe ich angekündigt, daß ich nur der Gewalt weichen werde, heute mache ich mein Wort wahr.“

Darauf hebt der Präsident die Sitzung für eine halbe Stunde auf und verspricht, die geeigneten Maßnahmen treffen zu wollen. Heftig protestiert die Linke gegen diesen Akt der Gewalttätigkeit, aber

nach Ablauf der halben Stunde erscheint der Direktor des Hauses (chef des buissiers) und überreicht Manuel die Ausweisungsbefehle, die mit den Worten zurückgewiesen wird, daß sie ungeschliffen sei. Nach einem weiteren vergeblichen Versuch der Beamten, den Abgeordneten zu einem freiwilligen Verlassen des Saales zu bewegen, zieht er sich zurück und erscheint wieder an der Spitze eines Kommandos Veteranen und Nationalgarde, die von einem Hauptmann und einem Sergeanten geführt wird, während ein Major die Veteranen befehligt. Als die bewaffnete Macht den Saal betritt, erheben sich die Mitglieder der Linken und bringen stürmische Protestrufe aus. Die Hand am Tische, nähert sich der Major dem Platz Manuel's, wiederholt die Order des Präsidenten und droht mit Anwendung von Gewalt. Aber ruhig gemacht durch die Eintreten der Linken, begibt er sich erst noch einmal zu dem Präsidenten und lehrt beruhigt mit dem schriftlichen Auftrag, Gewalt anzuwenden, zurück. Als jetzt nach drei weiteren Aufforderungen, den Saal zu verlassen, Manuel bei seiner Weigerung bleibt, erteilt der Major dem Hauptmann den Befehl, ihn durch Soldaten hinausbringen zu lassen. Der Hauptmann gibt den Befehl dem Sergeanten weiter, aber dieser, ein Kurparkenträger namens Bergerier, bleibt ebenso wie das ganze Kommando unbeweglich — die Nationalgarde weigert sich, an den Erwählten des Volkes Hand anzulegen! Stürmischer Beifall und Hochrufe auf der Linken. Unter diesem Lärm verläßt der Major stuchartig den Saal und, an der Spitze ein Oberst und drei Offiziere, betritt eine Abteilung Gendarmerie, mit Säbeln und Karabiner bewaffnet, den Saal. „Keine Herren“, erklärt der Oberst, „von dem Herrn Präsidenten habe ich den formellen Auftrag, Herrn Manuel hinauszubringen, da er sich den ihm gemachten Aufforderungen und den Bemühungen der Nationalgarde nicht fügt...“

Zwischenrufe: „Falsch! Falsch! Die Nationalgarde hat sich geweigert, bei diesem Verbrechen Helfershelfer zu sein!“ „Entehren Sie die Nationalgarde nicht!“

Der Oberst: „Ich fordere zum erstenmal auf. Ich wäre untröstlich, wenn ich Gewalt anwenden müßte. Überlegen Sie, meine Herren! Wir müssen die Befehle ausführen.“

Erregte Zurufe: „Die Befehle erklären die Abgeordneten für unverzeihlich.“ „Das ist ein Rechtsbruch.“ „Lassen Sie doch wie am 18. Brumaire attadieren!“

Der Oberst: „Herr Manuel, ich fordere Sie zum zweiten und dritten Male auf, den Saal zu verlassen.“

Manuel: „Ich werde diesen Aufforderungen ja wenig Folge leisten wie der ersten!“

Darauf schreitet der Oberst auf den Abgeordneten zu, der ruhig sitzen bleibt, und sagt ihm am Arm, während zwei Gendarmen ihn am Stragen packen. So wird Manuel hinausbefördert... .

Nichts wußte damals die politischen Leidenschaften so auf wie diese Gewalttat und reumütig waren sich selbst Anhänger jener finsternen Reaktion darüber einig, daß diese Brutalisierung des Parlaments durch Wütel das erste Stürmsignal zu jener Bewegung gab, die sieben Jahre später, in der Julirevolution, die Bourbonen und die ihr ergebene Krautjunkerfraktion wegschleuderte. Das mögen sich die preussischen Forbin des Ffarts, Hyde de Neuvilles und de la Bourdonnaye's von heute merken!



leuen wird. Bekanntlich zeigt der Konsum des Weinbrennens aus allerhand Gründen eine rückwärtsgehende Tendenz. Diese Tendenz wird ganz von selbst die Maßnahmen der Spirituszentrale hemmen, wenn sie den Weinbrennenskrankheiten vorbeugen wollte. Wir haben versucht, alle Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, um den technischen Spiritus konkurrenzfähig zu erhalten. Die Kommissionsbeschlüsse stellen ein Kompromiß dar, an dem zwar niemand in allen Einzelheiten volle Freude hat, aus dem aber auch nicht einzelne Punkte herausgenommen werden dürfen, ohne daß das Ganze zerbricht. Darum wird die Mehrzahl meiner Freunde alle Abänderungsanträge ablehnen. Wenigstens ein Teil der Liebesgabe wird durch dieses Gesetz beseitigt. Da die Regierung und ein Teil der Rechten hierzu bereit sind, würden wir es für einen großen Fehler halten, wollten wir das Wort „Liebesgabe“ jetzt nicht aus dem politischen Wortschatz auslöschen. Wir werden also in der großen Mehrheit für das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Doorman (Sp.): Die Vorlage bringt in ihrer jetzigen Gestalt mancherlei Verbesserungen, wenn wir auch mit vielen nicht einverstanden sein können. Auf die Frage der Liebesgabe will ich nicht eingehen, weil wir es für ganz aussichtslos halten, daß durch eine erneute Diskussion eine Einigung erzielt wird. Jedenfalls ist es durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, wir hätten in der Liebesgabe ein Werkzeug der politischen Agitation gesehen. Wir brauchen ein derartiges Werkzeug nicht. (Sehr richtig! links.) Außerordentlich bedauerlich ist es, daß zwar das Kontingent fällt, aber die Kontingentierung bleibt, die alles weniger denn ein Vorteil ist. Die Vergällungspflicht hat eine gewisse Berechtigung, aber sie soll nicht schrittweise gehandhabt werden. Deshalb lehnen wir jede Verschärfung des Vergällungszwanges ab. Der Schatzsekretär versprach sich 36 Millionen von der Beseitigung des Kontingents, davon hat ihm die Kommission 16 Millionen weggenommen. Aber wir glauben, daß auch der restliche Betrag nicht herauskommen wird. Man sollte nicht die klare Sachlage verdunkeln, daß diese Steuer vom Konsum getragen wird. (Bravo! links.)

Abg. Graf Miesekowsk (Pole) ist mit der Vorlage einverstanden. Die Polen beantragen ähnlich wie die Sozialdemokraten die Verwendung der 16 Millionen zur Herabsetzung der Altersgrenze und zur Unterstützung der Veteranen und Witwen.

Abg. Fehr v. Camp (Sp.) lobt die Billigkeit der Spirituszentrale. Die Kommission kommt den Sozialdemokraten mit den 16 Millionen auf halbem Wege entgegen. (Abg. Barm (Soz.): Ja, nur auf halbem!) Damit können Sie schon zufrieden sein. Es gibt kein Gewerbe, das so malträtirt wird wie das Branntweinergewerbe. Wer würde sich das gefallen lassen, wenn die Landwirte nicht so geduldet wären. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bill (B. Eisäcker) wünscht weitere Vergünstigungen für die kleinen Obstbrenner.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Der Abgeordnete Spetz hat vorhin in einer sehr anerkennend-würdigen und schönen landmannschaftlichen und parteigenossenschaftlichen Solidarität den Ministerpräsidenten von Bayern, Freiherrn von Hertling, in Schutz genommen, indem er dessen Neuerung zitierte, die sich gegen die Vinke und besonders gegen die Sozialdemokratie richtet. Ich kann dem Abgeordneten Spetz für meine ganze Partei nur das wiederholen, was ich schon vorhin im Wege des Zwischenrufes sagte: daß wir die Liebesgabe aufheben wollen. Aber es handelt sich nicht um die Aufhebung der sogenannten Liebesgabe, sondern um die

#### fogenannte Aufhebung der Liebesgabe.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß vorher der Abgeordnete Reinath zugeben mußte, daß die Liebesgabe noch nicht vollständig aufgehoben werde. Freiherr von Camp sah sich durch den Charakter des Gesetzes dadurch veranlaßt, eine besondere Fürsorge der Gesetzgebung für die Agrarier zu wünschen. Ich möchte ihn jedoch warnen, daß er sich damit auf böse Wege laden läßt, nämlich auf die schlimmen Wege des Sozialismus. (Heiterkeit.) Es ist sehr gefährlich, Eingriffe des Staates und seiner Gesetzgebung zu provozieren! Im übrigen standen mit diesen Bemerkungen seine Ausführungen über das malträtirte Spiritusgewerbe sehr in Widerspruch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ob allerdings Ruhe in die Gesetzgebung kommt, ist eine andere Frage. Länger als drei Jahre kommt man mit diesem Gesetz doch nicht aus, denn dieses bunt zusammengebastelte, um nicht zu sagen zusammengeflackte Geflecht ist doch nicht länger lebensfähig. Abg. Südekum hat bereits darauf hingewiesen, daß im Text der Begründung steht, daß das Kontingent wesentlich an Bedeutung verloren hat. Die

selbe Anschauung finden wir in zahlreichen Versicherungen von Fachleuten und Interessenten wieder. Eine Resolution der Großdestillateure und Branntweingroßhändler erklärte sogar, daß dieser Gesetzentwurf nur eine

#### verschleierte Erhöhung der Verbrauchsabgabe

sei, durch die der Konsum von neuem schwer belastet würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Schluß der Resolution wird auch ausdrücklich gefordert, daß gleichzeitig mit dem Kontingent die gleichfalls vorgeschrittenen den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang aufgehoben werden. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben dagegen in unserem Antrage zu Absatz 1 des § 1 den Weg gewiesen, auf dem die Liebesgabe nicht scheinbar, sondern wirklich aufgehoben werden kann, und ich muß mich wundern, daß sich der Abg. Spetz mit so billigen Einwendungen über den Antrag hinweggesetzt hat. Wir haben in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß wir den aus der Vorlage erwarteten Ertrag nicht einfach vernichten wollen, sondern daß wir bereit sind, eine Deduktion für den Ausfall zu finden, indem wir diese indirekte Steuer in dem Maße, in dem sie aufgehoben wird, durch eine direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer, ersetzen. (Hört! hört! links.) Der Einwand des Reichstanzlers, er wüßte nicht, ob in diesem Hause eine Mehrheit für die Erbschaftsteuer vorhanden sei, und habe sie deshalb nicht vorgeschlagen, ergibt sich nach dieser Erklärung der Sozialdemokratie nicht mehr. (Sehr richtig! links.) In der Kommission allerdings hat sich eine Mehrheit für diesen Antrag nicht gefunden, aber das lag an den Gründen, die bereits Dr. Südekum angegeben hat. Es kam daher, daß nur ein Drittel der nationalliberalen Vertreter sich der Versprechung erinnert hat, die ihre Partei in der Wahlkampagne vertreten hat. Gerade die Nationalliberalen haben den ganzen Wahlkampf im Zeichen der Erbschaftsteuer geführt, an die sie jetzt nicht mehr zu denken scheinen. Dieser Vorgang steht leider auch nicht im Gegensatz zu den anderen Vorankommnissen, die wie dieser Tage in der Budgetkommission zu der gleichen Frage erlebt haben. Die Nationalliberalen werden aber bei der namentlichen Abstimmung hier im Plenum die Möglichkeit haben, dem Volke zu zeigen, ob ihr Gedächtnis noch bis zu den Zusicherungen der Wahlkampagne zurückreicht.

Die Ertragsdeduktion, die der Abg. Spetz aus unserem ersten Antrag befristet, wäre beinahe notwendig geworden auf Grund der von der Kommission gemachten Abstriche, die sich nach einer Zusammenstellung des Reichsschatzamt auf 17 1/2 Millionen Mark belaufen. Mit diesen Abstrichen hat sich allerdings die Regierung abgefunden, namentlich mit den 16 Millionen, die für den technischen Spiritus Verwendung finden sollen. Durch diese 16 Millionen wird aber der Weinbrennensbelastung während ein großes Geschenk an die Industrie gemacht wird. Der wahre Grund ist der, man fürchtet, daß der technische Spiritus bei einer Preissteigerung mit dem Petroleum nicht mehr konkurrenzfähig wäre, und daß durch die Ueberproduktion eine allgemeine Preissteigerung erfolgen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist deshalb unrichtig, wenn der Abg. Spetz ins Klare hinein die Behauptung aufstellt, die 16 Millionen bedeuteten ein Geschenk an die Konsumenten. Reine Sie bedeuten in Wahrheit eine Versicherungsprämie,

die die Konsumenten an die Brenner bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesen 16 Millionen kann dagegen der Reichstag eine alte Aufgabe erfüllen, die schon seit Jahren der Erfüllung harret. Wir stellen deshalb den Antrag, diese Summe dazu zu verwenden, um die Weichhaken an die hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmer zu erhöhen und die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung von 70 auf das 65. Lebensjahr zu ermöglichen. Die politische Fraktion spricht durch ihre Resolution einen ähnlichen Gedanken aus. Wenn sie aber sich an Stelle des Antrages mit ihrer bescheidenen Resolution begnügt, so erweist sie den Verdacht, als wolle sie in Wirklichkeit die Durchführung der angestrebten notwendigen Reformen gar nicht unterstützen. In jedem Jahre, nach zuletzt bei der Reichsversicherungsordnung, ist eingewendet worden, es sei kein Geld vorhanden. Durch die Kommissionsbeschlüsse haben wir jetzt die Mittel. Anstatt das Millionen Geschenk an die Industrie zu machen, lassen Sie wenigstens einen Teil des Ertrages dieses Gesetzes denjenigen zukommen, die die Unterstützung gebrauchen und ihrer würdig sind. Stimmen Sie für unseren Antrag: Sie erfüllen damit das Gebot Ihres eigenen sozialen Gewissens. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kölsch (nalk.): Der Wortredner hat sich unnütze Sorge gemacht. Ich glaube nicht, daß unter uns Nationalliberalen ein

Aurora, an der Spitze marschierte. 1880 erlebte man das plötzliche Aufblühen von Altiengelehrten, zusammen mit einer allgemeinen Renaissance aller einheimischen japanischen Künstelemente, der japanischen Kleidung und der Agitation gegen alles Fremde usw. Dies war das große Jahr der Reaktion. 1890 und die folgenden Jahre — Eisenbahnspeditionen. 1893 kam die ganze Nation aus dem Häuschen über des Obersten Fukuoka erfolgreichen Ritt quer durch Sibirien; ein Bild in die Zeitungen dieser Zeit kann allein eine Vorstellung von der allgemeinen Verrücktheit geben. 1896: Briefmarkensammeln. 1898—1900 Gartenfeste. Eins von ihnen währte fünf Tage. Weitere Rodenarbeiten der letzten Jahre waren die für Wästen und Statuen, die Veranstaltung von Riesenausflügen für Kinder und Arbeiter (eine der führenden Zeitungen arrangierte einen Ausflug nach Tokio für 120 000 Arbeiter), Lampionprozessionen zur Feier militärischer Erfolge. Vor einigen Jahren übten sich die Jünglinge, die sich an Schopenhauer und Nietzsche heraufschickten, in der „Verneinung des Willens zum Leben“ dadurch, daß sie in den großen Wasserfall von Regon zu Rikko sprangen.

#### Theater.

Das Münchener Künstlertheater auf der eben eröffneten „Bayerischen Gewerbeschau“ begann seine im Zeichen der Berliner Interpretations- und Ausstattungskunst stehende Tätigkeit mit dem phantastischen Festspiel „Circus“ von Calderon in deutscher Nachdichtung von Georg Fuchs, dem Direktor eben des Künstlertheaters, inszeniert von Direktor Palm-Werlin. Man kann bei dieser Wahl an den Januskopf des spanischen Klassikers denken, der nicht nur der Dichter des fantastischen Dithyramben, auch der Meister der befreiten Poesie des Federbüschels, der Toledoneserlinge der Verfasser glänzender Festspiele am Hofe Philipp IV. war. Ein solches Festspiel mit „Etrannummern“, Längen, romantischen Verkleidungsformen, heidnischen Frauentanz, eine grandiose Ferie monumentalen Stils war die Episode vom verhängenen Liebesdürstigen Ulysses auf Circes Rauberinsel. Es lag schließlich im Zug der Zeit, daß das moderne Theater des dekorativen Uebergewichts à la Reinhardt diesen Calderon neu erdenken mußte. Gilt, Peronto's überladener Prunk mit Dekorationen und Gewändern tat das Mögliche mit dem Effekt, daß unter dem Jubel an Schaulustigen der Dichter oft überhört wurde. Die Alte und Bilder wurden gewaltsam in Situationen mit dem Schwergewicht auf materialischer Wirkung gerückt. Die Symmetrie englischer Tanzgirls hätte man sich schenken können. Tilton Durieux spielte wie immer interessant und ergentrich die Titelfrau. Der Verfall klang nicht recht erfolgreich.

#### Notizen.

— Die Arbeiter an Strindbergs Bahre. Strindbergs Beerbigung war auf Wunsch der Stockholmer Arbeiterchaft auf Sonntag früh verschoben worden und gestaltete sich zu einer großen Kundgebung des Stockholmer Proletariats. Die Stockholmer Arbeiter beteiligten sich 80 000 Mann stark am Zuge, in dem 80 umflossene Fahnen mitgeführt wurden. Arbeiter trugen den Sarg zu Grabe und der Arbeiterlängerdand sang eine Hymne auf den „Sohn der Nacht“. Unter den Arbeitern waren auch Studenten von allen schwedischen Universitäten zahlreich vertreten.

einzigem, der nicht für die Erbschaftsteuer ist. Ich halte es für richtig, den sozialdemokratischen Verwendungsantrag anzunehmen und durch eine Erbschaftsteuer für die Deduktion zu sorgen.

#### Abg. Barm (Soz.):

Jedesmal, wenn hier ein Spiritusgesetz behandelt wird, entbrennt der Streit darüber, wer eigentlich die Kosten trägt. Die Landwirte haben von der ersten Stunde an erklärt, daß sie eigentlich die Opfer für das deutsche Volk brächten, indem sie es sich gefallen ließen, daß das Branntweinergewerbe durch die hohe Besteuerung dem Militarismus die Mittel gibt. Die Konsumenten aber haben sehr bald gesehen, daß diese bewegliche Klage der Agrarier durchaus ungerechtfertigt ist. Der Preis des Spiritus ist fortwährend gestiegen, und schließlich hat bei der letzten Finanzreform der Staatssekretär Sydow selber das Wort geprägt, daß diese Branntweinsteuererhebung eine

#### Fürsorgeerhebung für die Branntwein brennenden Landwirte

sei. Sie (nach rechts) haben eben Bed. Alle die Schlagworte, von denen Sie behaupten, daß sie aus agitatorischen Gründen aufgebracht, werden von Herrn geprägt, die Ihre Interessen wahrnehmen wollen. Glauben Sie doch nicht, daß das Volk auf diese Wägen hineinfällt, daß jetzt gesagt wird: Wir schaffen die Liebesgabe ab. Die Tatsachen werden ja doch dagegen sprechen. Der Spiritus wird nicht billiger werden, sondern teurer. Darauf rechnen Sie, die Herren Brenner, doch selber. Herr Kretsch, der Direktor der Spirituszentrale, hat in ihrer Generalversammlung erklärt, daß die Spirituszentrale durch die geplanten Maßregeln gestärkt werden wird. Solange die Paragrafen von 1900 im Gesetz bleiben, die der Zentrale eine allmächtige Gewalt geben, die Paragrafen über den Vergällungszwang, den Durchschnittsbrand und Ueberbrand, solange ist es ein Märchen, wenn hier erzählt wird: Die Liebesgabe wird aufgehoben. Sie wird nur dem Namen nach beseitigt, und statt der Liebesgabe durch das Kontingent tritt die Liebesgabe durch den Vergällungszwang usw., die der Zentrale die Möglichkeit geben, die Preise in die Höhe zu treiben. In einer Eingabe, die das Mitglied des Herrenhauses, Dr. v. Böttlinger, unterzeichnet hat, wird herorgehoben, daß die Preise für Alkohol ausschließlich von der Spirituszentrale diktiert würden und erklärt: „Die durch die Beseitigung des Kontingents erfolgende Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf Branntwein würde daher nicht von den Produzenten, sondern allein von den Konsumenten gezahlt werden.“ Und in einer Petition des Verbandes pfälzischer Spiritusinteressenten heißt es: „Durch die Spirituszentrale ist das Gewerbe in ein unmoralisches Abhängigkeitsverhältnis gebracht worden, welches uns Interessenten zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Interessenten der chemischen Industrie sehen voraus, daß die Rehernahme des Reiches aus dem Wegfall der Liebesgabe lediglich den Branntweinbrennern auszubehalten wird.

In der Tat werden dem Gewerbe und den Spiritus verbrauchenden Industrien ungeheure Lasten auferlegt. Eine Erhöhung der Preissteigerung, die die Zentrale herbeiführen kann, kennen wir ja gar nicht. Wenn jemand vor drei Jahren behauptet hätte, daß die Zentrale den Preis für Spiritus um 70 bis 80 Proz. erhöhen würde, — ich hätte das Geschehen der Medien über eine solche Verleumdung hören mögen. Und heute ist der Preis von Spiritus glücklicherweise von 40 auf 75 gestiegen. (Zuruf: Durch den Kartoffelmangel!) Nun, die Preissteigerung des Kartoffels ist nicht zu der des Spiritus in gar keinem Verhältnis. Die Preise sind sukzessive von der Zentrale erhöht worden, je nachdem der Bundesrat die Maßnahmen traf, die im Interesse der Zentrale lagen. Er hat ja die Befugnis, den Durchschnittsbrand herauszuheben und herunterzusetzen. Das ist ja das Eigentümliche dieses Gesetzes, daß man ruhig überall, wo im Gesetz steht: die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat, — die Worte sehen konnte:

Die näheren Bestimmungen trifft die Spirituszentrale. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was wir bei diesem Gesetz verfolgen, ist folgendes: Wenn sich herausstellt, daß eine Mehrheit für die Erhöhung der Steuer auf 125 M. in § 1 vorhanden ist, aus deren Erträgen ein Teil für andere Zwecke abgezweigt wird, dann muß dafür gesorgt werden, daß diese Liebesgabe in einer modernen Form einer recht großen Anzahl mittlerer und kleiner Brennerereien zuteil wird. Das ist der einzige Weg, um den Einfluß der Zentrale zu brechen. Wenn wieder mehr neue Brennerereien, kleine und mittlere, entstehen, kann der durch die Gesetzgebung künstlich zu Grunde gerichtete freie Markt wieder hergestellt werden. Dann können keine Monopolpreise geschaffen werden. Nun scheinen Sie die Verteuerung des Branntweins durch die Zuwendung, die dem gewerblichen Spiritus wird, wieder gut machen zu wollen. Sie wollen den gewerblichen Spiritus billiger und damit konkurrenzfähig machen. Sehr schön! Aber wie liegt es in Wirklichkeit? Da liegen die Dinge so, daß trotz aller künstlichen Einschränkung der Produktion ein Ueberfluß an Spiritus fabriziert wird, der in den Konsum nicht hineingehen kann, da nicht zum wenigsten durch

#### unsere Bekämpfung der Schnapspest

der Branntweinverbrauch zurückgegangen ist. Was fängt nun die Brennerindustrie mit dem Spiritus an, wenn sie nicht den Zuschuß bekäme? Sie muß den Spiritus billiger verkaufen, muß ihm, wenn sie nicht in der eigenen Spiritusflut ertrinken will, einen Markt schaffen, und da der Auslandmarkt so gut wie verloren ist, so muß sie einen Inlandmarkt schaffen, oder die Produktion einschränken. Dasselbe Gesetz aber, das tatsächlich die Produktion einschränken will, reizt bisher zur Produktion, eben mit Hilfe der Liebesgabe. Es ist also nur ein Scheinmander, wenn man so tut, als ob die 16 Millionen Mark, die aus der Verbrauchsabgabe genommen werden, nun rein zum Nutzen der vergällten Spiritus verbrauchenden Bevölkerung von den Brennerereidern hergegeben würden. Nicht einen Pfennig geben sie her, sie nehmen das Geld den Branntweinrinkern und machen dabei noch ein Geschäft, daß der Markt verringert wird, daß weniger Spiritus da ist, und daher der Preis des gesamten Spiritus, des Weinbrennens und des vergällten Spiritus auf einer gewissen Höhe gehalten werden kann. Wenn man nicht künstlich den gewerblichen Spiritus im Preise durch diese einseitige Zuwendung herabsetzt, dann würde sein Preis doch sinken müssen, weil er eben verkauft werden muß um jeden Preis. Die Behauptung, der gewerbliche Spiritus sei dem Petroleum und Benzin gegenüber konkurrenzfähig, ist ein bewußter oder unbewußter Irrtum. Er kann dem Petroleum gegenüber nicht konkurrenzfähig sein, weil er nur die Hälfte Wärmeeinheiten hat, wie das Petroleum, dafür ist aber das Petroleum um ein Drittel billiger. Wir können also durch die künstliche Begünstigung des Brennspiritus und keineswegs vom ausländischen Petroleummarkt frei machen. Das ist nicht möglich, es sei denn, daß wir den Spiritus aus ganz anderen Stoffen herstellen, als heute.

Wir wollen die 16 Millionen anders verwenden haben, als die Kommission beschlossen hat. Die

#### Ehrenschuld an die Veteranen des Krieges und an die Veteranen der Arbeit

soll damit abgetragen werden. Die Herren auf der Rechten erzählen uns immer, wie hoch sie den Schänen, der im Dienst des Militarismus für das Vaterland tätig ist. Mögen sie jetzt den Ehrensold für die Veteranen aus demelde erhöhen, das der ärmsten Bevölkerung genommen wird.

In dem Dreimilliardenetat des Reiches schlen seiner Zeit lumpige acht Millionen für die Verbesserung der Altersrentenbezüge durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Jahr. Jetzt ist das Geld da. Nun haben Sie Gelegenheit, Ihr gutes Herz zu beweisen und die 16 Millionen im Interesse der armen Bevölkerung zu verwenden. Damit würden Sie einen Teil des Unrechts wieder gut machen, das durch die ganze Branntwein-

## Kleines feuilleton.

Jerome K. Jerome über die „Anruhe der Arbeiter.“ Ueber die „Arbeiterunruhe“, die heute ein beliebtes Diskussionssthema bildet und die Einsetzung einer besonderen Ministerialkommission veranlaßt hat, äußerte sich der bekannte Humorist, der auch sonst als Dichter und gründlicher Kenner des Volkslebens geschätzt ist, in einer Rede in Cambridge in trefflicher Weise. „Es ist wirklich rührend, dieses plötzliche Verlangen der wohlhabenden Klasse nach einem Zeitalter der Ruhe und Sicherheit. Die Welt soll ein sicherer Platz für den quistuierten Mann werden. Der Arbeiter muß sich die Schwankungen des Arbeitsmarktes gefallen lassen, aber die Wertpapiere des gutstehenden Mannes sollen eine unwandbare Größe sein. Was bedeutet dieses plötzliche Verlangen dorer, die sonst immer so tapfer vom „Kampf um die Macht, Ueberleben des Verkaufspaktes, Gott hilft dem, der sich selbst hilft“, zu reden wuchten? Schlummern genug: auch der Arbeiter fängt nun an, sich zu helfen. Darum ist dies Gebot nicht mehr so beliebt wie früher. Sonst hieß es immer: „Macht ist Recht“, aber der gutstehende Mann von heute scheint ein plötzlich aufwachsendes Gefühl für die Bekren der Vergewaltigung zu empfinden. Es ist freilich ein bitteres Unbehagen für die guten Leute, die fordern, daß der Arbeiter ruhig bleiben, damit die Welt ein behaglicher Platz für den gutstehenden Mann sei.“

Jerome Klapka, wie der Dichter mit seinem bürgerlichen Namen heißt, der mit soviel Humor und scharfer Ironie die „Weltanschauung“ mit dem Motto: Hier liegt ich und beise, kennzeichnet, hat sich vor einigen Monaten öffentlich zum Sozialismus bekannt.

Japanische Modetorheiten. Mit der europäischen Kultur, die in Japan Eingang fand, ist auch europäische Unraff dort eingezogen. Unser den Bevölkerungen der großen Städte kommt beinahe jedes Jahr eine neue Mode oder besser gesagt Korrekte auf. Angefangen hat diese Epoche der Modetorheiten mit dem Jahre 1878. Damals war „das Kaninchenjahr“. Kaninchen hatte es bis dahin in Japan nicht gegeben; sie wurden als Kuriositäten eingeführt und mit unerschönten Preisen (bis zu 1000 Dollar) bezahlt; es gab eine richtige Spekulation in Kaninchen. Dann folgte das „Fohlenkampfsjahr“ (1874). Eine historische Ueberlieferung über die folgenden, einander folgenden Moden ist in einem bei Hans Wonds eben erschienenen Werk „Allelei Japanisches“ zu finden, das V. S. Chamberlain geschrieben hat. Fohlenkämpfe war das Jahr 1882 die Parole zur Herausgabe von Diktanden. Um 1883 war auch die große Zeit für das Gründen von Gesellschaften, gefeiert und anderen, gekommen. Darauf kam Gymnastik und Sport auf im Jahre 1884—85. Eine wahre Lust an riesigen Leidenbegängen kennzeichnete die Jahre 1886—1887.

Während dieser Jahre herrschte auch in den Beamtenkreisen eine Epidemie von — wie man es am Plage nannte — „German measles“ — die Manie, alles Deutsche nachzuahmen, ohne Zweifel, weil Deutschland weniger „gefährlich“, unerschütterlicher monarchisch war als das freie Angelsachsenland. Das folgende Jahr schlug einen ganz neuen Kurs ein, indem man Respektismus, Tischreden und Blaudette in Mode brachte; das Jahr 1888 erhob die Ringkämpfe aus dem Niveau einer vulgären Volksbelustigung zum Range einer Modenartzeit, bei der der damalige Premierminister, Graf



Neuergegebung dem Lande geschieht. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretsch (L.): Ich muß die vielen Angriffe gegen die Spirituszentrale zurückweisen. Ich gehöre zu ihrer Leitung. Das ist ja parlamentarisch geworden, da die Sozialdemokraten ja keinen Sach ausprechen können, ohne darauf hinzuweisen. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bei mir ist viel Spiritus. Bei den Sozialdemokraten fehlt er aber, seit sie den Schnaps boykottieren, gänzlich. (Große Heiterkeit.) Der Redner bestreitet, daß die Spirituszentrale ein politisches, agrarisches Unternehmen sei. Unter den Brennern und den Spiritusfabriken gibt es Anhänger aller politischen Parteien. In der Geschäftsleitung haben wir den alten Blod: Einen Konservativen, einen Nationalliberalen und einen Fortschrittler. Er unterscheidet sich von dem Reichstagsblod nur dadurch, daß wir uns betragen. (Heiterkeit.) Wir treiben keine Politik, sondern suchen Geschäfte zu machen. (Bravo!)

Abg. Wurm (Soz.):

Den Ausführungen des Abg. Kretsch will ich im großen und ganzen erst bei der Besprechung der einzelnen Paragraphen entgegenstellen. Jetzt möchte ich nur einiges feststellen. Der Spirituspreis ist seit der vorigen Kampagne um mindestens 40 Millionen gestiegen. Der Kartoffelpreis hat hingegen nur eine Steigerung von etwa dem zehnten Teil erfahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Bundesrat hat dabei wiederum versagt. Denn als im vorigen Herbst schon in Aussicht stand, daß eine schlechte Kartoffelernte zu erwarten sei, hat der Bundesrat dennoch keine Erhöhung des Durchschnittspreises vorgenommen, sondern erst im April dieses Jahres — und da war natürlich nichts mehr zu retten. Wenn die Spiritusfabriken Sätze von 26 Proz. Dividende verteilen können, so beweist das, daß sie sich unter den Pittichen der Spirituszentrale sehr wohl fühlen. (Sehr richtig! und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schäftsleiter Kühn erwidert auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen, die sich regelmäßig an die Einbringung einer Branntweinsteuerordnung knüpfen, nicht dazu verlocken, bald mit neuen Abänderungsvorschlägen herorzutreten. Wenn eine Änderung des Gesetzes aber im Interesse großer Industrien des heimischen Gewerbes liegen sollte, so würde sie natürlich erfolgen müssen. Den Antrag Kretsch, die Steuer auf 105 M. festzusetzen, bitte ich abzulehnen. Ich bin gegen diesen Antrag bereits in der Kommission aufgetreten. Wir können selbstverständlich nicht unsere Einkünfte in dieser Weise betrafen. Ich habe auch den Antrag abgelehnt, wonach die 16 Millionen den Kriegsteilnehmern und Altersrentnern zugute kommen sollen, weil das außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes liegt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie können diesen Antrag auch ablehnen, ohne daß Ihnen ein Vorwurf in der Richtung gemacht werden kann, daß Sie keine Sympathien für diese Leute hätten. Die Regierung wird sich der Verpflichtung, den Veteranen zu helfen, nicht entziehen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts.)

Die Besprechung schließt. Der Antrag der Sozialdemokraten, der die Rückgabe vollständig beseitigen, also die Verbrauchsabgabe auf 105 M. setzen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Auch der weitere sozialdemokratische Antrag, der die für den technischen Spiritus bestimmten 15 Millionen für die Veteranen des Krieges und der Arbeit verwenden will, wird mit 203 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Volkspartei und einige wenige Nationalliberale. § 1 der Vorlage wird dann gegen die Sozialdemokraten und einige Fortschrittler un verändert angenommen.

Den § 2, der die Bindung des Reservatrechts von Baden, Bayern und Württemberg enthält, beantragen die Sozialdemokraten zu streichen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) scheidet in diesem Reservatrecht eine Verfassungsänderung und eine Minderung der Rechte des Reichstages.

Schäftsleiter Kühn: Es handelt sich nicht darum, ein neues Reservat zu schaffen, sondern um die Ausdehnung des bestehenden. Würde der Paragraph gestrichen, so wäre das für die Regierung gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage.

In namentlicher Abstimmung wird das Reservat mit 210 gegen 136 Stimmen aufrecht erhalten.

Die §§ 3 und 4 enthalten stoffliche Vergünstigungen für die kleinen Ölbrenner. Die Sozialdemokraten beantragen, die Produktionsgrenze für die Kleinbrenner von 50 auf 100 Liter jährlich zu erhöhen und weitere Erleichterungen bei einer ermäßigten Verbrauchsabgabe.

Die Anträge, die von den Abgg. Feitros und Weill beantragt werden, wobei der erstere darauf aufmerksam macht, daß die Süddeutschen einen Qualitätsbrennwein herstellen, der das Volk nicht vergiftet wie der agrarische Julek, werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Elsäßer und einiger Zentrumsdaggeordneter abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt werden die Anträge der Sozialdemokraten zu den §§ 5 und 6a, die sich auf die kleinen süd-deutschen und norddeutschen Brennerien beziehen, soweit diese nicht Korn brennen, und die Abfindung kleiner Ölbrennerien vorsehen.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

bemerkt dabei: Die Anträge bezwecken eine Stärkung der Konkurrenz der Spirituszentrale und außerdem die Ausdehnung der den Reservatstaaten und Hohenzollern zugesicherten Vergünstigung auf Preußen und Elsaß-Lothringen. Die Rüge der Begründung könnte man sich eigentlich sparen bei der festen Entschlossenheit der Mehrheit, auf seine vernünftige Anregung einzugehen. (Große Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Beim § 7a hatte die Kommission das Kontingent in den Reservatstaaten auf das Maximum von 3000 Hektoliter reduziert haben wollen. Ein Kompromißantrag der Mehrheit will die Streichung. Dieser Antrag wird gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und Elsaß-Lothringer angenommen.

§ 7b gibt einer Reihe von Erzeugnissen der chemischen Industrie die Vergünstigung der Vergällungsprämie.

Die Sozialdemokraten beantragen für das Bleiweiß diese Vergünstigung zu streichen.

Abg. Davidsohn (Soz.):

Die Vergünstigung, Bleiweiß zu streichen, ist das einzige Mittel, um die Verwendung des Bleiweißes im Kalkgewerbe zu beschränken, wenn die Sache nicht mehr so rentabel ist, werden die Fabrikanten sich schon nach Geschäftsmitteln umsehen. Schweden und Baden kommen schon jetzt ohne Bleiweiß aus, das muß für das ganze Deutschland möglich sein. Während der Kommissionsberatung war das Haus von Interessenten aller Art überflutet, auf deren Wünsche man, wo es nur ging, Rücksicht genommen hat. Hier kommt die Arbeiterklasse mit ihrem Spezialwunsch und sie hat ein höheres Recht, als die einzelnen Interessenten, daß dieser Wunsch berücksichtigt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Sozialdemokraten, das Bleiweiß von der Vergünstigung zu streichen, wird einstimmig angenommen.

Zu den Paragraphen, die den Durchschnittsbrand behandeln, bemerkt:

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Der Durchschnittsbrand ist eingeführt zum Schutze der landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennerien. Er soll einer Ueberflutung des Marktes durch Spiritus vorbeugen. Deshalb ist es ungerecht, wenn der Durchschnittsbrand auch auf Brennerien ausgedehnt wird, die gar nicht mit diesen in Konkurrenz treten, und das sind die Ölbrennerien. Kamentlich die deutschen Kognatbrennerien führen einen schweren Konkurrenzkampf gegen die französischen Brennerien, in dem man sie lieber unterstützen sollte. Ein Ansgang von Industrien, wie die chemische

und Kunstseide-Industrie, gebrauchen, obwohl sie mit unvollständig vergälltem Spiritus zu verwenden brauchen, vollständig vergällten Spiritus, weil der unvollständig vergällte erheblich teurer ist. Die Vergällung geschieht nun bekanntlich durch Methylalkohol, der wie die jüngsten Prozeßvorgänge hier in Berlin ergeben haben, giftig ist. Das bedeutet natürlich eine schmerzliche gesundheitliche Schädigung der Arbeiter. Ich behalte mir daher vor, in der dritten Lesung einen Antrag zu stellen, unter bestimmten Umständen auch die Verwendung von unvollständig vergälltem Spiritus für diese Industrien zu gestatten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wurm (Soz.):

Der Bundesrat regelt die Produktion derartig, daß der Bedarf niemals durch den Durchschnittsbrand gedeckt werden kann, sondern immer Ueberbrand notwendig wird, wodurch der gesamte Spiritus erheblich veräuert wird, da der Ueberbrand an sich mit einer 50 Proz. höheren Steuer als der Durchschnittsbrand belegt wird. Wir haben stets darauf hingewiesen und werden das auch in Zukunft nicht unterlassen; ob es nützen wird, ist allerdings eine andere Frage, da wiederum die Konservativen, das Zentrum und ein Teil der Nationalliberalen sich verbündet haben, um gegen unsere Anträge vorzugehen. Wir erleben wieder dasselbe Schauspiel wie in der vorigen Session bei der Ver. Wagner. Der Öffentlichkeit gegenüber glauben wir aber unsere Schuldigkeit getan zu haben, indem wir auf die Schäden des Gesetzes hinweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schneider (Sp.) begründet einen Antrag seiner Partei zu § 7b. Betriebsaufgabe und Ueberbrand seien die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes. Von ihrer Gestaltung wird es abhängen, ob im Brennergewerbe eine Verberührung eintritt. Bei den Sägen der Ueberbrandstrafe, wie sie die Vorlage enthält, kann das nicht der Fall sein, aber durch den hohen Mindestsatz wird die Strafe für die kleinen Brennerien bis auf 300 Proz. gesteigert. In der Kommission wurden unsere Anträge auf Verminderung der Ueberbrandstrafe oder wenigstens des Mindestsatzes abgelehnt. Vielleicht haben wir im Plenum mehr Glück.

Abg. Wurm (Soz.):

Wenn man einen Futterertrag errichten will, so errichte man ihn nicht nur für die Großgrundbesitzer, sondern auch für die Kleindauern, indem man den gewerblichen Brennerien dieselben Vergünstigungen gewährt, wie den landwirtschaftlichen Brennerien. Der einzige Unterschied zwischen beiden ist lediglich der, daß die gewerblichen Brennerien ihre Schlempe auch an die Bauern verkaufen, während die landwirtschaftlichen Brennerien ihre Schlempe auf dem Gutshof behalten.

Wir beantragen daher die gleichen Vergünstigungen für die gewerblichen Brennerien.

Sämtliche Anträge der Sozialdemokraten und Freisinnigen über die Kürzung des Durchschnittsbrandes und die Verringerung der Frist des Durchschnittsbrandes sowie die gleichen Vergünstigungen für die gewerblichen Brennerien zugulassen, ferner die Herabsetzung des Holzes auf Essigsäure werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag, 11 Uhr. Kleine Vorlagen, Entwürfe, Wahlprüfungen und Petitionen, die Reichssteuer-resolutionen.

Schluß: 8 1/2 Uhr.

### Aus der Partei.

Gegen das Junkerparlament.

Die Königsberger Arbeiterschaft demonstrierte am letzten Sonntag in eindringlicher Weise gegen die Angriffe auf die wirklichen Kollektivvertreter im preussischen Junkerparlament. Es war nur eine große Versammlung geplant, vor der Versammlung aber bildete sich eine gewaltige Straßendemonstration, an der mindestens 6000 Personen teilnahmen. Die Polizei war durch die spontane Straßenunruhe völlig überfordert und nicht imstande, sie zu verhindern. Die Versammlung selbst war von 9000 Männern und Frauen besucht.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse der Provinz Pommern tagte am Sonntag im Stettiner „Volkshaus“. Nach einem einleitenden Vortrag des Genossen Bied vom Zentralbildungsausschuss in Berlin und eingehender Diskussion wurde einstimmig die Einsetzung eines Bezirksbildungsausschusses für ganz Pommern mit dem Sitz in Stettin beschlossen. Der Ausschuss wird gebildet von neun Personen, von denen eine dem Bezirksauschuss und je vier der Partei und dem Gewerkschaftsverband angehören.

Personalien der Parteipresse. Genosse Crispian von der Danziger „Volkswacht“ wird nach Stuttgart übersiedeln, um die politische Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ zu übernehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nachrichten des Reichstagswahlkampfes.

Unser Göllicher Parteiblatt, die „Volkzeitung“, hatte im Verlaufe der Wahlpolemiken zwei Anfragen wegen Verleumdung des fortschrittlichen Kandidaten Dr. Rugsdän und des konservativen Kandidaten Landrat Hegenheidi-Hoyerwerra erhalten und war vom Schöffengericht freigesprochen worden, weil man dem verantwortlichen Redakteur den Schutz des § 193 zubilligte. Auf eingeleitete Berufung erfolgte jetzt eine Verurteilung durch die Strafkammer wegen Verleumdung Rugsdän zu 150 M. und wegen Verleumdung Hegenheidi zu 45 M. Geldstrafe. Diesmal verurteilte das Gericht dem Beklagten den Schutz des § 193.

Mansfelder Ordnungshelben.

Ein Nachspiel zur Reichstagswahl im Mansfelder Wahlkreis gab es am Tennabend im Eisleber Gerichtssaal. Der Wahlvorstand im Tasse Neudorf hatte unsere Genossen aufs schwerste beleidigt. Der Gutbesitzer Rath, der im Militärverhältnis Leutnant ist, hatte unsere Genossen Biesen und Hagen weiter folgenbemerken beschimpft: „Ihr seid wohl geteilt aus dem Zuchthaus entlassen, da könnte jeder hergelaufene Lump der Wahl beimohnen.“ Als unsere Leute ihre Militärpapiere als Legitimation vorweisen wollten, rief der Agl. preussische Leutnant Rath: „Ich pfeife auf die Militärpapiere, die könnt ihr geklaut haben.“ So besaunte es auch der als Zeuge geladene Wahlvorsteher, Gutbesitzer Schimpf. Aber unsere Genossen versicherten: „Ja ich...“ er auf die Militärpapiere.“ Interessant war noch die Bekundung des Wahlvorstehers, daß der Wahlvorstand mit Menalberna benannt hat, weil ein altes Weib seiner Frau erzählt habe, von Eisleber würden 40 Mann erscheinen und die Urne stürzen. Ferner bekundete der Wahlvorsteher, daß der Landrat angellangelt hätte, die fremden Leute einzulassen, aber die agrarischen Herren haben ihm gedroht, lieber ihre Ämter als Wahlvorstand niederzulegen, als dem nachzukommen.

Der beleidigte Rath wurde zu 75 M. Geldstrafe, den nicht unerheblichen Kosten, sowie den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Sein Kollege vom Wahlvorstand, Gutbesitzer Ramdohr, steht seiner Verurteilung in den nächsten Terminen entgegen. Dieser hatte sich sogar ächtlich an unseren Genossen vergrienen.

### Aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Auf der französischen Nordbahn hat sich am Sonnabendabend in der Nähe der Station Pont Marcadet bei Paris ein Zugzusammenstoß ereignet, bei dem es 11 Tote

und 39 Verletzte gab. Ein um 9 1/2 Uhr abends nach Pontoise ausgehender Personenzug stieß ungefähr einen Kilometer vom Nordbahnhof entfernt mit einem aus Rouen kommenden Zuge zusammen, der ihm in die Flanke fuhr. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Die Lokomotive des Rouen-Zuges bohrte sich in einen Wagen dritter Klasse ein. Mehrere Waggons des nach Pontoise fahrenden Zuges wurden vollständig zertrümmert. Die Pariser Feuerwehr erschien sofort an der Unglücksstätte. Der Zusammenstoß soll durch fehlerhafte Weichenstellung verursacht worden sein.

### Krieg im Frieden.

Am Sonntag kam es bei einem Gaturafest in der bayerischen Ortschaft Haibach in später Nachtstunde zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten. Etwa vierzig Mann und zwei Unteroffiziere des Aschaffenburg Jägerbataillons wurden plötzlich von Dorfburschen mit Maßkrügen bombardiert. Die Jäger zogen blank, worauf die Dorfburschen Schüsse mit Revolvern und inzwischen herbeigeholten Jagdflinten abgaben. Auf beiden Seiten gab es bedeutende und zahlreiche Verletzungen. Das Garnisonkommando von Aschaffenburg sandte später den Bedrängten Verstärkung, worauf der Gespiß völlig geräumt wurde.

### Dem Hungertode geweiht.

Der Kapitän des in Aberdeen eingetroffenen Fischereidampfers „Strathmore“ meldet, daß er am Sonntag, den 12. Mai, bei der kleinen, zur schottischen Grafschaft Inverness gehörenden Insel St. Kilda vor Anker gegangen sei. Die Bewohner des Eilandes, die nur noch aus 70-80 Personen bestanden, habe er in einem traurigen Zustande und halb verhungert angetroffen. Seit dem Dezember vorigen Jahres sei dort kein Schiff mit Lebensmitteln mehr erschienen, außerdem sei das Meer fortgesetzt sehr stürmisch gewesen. Die Eingeborenen, die wegen der Unfruchtbarkeit der Insel mit ihren Nahrungsmitteln ganz auf die Umhewelt angewiesen sind, haben sich die ganze Zeit über von Vogeleiern genährt, die sie sich unter großen Mühen und Gefahren in den steilen Felsen suchen mußten. Der erste Lord der Admiralität Winston Churchill hat dem Kommandanten der Seimaiflotte Befehl gegeben, so schnell wie möglich einen Kreuzer mit Lebensmitteln nach St. Kilda zu entsenden.

### Kleine Notizen.

Soldatenmordversuch. Der Soldat Schmidt vom 133. Infanterieregiment stürzte sich am Donnerstag von der 15 Meter hohen Eisenbahnbrücke der Leipzig-Poser Linie bei Leubitz in selbstmörderischer Absicht auf die Straße herab. Es wurde schwer verletzt zu seinen Eltern nach Bayreuth gebracht und von da in das Garnisonlazarett Jwidan geschafft. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Drei Straßenarbeiter der Bahnhofserei 2 Landsberg (Borthe) auf der Strecke Berlin-Schneidemühl in der Nähe des Bahnhofs Jantich auf dem Wege zur Arbeitsstelle von einem D-Zug überfahren und getötet worden.

Lebendig verbrannt. In der Eiselerstraße Scheidgen sind zwei Gehöste niedergebrannt, wobei drei Personen in den Flammen umkamen und ein Mann tödlich verletzt wurde.

Gemeinsam in den Tod. In Stuttgart fand man am Sonntagmorgen die vierköpfige Familie des Schneiders Bauer leblos in der Küche ihrer Wohnung. Der Mann war bereits tot. Die Frau und die beiden Kinder wurden sofort nach dem Krankenhanke gebracht, jedoch starb das jüngste Kind nach kurzer Zeit. Ob die Mutter und das älteste Kind an Leben erhalten werden können, ist noch zweifelhaft. Unheilbares Leid soll die Unglücklichen zu dem Schritt veranlaßt haben.

Schwerer Fingerausfall in England. Eine Fingerringmaschine, geführt von Leinwand Weben, fuhr am Sonntag in Amesbury bei Salisbury nach glücklicher Landung in eine Gruppe von Zuschauern. Einer wurde sofort getötet, drei schwer verwundet.

APOTH. FECHER'S Pulver. Bestes Kosmetikum d. Welt, Pflege d. Haut. Kein Wundlaufen, kein Geruch mehr. Von Arzt, Autorität sehr empfohlen. Zu haben in all. Drogu. Apoth. Preis 1/2 M. W. nicht erhältlich ertze. Einsd. v. M. 115 Frank. Versand direkt v. Fabrik Hans Fecher, 31 Frankfurt a. M.

Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Hequette. Plüsch, Samt, Saffeltaschen. Muster bei näherer Angabe franko. Emil J. Ferrer, Berlin Süd, 158. Oranienstr.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin. Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hute etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Pollmanns Bandagen. Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiswaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Achtung! Sumatra-Umblatt. Dell-Gewäch, dritte Länge, Vollblatt, leicht, hell und sehr ergiebig per Pfund 1.80 M. Hamburger Rohtabak-Haus. Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25. 272/18.

Teppichhaus Georg Lange. Nachhg. BERLIN N. Chausseestraße 73/74. Restbestände. Gardinen Fenster 6 50 4 25 2 50. Stores eleg. 8 50 5 75 3 00. Bettdecken ... 7 50 4 75 2 25. Plüschdecken ... 11 75 9 50 5 00. Steppdecken ... 9 50 7 50 5 50. „Vorwärts“-Leser erhalten noch 5 Proz. Extra-Rabatt!



Unserem Genossen 2531  
**Oskar Krause nebst Braut**  
zur Vermählung  
die herzlichste Gratulation!  
Die Genossen des 790a Bezirks.  
6. Kreis.

Unserem lieben allen Freunde  
und Genossen 1775b  
**Karl Klein**  
genannt  
nebst seiner treuen Gemahlin  
zum 25-jährigen Ehejubiläum  
die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossinnen und Genossen  
der Abteilung  
des 5. Berliner Wahlkreises.

Unserem allen Genossen  
**Karl Klein nebst Frau**  
zur Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Genossen des 443. Bezirks,  
V. Kreis.

Unserem allen treuen Freund  
und Parteigenossen 223/13  
**Karl Klein**  
und seiner lieben Gattin die  
herzlichsten Glückwünsche zur  
Silbernen Hochzeit.  
Der Vorstand des 5. Berliner  
Reichstagswahlkreises.

Unserem lieben Freund und  
Genossen 1794b  
**Karl Klein**  
und Frau  
zur Feier der silbernen Hoch-  
zeit unsere herzlichsten Glück-  
wünsche.  
Die Miten.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Bezirk 212.  
Am Sonnabend, den 18. Mai,  
verstarb unser Mitglied, der  
Ehrl. **Hermann Endemann**  
Brinzenstr. 110.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Mittwoch, den 22. Mai, nachmittags  
7 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Simon-Strichhofes, Tempelhofer  
Berg, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband deutscher  
Brauerarbeiten.**  
Ordnungsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass am 16. Mai cr. der Kollege  
Jahrgänger **Reinhold Jacksch**  
(Brauerer Oswald Berliner)  
infolge Unglücksfalles durch Er-  
trinken plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 21. d. M., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-  
halle des alten Thomas-Strich-  
hofes, Reutlin, Hermannstraße,  
aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 14. Mai cr.  
starb an den Folgen eines Roh-  
heitsfalles der Kollege Jahrgänger  
**Otto Klostermeier**  
(Vahnerstr. NO.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Dienst-  
tag, den 21. Mai cr., nachmittags  
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der  
Ankerkirchengemeinde in Weihen-  
see, Weihensee Weg, aus statt.  
Die Kollegen aller Betriebe,  
besonders vom Jahrgänger, werden  
erlaubt, den Sarg zu begleiten, aus  
dem Leben gerissenen Kollegen  
recht zahlreich das letzte Geleit  
zu geben.  
Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter  
Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Nach längerem schwerem Leiden  
ist unser Kollege  
**Karl Weise**  
verstorben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von  
der Halle des Schenkenhofes  
Friedhofes aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Invaliden-Unterstützungskasse  
d. Steindruckers u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 17. Mai  
verstorbenen Steindruckers  
**Wilhelm Steinberg**  
findet statt am Mittwoch, den  
22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von  
der Leichenhalle des Friedrichs-  
hofes in Friedrichstraße aus.  
291/8 Das Komitee.

Am Sonnabend verschied nach  
langem, schwerem Leiden mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
Schwieger- und Großvater  
**August Dittmann**  
Brinzenstr. 107  
im 69. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetäubt um Hilfe  
Belleid bittend an 1778b  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch,  
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Simeon-Kirchhofes,  
Brig, Tempelhofer Weg, aus statt.  
1787b

**Sozialdemokratischer Verein**  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Bezirk 212.  
Am Sonnabend, den 18. Mai,  
verstarb unser langjähriger Genosse  
**August Dittmann**  
Brinzenstr. 107, im 68. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 22. Mai, nachm. 5 Uhr,  
von der Halle des Simeon-Kirch-  
hofes, Tempelhofer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung erlaucht  
207/16 Der Vorstand.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Kollege, der Handwerker  
**August Dittmann**  
am 18. Mai im Alter von 68 Jahren  
verstorben ist. 64/5  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 22. Mai, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
St. Simeon-Kirchhofes in Brig,  
Tempelhofer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung erlaucht  
Die Bezirksverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden  
verstarb am Sonnabend, 18. Mai,  
mein lieber Mann und guter  
Vater, der Schlosser  
**Karl Schwarz**  
im Alter von 43 Jahren.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 22. Mai, nachm.  
5 Uhr, von der Halle des Ge-  
meindfriedhofs Borsigpark-Num-  
merburg, verlängerte Lützstraße,  
aus statt. 72A  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein  
Kreis Niederbarnim.**  
Bezirk Hummelburg.  
Am 18. Mai verstarb unser  
Mitglied, der Schlosser  
**Karl Schwarz**  
Kosarstr. 1 (2. Bezirk)  
im Alter von 43 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, 22. Mai, nachm. 5 Uhr,  
von der Halle des Kummels-  
burger Gemeinde-Friedhofes,  
Schäferstr., aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
8/6 Die Bezirksleitung.

**Allgemeine Kranken- und  
Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(E. S. Nr. 29, Hamburg).  
Hilflos Kummelsburg.  
Am Sonnabend, den 18. Mai,  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden unser Mitglied  
**Karl Schwarz**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 22. Mai, nachm.  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Kummelsburger Gemeinde-Fried-  
hofes, Lützstraße, aus statt.  
117/11 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag vormittag ent-  
schied sanft nach langem Leiden  
unser lieber hoffnungsvoller Sohn,  
Bruder und Schwager  
**Ernst Bartel**  
im eben vollendeten 20. Lebens-  
jahre. Dies zeigt tiefbetäubt an  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 22. Mai, nachmittags  
6 Uhr, vom Trauerhause in Sobri-  
dorf, Straße 21, Genossenschafts-  
häuser, aus statt. 1779b

**Invaliden-Unterstützungskasse  
d. Steindruckers u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 17. Mai  
verstorbenen Steindruckers  
**Wilhelm Steinberg**  
findet statt am Mittwoch, den  
22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von  
der Leichenhalle des Friedrichs-  
hofes in Friedrichstraße aus.  
291/8 Das Komitee.

Am 17. Mai verstarb unser  
Freund, der Töpfer  
**August Krause**  
genannt Ulanen-Krause.  
Ehre seinem Andenken!  
Sein Freundeskreis bei  
Seiler, Steinmetzstr. 29 (Westen).  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 22. Mai, nachm.  
4 Uhr, von der Halle des Fried-  
hofes in Schildhorn, Grunewald  
aus statt. 1787b

**Zentral-Verband der Töpfer  
und Berufsgenossen Deutschl.**  
Hilflos Berlin.  
Den Mitgliedern die traurige  
Nachricht, daß der Kollege  
**August Krause**  
(Bezirk Schöneberg)  
am Freitag, den 17. Mai, freiwillig  
aus dem Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 22. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, aus dem Fried-  
hofe in Schildhorn, Grunewald,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung erlaucht  
192/13 Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Ernst Bartel**  
Böhndorf bei Grünau  
am 19. Mai an Lungenerkrankung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Mittwoch, den 22. Mai, nachmittags  
6 Uhr, vom Trauerhause nach  
dem Gemeinde-Friedhofe in  
Böhndorf bei Grünau aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
der Kernmacher  
**Fritz Beckmann**  
Bernauer Straße 77  
am 18. Mai an Lungenerkrankung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 21. Mai, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedens-Kirchhofes in  
Nieder-Schönhausen aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die Kranzspenden bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes  
und guten Vaters  
**Fritz Marienfeld**  
sage ich allen Teilnehmern, ins-  
besondere den Kollegen der Firma  
Kohmann und dem Holzarbeiter-  
Verband meinen aufrichtigen Dank.  
1a Witwe Marienfeld.

Für die Teilnahme und Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes sage ich allen Freunden,  
Verwandten und Bekannten meinen  
innigsten Dank. 35a  
**Witwe Reinboth**  
nebst Kindern.  
**Dankagung.**  
Anlässlich des Hinscheidens meiner  
teuren Gattin **Olga Schulze**  
sage ich allen für die mir in so  
reichem Maße erwiesene Teilnahme,  
insbesondere den Genossinnen und  
Genossen des 4. Wahlkreises, dem  
Herrn Röhle für die trostreichen Worte  
und den Sängern meinen an-  
rühmlichen Dank. 35b  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Richard Schulze**, Rischhofenstr. 5.

**Pumpen aller Art**  
für Absauger u.  
Kesselbrunnen,  
Jauchepumpen  
usw. in bester  
Ausführung zu den  
billigsten Preisen.  
Kataloge gratis.  
**Paul Gries, Berlin SO 16,**  
Köpenicker Straße 44.

**Elegante  
Herren-Moden**  
fertig u. nach Mass  
von 1 Mark  
wöchentliche Teilzahlung.  
**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75  
Eingang Tilsiterstrasse

**Sozialdemokrat. Wahlverein Schöneberg.**  
Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathauskellern, Weiningerstr. 8:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Buhl. — 2. Diskussion. — 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Mitglieder wollen pünktlich und zahlreich erscheinen.  
Der Vorstand.

**Bekanntmachung.**  
Im Namen Seiner Majestät  
des Königs von Bayern  
erkennt das Schöffengericht des  
K. Amtsgerichts München in der  
Verurteilungssache  
Gruber Martin, Redakteur in  
München,  
gegen  
1. Ritter Joseph, Redakteur in  
Friedrichshagen bei Berlin,  
2. Lohay Robert, Redakteur in  
London i. V.,  
3. Dr. Reimeringer Franz Joseph,  
Redakteur in Berlin,  
4. Gasteiger Michael, Redakteur in  
München,  
5. Wagner Heinrich, Chefredakteur  
in Passau,  
wegen Beleidigung,  
in seiner öffentlichen Sitzung vom  
16. April 1912  
nach gepflogener Hauptverhandlung  
zu Recht, wie folgt:  
I.  
Ritter Joseph, geboren am 23. März  
1873 in Wilmshert, dorthin zugehörig,  
katholisch, verheiratet, Redakteur in  
Friedrichshagen bei Berlin,  
II.  
Lohay Robert, geboren am  
25. Oktober 1876 in Peiskrescham, im  
Breuzen, dorthin zugehörig, katholisch,  
verheiratet, Redakteur in London,  
III.  
Dr. Franz Joseph Reimeringer,  
geboren am 14. März 1871 in Ger-  
lingen, Kreis Solingen, dorthin zu-  
hörig, katholisch, ledig, Redakteur in  
Berlin,  
IV.  
Wagner Heinrich, geboren am  
9. November 1868 in München, in  
Passau beheimatet, katholisch, ver-  
heiratet, Chefredakteur in Passau,  
V.  
Gasteiger, Michael, geboren am  
24. April 1877 in Birkenstein, Amts-  
gerichts Wiesbad, in München be-  
heimatet, katholisch, verheiratet, Re-  
dakteur hier,  
sind schuldig je eines Vergehens der  
Beleidigung und werden hievon und zwar  
Ritter, Lohay und Dr. Reime-  
ringer  
zur Geldstrafe von je einhundert  
Mark, umgewandelt für den Fall der  
Unvollständigkeit in eine Gefängnis-  
strafe von zehn Tagen,  
Wagner zur Geldstrafe von fünf-  
zig Mark, umgewandelt für den Fall der  
Unvollständigkeit in eine Gefängnis-  
strafe von fünf Tagen,  
Gasteiger zur Geldstrafe von  
fünfunddreißig Mark, umgewan-  
delt für den Fall der Unvollständig-  
keit in eine Gefängnisstrafe von  
sieben Tagen,  
sowie zur Tragung der Kosten des  
Verfahrens einschließlich der notwen-  
digen Auslagen des Privatklägers  
und in die Kosten der Strafver-  
folgung verurteilt.  
VI.  
Dem Privatkläger wird das Recht  
ausgesprochen, binnen einem Monat  
nach Rechtskraft des Urteils dessen  
erkenntenden Teil in der für amtliche  
Bekanntmachungen üblichen Form auf  
Kosten der Verurteilten je einmal zu  
veröffentlichen in der „Märkischen  
Volkszeitung“, im „Arbeiter“, in der  
„Germania“, in der „Tonan-  
zeitung“ und im „Arbeiter“, in der  
„Münchener Post“, im „Vor-  
wärts“, in der „Kuglbürger  
Volkszeitung“, in der „Frankfurter  
Tagesspost“ und im „Schroben-  
hausener Wochenblatt“.  
Als Vertreter des Privatklägers  
gebe ich Vorstehendes hiermit öffent-  
lich bekannt. 86/4  
München, 17. Mai 1912.  
Dr. Bernheim, Rechtsanwalt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Mitglieder-Versammlungen**  
Heute Dienstag, den 21. Mai:  
Einleger.  
Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.  
Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Genera-  
lversammlung. 2. Branchenangelegenheiten.  
Rahmenmacher.  
Abends 6 Uhr, im Dredener Garten, Dredener Str. 15.  
Donnerstag, den 23. Mai:  
Korbmacher.  
Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4 (Arbeitslosenklub).  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Lohnbewegung der Grün-  
branche. 2. Ersatzwahl zur Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.

Der Pfingstfeiertage wegen bleiben sämtliche Bureau-  
und Arbeitsnachweise am Sonnabend, den 25. Mai  
von 1 Uhr ab und am Montag, den 27. Mai und  
Dienstag, den 28. Mai, den ganzen Tag geschlossen.  
Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird  
in der Weise ausgezahlt, daß die Kollegen, die am  
Montag, den 27. Mai, Unterstützung zu bekommen  
hätten, dieselbe am Sonnabend, den 25. Mai, aus-  
gezahlt erhalten. Wer am Dienstag, den 28. Mai,  
Geld zu bekommen hat, erhält dasselbe am Mittwoch,  
den 29. Mai.  
Die Ortsverwaltung.  
83/19

Wer sein Geld  
liebt, kauft  
nur  
**Kn'**  
Fabrik-Märke.  
und  
mit  
dieser  
Es sind die haltbarsten seit 1873.

Auf Grund des bei den nachgenannten Zeichnungstellen er-  
hältlichen Prospektes sind  
nom. M. 2500 000 5%ige zu 102%, rückzahlbare  
zur 2ten Stelle hypothekarisch eingetragene Anleihe  
2500 Stück zu je M. 1000.— No. 1—2500,  
Tilgung frühestens zum 1. Oktober 1921 zulässig,  
der

**Aktiengesellschaft Actien-Bau-Verein**  
„Unter den Linden“ in Berlin  
zum Handel und zur Notis an der Berliner Börse zugelassen  
worden, die hiermit unter nachstehenden Bedingungen zur öffent-  
lichen Zeichnung aufgelegt werden:  
1. Zeichnungen werden bis einschließlich  
Sonnabend, den 25. Mai d. Js.  
bei der Commerz- und Disconto-Bank in Berlin, Hamburg,  
Hannover, Leipzig, und  
bei dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn in Hannover  
während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden ent-  
gegengenommen. Vordrucke für Zeichnungen sind bei den  
Stellen erhältlich.  
2. Der Zeichnungspreis beträgt 101%, nebst 5% Stückzinsen vom  
1. April 1912 an bis zum Abnahmetage. Von Schlußschein-  
stempel tragen die Zeichner.  
3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen eine Sicherheit von 5%,  
des gezeichneten Betrages in bar oder in der Zeichnungsstelle  
genehmen Wertpapieren zu hinterlegen, deren Rückgabe  
spätestens bei der Abnahme zu erfolgen hat.  
4. Einer jeden Zeichnungsstelle ist die Befugnis vorbehalten, die  
Zeichnung früher zu schließen und nach ihrem Ermessen die  
Höhe des Betrages, welcher auf jede Zeichnung zugeteilt wird,  
zu bestimmen. Jeder Zeichner wird so bald als möglich  
nach Schluß der Zeichnung schriftlich benachrichtigt, ob  
und in welchem Umfang seine Zeichnung berücksichtigt  
worden ist.  
5. Die Abnahme der zugeordneten Stücke hat gegen bare Zahlung  
des Preises in der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni zu erfolgen.  
Ist die Abnahme bis zum 5. Juni nicht erfolgt, so ist jede  
Zeichnung zum Rücktritt vom Geschäft dem Zeichner gegen-  
über befugt. 3209L  
Berlin, Hannover, im Mai 1912.  
Commerz- und Disconto-Bank. Ephraim Meyer & Sohn.

**Kostenlos ein Bad** gewährt gef. geschützes  
„Hausbad“, erspart  
die für ein Wannen-  
bad erforderlichen  
Beimateriale und großen Wassermengen. In 3 Minuten für  
Barn- oder Kalkbad fast fertig bereit. Preis des Hausbades nur  
wenige Mark. Zu besichtigen in den Warenhäusern von H. Werrheim;  
Fern. Tisch; H. Jandorf.  
Prospekte versendet gratis und franco Hausbad G. m. b. H.,  
Berlin SW. 68.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
**G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV. 3014.  
Zähne 1,50 M. 10 Jahre Garantie.  
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Dobbinstraße).

**Reisemuster!**  
Anzüge, Ueber, Hosen für Herren und Junglinge in  
nur guter Konfektion gebe an Private nur bis Pfingsten so lange  
der Vorrat reicht zu Fabrik-Preisen ab. 222/20  
**J. Coper, Kleiderfabrik,** Alexanderstr. 55, III  
(Bahnhof).  
Geschäftsabend: abends 7 Uhr, Sonntags geschlossen.

**1 Mark**  
wöchentl. Teilzahlungen  
liefern elegante fertige  
**Herren-  
Garderoben**  
Ersatz für Mann; z.  
Anfertigung u. Mass  
Tadellos Ausführung  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
Gr. Frankl. Str. 37  
Eingang  
Strausberger Platz.  
H. Go. Turmstr. 10  
nur 1. Etage,  
11. Kohl-Laden. 1/2



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Spekulationswut, — Hochkonjunktur und Geldmarkt.

Die Hochkonjunktur in der Industrie verursacht alle damit verbundenen Folgeerscheinungen am Geldmarkt. Neben den objektiven Erscheinungen des Hochschnellens der Kursfüße zeigt sich an der Börse eine schier unerlöste Spekulationswut. Die Kurse der an der Konjunktur besonders beteiligten Industrie- und Verkehrspapiere sind seit dem vergangenen Jahr in außerst rascher und enormer Weise gestiegen. Zum Beweis geben wir eine Zusammenstellung dieser Werte nach dem „Berliner Tageblatt“:

Table with 4 columns: Name, Kurs in 1911, Kurs in 1912, Kurs 14. 5. 1912. Includes Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, etc.

Neben dem infolge der Konjunktur sozusagen normalen Steigen der Kurse zeigen aber einzelne Papiere eine besonders herausfallende Steigerungskurve. Hier haben besonders Vörsenmännchen das treibhausartige Aufschwollen verursacht. So sind die Aktien der Firma Niedel seit Januar bis Mitte Mai d. J. von 300 auf 400, also um 100 Proz., gestiegen. Die Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen zeigte in der gleichen Zeit eine Erhöhung von 327 auf 535, also um 208 Proz. Die Bogtändische Maschinenfabrik erhöhte gar ihre Kurse von 471 auf 825, d. h. um 354 Proz. in diesen 4 1/2 Monaten. Allein in zwei Tagen (12. und 13. Mai) schnellten sie um 125 Proz. in die Höhe; am 13. Mai allein um 90 Proz.!

Die Regierung hat es wiederum für notwendig gehalten, gegen solches Vörsentreiben ihre warnende Stimme zu erheben. Gleichwie der Reichsbankpräsident Havenstein mehrfach die Berliner Großbanken unter Androhung von Gegenmaßnahmen zu Kreditbeschränkungen gegenüber der Banklandschaft drängt, so sucht auch der Regierungsaufsichtsbeamte der Berliner Börse seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Am Mittwoch, den 15. Mai, richtete der Staatskommissar bei der Berliner Börse an den Berliner Börsenvorstand folgendes Schreiben:

„Der Umfang, den die Spekulation neuerdings namentlich auf dem Kassamarkt annimmt, gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Anscheinend ist es das Publikum, das durch seine Kaufstränge die ungewöhnlichen Kurssteigerungen der letzten Tage veranlaßt hat. Die Beschränkung liegt nahe, daß ein nach allen Erfahrungen unausbleiblicher Rückschlag, der um so zeitiger und plötzlicher eintreten muß, je mehr sich Liebertreibungen häufen, für sehr weite Kreise schwere Verluste bringen wird. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Banken und Bankiers sich dem Ernst der Lage nicht verschließen und durch Warnungen und Kreditbeschränkungen ihre Kundenschaft zur Mäßigung anzuhalten suchen. Ein durchgreifender Erfolg ist aber bisher noch nicht zu verzeichnen.“

Ich verkenne nicht, daß dem Börsenvorstand Mittel zur Unterdrückung der Mißstände kaum zu Gebote stehen. Unter den obwaltenden Umständen halte ich mich gleichwohl für verpflichtet, Maßnahmen zur Erwägung zu stellen, die wenigstens zu einer Milderung führen können. Insbesondere dürfte zu prüfen sein, ob es angängig ist, im Kassageschäft an dem System des Einheitskurses ausnahmslos festzuhalten. Ich befehle mir vor, andere Anregungen mündlich vorzutragen und beehre mich daher, zu erfragen, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Börsenvorstandes zu setzen.“

Die Warnung bezieht sich nur auf den „Kassamarkt“ (d. h. auf die am gleichen Tage börslichen Geschäfte). Das vorgeschlagene Heilmittel, die Aufgabe des Einheitskurses, wird sehr skeptisch beurteilt. Beim Terminhandel werden die Kurse innerhalb der ganzen Vörsenzeit zu verschiedenen Malen notiert, so daß ein Anpassen der späteren Kurse resp. Verkäufe an die schon vollzogenen möglich ist. Auf dem Kassamarkt stehen sich nach der gegenwärtigen Handhabung Angebot und Nachfrage des betreffenden Papiers nur einmal gegenüber, so daß der Ausgleich an den aufeinanderfolgenden Tagen viel größere Schwankungen zuläßt. Der Einheitskurs bietet daher viel größere Möglichkeit zu Spekulationen durch unerwartetes Hineinversen von Angebot oder Nachfrage. Im allgemeinen besteht daher in Börsentreiben keine Neigung, den Vorschlägen des Staatskommissars Folge zu leisten. Direkte Maßnahmen hat der Regierungsbeamte gegenüber der Börse überhaupt nicht in der Hand; er steht ihr nur als beratende und Aufsichtsinstanz zur Seite.

Solche „Vörsensensationen“ lassen sich zum Teil durch Maßnahmen des Börsenvorstandes vermeiden. In früheren Jahren hat sich der Börsenvorstand geweigert, dann eine Vörsennotiz zuzulassen, wenn das betreffende Papier um mehr als 20 Proz. stieg. Wie wenig solche „Warnungen“ aber nützen, zeigt gerade das Beispiel der Bogtändischen Maschinenfabrik. Am Mittwoch, den 15. d. M., fiel zwar der Kurs ihrer Papiere infolge des Staatskommissar-Briefes um 75 Proz. Aber am Sonnabend, den 18. d. M., stieg er wieder von 735 auf 760, also um 15 Proz., aber, wenn man den Kurs am Schluß der Börse berücksichtigt, gar auf 787. Und auch die übrigen Papiere des Vörsenverkehrs, die im ersten Schred

zurückgingen, zeigen starke Erhöhungen gegen den Anfang der Woche.

Von Seiten der Banken ist natürlich eine Einschränkung dieser Vörsenbewegung nicht zu erwarten. Sind sie doch durch den Provisionsgewinn für ihre Vermittlerstätigkeit an Schwankungen und Erhöhungen stark interessiert. Sie bieten ja auch durch Barschüsse an ihre Kunden erst die Möglichkeit zum Vörsenspiel. Soweit es sich um private gewerbsmäßige Spieler handelt, hätte die Warnung auch allein einen Sinn. Eine Einschränkung ihres Kredites gegenüber dem Kapitalbedürfnis von Industrie und Handel ist natürlich einfach unmöglich, denn die Hochkonjunktur schafft es. Die Mahnungen der Regierung entspringen nur dem Wunsch nach finanzieller Bereitschaft für internationale Kriegen- und Kriegszeiten. Das bedeutet aber für die Banken und die Industrie ein Hemmnis ihrer augenblicklichen Ausdehnungstendenzen, die sie nicht im Interesse einer profitablen Vorbereitung auf Verwickelungen ausgeben wollen. Der Kapitalanspruch hält weiter an. Die Inanspruchnahme der Zentralbanken des europäischen Kontinents, dieser bestenfalls für das Kreditbedürfnis, nimmt weiter zu. Die Verbindlichkeiten der Reichsbank (in Wechseln und Lombards) standen im April d. J. höher als in dem Hochkonjunkturjahre 1907; sie betragen (nach Salver):

Table with 2 columns: Year, Value. Rows for 1906-1912, März, April.

Der durchschnittliche Privatdiskont dieses Jahres steht also dem des Jahres 1907 am nächsten. Dementsprechend wird auch der Zinsfuß von den großen Zentralbanken hochgehalten. Der lebhafteste Geschäftsgang in allen Zweigen der Industrie, mit dem fast täglich Preissteigerungen Hand in Hand gehen, verlangt eben Kredit und wiederum Kredit.

Ob die Woge der Hochkonjunktur sich bereits wirklich überflutet — wie der Direktor der Deutschen Bank, Herr v. Gwinner, am Freitag im Herrenhause ausführte — muß zweifelhaft erscheinen. Noch ist überall der Ahrim in der Industrie lebhaft. Die Diskontermäßigungen der Banken von Frankreich und England sind jedenfalls kein Zeichen für Abschwächung der Konjunktur. Sie müssen vielmehr durch die internationale Lage des Herbstes und Winters erklärt werden. Die Verwickelungen in Marokko, Tripolis, China, die Dardanellen-Sperre usw. hielten ganz Europa in Kriegsspannung. Erst allmählich weicht diese Furcht, die zu einer besonderen Vorhut bei der Kreditgewährung zwang. Denn also die Bank von England und die von Frankreich ihren Diskont von 3 1/2 auf 3 Proz. herabgesetzt haben, so spricht sich darin zunächst die Erleichterung vom internationalen Druck aus. Zugleich ist zu beachten, daß jene Banken sich viel schwerer zu einem Satz von über 3 Proz. entschließen, als das in Deutschland geschieht. Die Deutsche Reichsbank gewährt noch immer erst bei 5 Proz. Kredit. Das liegt, abgesehen von dauernden Unterschieden zwischen deutschen und englischen resp. französischen Kapital- und Kreditverhältnissen, zum Teil daran, daß sich der industrielle Aufschwung momentan am stärksten in Deutschland zeigt. Immerhin hat man mit einem Umfahrungen wohl noch im Laufe dieses Jahres zu rechnen. Welchen doch auch die Arbeitsnachweise, daß sich der Arbeitsmarkt im April nicht ganz so entwickelte, wie die Belebung in den Vormonaten es erwarten ließ.

5. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

München, 18. Mai 1912.

Zu Beginn des letzten Verhandlungstages referierte das Vorstandsmitglied Walter Leipzig über Agitation. Der Redner ging auf die vorliegenden zahlreichen Anträge zu diesem Punkte ein und präziserte die Stellung des Verbandsvorstandes hierzu. Eine Reihe von Anträgen verlangen die Anstellung von Gau- und Bezirksleitern für verschiedene Gebiete. Der Vorstand hat sich gegen weitere Anstellung von Gauleitern ausgesprochen. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Anstellung von neuen Beamten. Gewünscht wurde auch, daß eine stärkere Agitation unter den deutschen Plastersteinarbeitern und unter den italienischen Arbeitern im Ruhrkohlenabsteigebiet entfaltet wird. Auf heftigen Widerspruch stieß erzwungenermaßen ein Antrag Nordlingen, daß die besoldeten Gauleiter bei anderen Korporationen kein Amt bekleiden dürfen, „da sonst der Zweck, zu dem sie gewählt wurden, nicht erfüllt werde“. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Die Anstellung eines Gauleiters für Schlesien wurde mit 62 gegen 7 Stimmen beschloffen. Ein Antrag, einen Bezirksleiter für das Fichtelgebirge anzustellen, wurde dem Vorstand überwiegen. Ebenso die Anträge, die mehr Agitation bei einzelnen Branchen wünsch. — Ueber Aufnahme von Statistiken verbreitete sich dann Siebold-Leipzig, der um bessere Unterstützung bei statistischen Erhebungen durch die Filialen bat. Er begründete ferner einen Antrag des Vorstandes, die persönlichen Statistikkarten abzuschaffen. Es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden. — Zu dem Punkt Wahlen liegt ein Antrag des Vorstandes vor, für das Hauptbureau zwei Hilfskräfte anzustellen. Die Wahlkommission schlägt vor, nicht Hilfskräfte, sondern zwei neue Sekretäre anzustellen, die aber kein Stimmrecht im Vorstand haben und in die Gehaltsklasse der Gauleiter kommen sollen. Der Vorstand hat beantragt, die Gehälter der Verbandsangestellten auf Grund der Stala des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses zu regeln. Die Kommission stimmte diesem Vorschlag nicht zu, weil er ihr zu weit geht. Sie glaubte, daß dadurch eine Vertragsverhöhung nötig wäre. Die Kommission schlägt vor, das bisherige Höchstgehalt von 2400 Mark ab 1. Juli um 150 Mark, und dann jedes weitere Jahr um 50 Mark zu erhöhen, bis das Höchstgehalt von 3000 Mark (die Stuttgarter Stala sieht ein Höchstgehalt von 3000 Mark.) erreicht sei. Die Vorschläge der Kommission riefen eine längere Debatte hervor. Die Anträge der Kommission wurden angenommen. Die Statutenänderungen treten am 1. April 1913 in Kraft. Der seitherige Hauptvorstand wurde in seiner Gesamtheit sowie als Redakteur Kollege Staudinger wiedergewählt.

Mit einem Resümee über die Arbeiten der Generalversammlung und einem Begeister aufgenommenen Hoch auf den deutschen Steinarbeiterverband wurde hierauf die 5. Generalversammlung geschlossen.

Jugendbewegung.

Mit Musik und Wanderstab.

Unter diesem Titel erschien soeben eine von Jürgen Brand verfaßte Broschüre, die von der Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben ist. Die Schrift handelt vom Jugendwandern, das gegenwärtig so recht im Schwange ist. Aber sie handelt von einer besonderen Art des Wanderns. Die Wanderungen, die von der arbeitenden Jugend unternommen werden, sollen der körperlichen Erholung und der geistigen Erfrisung dienen. Dazu bedarf es des vernünftigen Wanderns. Vernünftiges Wandern aber ist eine Kunst, die gelernt sein will. In diese Kunst die arbeitende Jugend einzuführen, ist der Zweck der Schrift.

Ihr Erscheinen dürfte besonders von den Funktionären der proletarischen Jugendbewegung begrüßt werden, deren Aufgabe es

ist, kleine und große Wanderungen zu veranstalten. Die Broschüre enthält eine Fülle praktischer Winke und Ratsschläge für alle die Arbeiten, die die Organisation und die Leitung einer Wanderung sowie die Ausrüstung der Wanderer erfordern.

Im Interesse der Förderung vernünftiger Jugendwanderungen wäre zu wünschen, daß die kleine Schrift in die Masse der arbeitenden Jugend dringe. Dafür sollten unsere Jugendausschüsse Sorge tragen.

Die Broschüre kostet 20 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B. S., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Tapfer und siegreich!

Im Kampfe gegen die Jugendbewegung ist die Polizei im Lichtenberg bei Berlin unbefritten tapfer, und Sieg auf Sieg ist ihres Eifers unbeneideter Erfolg! Was jedem Klümmereim selbstverständlich erlaubt ist, in loien Jügen ungestört Ausflüge zu machen, das verweigert polizeilicher Zälenbrang den Jugendlichen, die auf pfäffische und kriegervereinsmäßig abgestimmte Aufsicht und Verbormungung verzichten. Gegen den für vergangenen Sonntag arrangierten Ausflug nach dem Schloßpark in Friedrichsfelde hatte die Lichtenberger Polizei gut gerüstet. Wahrscheinlich um „Leiter des Juges“ zu ermitteln, war ein umfangreicher Observations-Signalfestungs- und Aufklärungsdienst eingerichtet worden. Ein Heer uniformierter und diskret als Zivilisten gekleidete Polizeibeamten war mobilisiert worden. Das war, die Straßen auf, die Straßen ab, hin und her, ein Gerenne, als sei die Revolution ausgebrochen. Und schon auf dem Wege zum Spielplatz glückte der erste Fang. Jemand hat einen anderen um irgend etwas... sofort hatte ihn ein Beamter als „Leiter“ beim Schlawitzchen, und ab ging's im Triumphzuge zur Polizeiwache. Auf dem Rückwege erfocht die Polizei noch zwei gleiche ganzvolle Siege, einmal, als ein Jugendlicher die anderen aufmerksam machte, daß ein Trupp Radfahrer ankomme, man möge bei Seite treten. Natürlich forderte der eine Beamte: fort vom Damm, alle auf den Bürgersteig! Dann bald wieder kommandierte ein anderer: vortwärts, auseinandergehen! Um die Kenntnisse der Jugendlichen über das Funktionieren der Polizei zu vertiefen, machte man sich in Friedrichsfelde auf dem Heimwege folgenden Spah: ein richtiggehender Zug wurde formiert und dann Deutschland... über alles angestimmt! Und siehe da, schmunzelnd liehen die am Parkeingang aufgestellten Polizeiorgane den Aufmarsch passieren. — Von der Zweckdienlichkeit solchen Anschauungsunterrichts darf man überzeugt sein.

Soziales.

Vorbereitung der Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Zur Durchführung der Pensionsversicherung der Privatangestellten fand am 17. Mai in Berlin im Reichstagsgebäude eine von dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt einberufene Konferenz mit den Vertretern der Privatangestelltenverbände statt. In den vorhergehenden Wochen hatten bereits Konferenzen mit den Handels- und Landwirtschaftskammern verschiedener Bezirke stattgefunden. Von dem Referenten des Direktoriums wurde mitgeteilt, daß die Beiträge von den Arbeitgebern mittels Postcheck an die Reichsanstalt eingezahlt werden sollen. Die Quittung soll nicht, wie bei der Invalidenversicherung, durch Marken, sondern durch Unterschrift oder Stempel des Arbeitgebers in der Quittungskarte vollzogen werden. Die Quittungsleistung durch Marken wäre sehr kostspielig geworden, weil die Reichspost als Entschädigung für die Ausgabe der Marken durch die Postanstalten 3/4 Millionen Mark jährlich verlangt hat, was 2 1/2 Proz. der Beiträge ausmachen würde. Ueber die Grenze der Versicherungspflicht bei den todmischen Angestellten und den Bureauangestellten herrschen auch bei dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt noch verschiedentlich Zweifel, die durch Besprechungen mit den beteiligten Organisationen gelöst werden sollen.

Das Wahlverfahren bei der Wahl zu den Organen der Angestelltenversicherung (Vertrauensmänner, Rentenausschüsse, Schiedsgericht usw.) soll nach dem Verhältniswahlssystem mittels gebundener und verbundener Listen ähnlich dem für die Gemeindevertreterwahlen in Württemberg angewendeten Verfahren geregelt werden. Der Schwerpunkt dieser Wahlen liegt in der Wahl der Vertrauensmänner. Für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ist die Wahl von sechs Vertrauensmännern vorgesehen. Für Großstädte von mehr als 125 000 Einwohnern soll die Zahl der Vertrauensmänner entsprechend erhöht werden. Als Wahllegitimation soll die Versicherungskarte gelten. Die Versicherungskarten werden im Laufe des August bei den Polizeibehörden zu haben sein. Da es bei der ersten Wahl an einer Finanz zur Entscheidung bei Streit über die Versicherungspflicht fehlt, sollen die Bestimmungen über die Versicherungspflicht möglichst liberal gehandhabt werden. Eingehende Anleitungen über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen würden noch im Laufe des Sommers veröffentlicht werden. Insgesamt werden etwa 9000 bis 10 000 Vertrauensmänner im ganzen Reich zu wählen sein. Dazu kommt noch die doppelte Zahl von Stellvertretern. Als Wahltermin für die Vertrauensmännerwahlen ist Anfang November in Aussicht genommen. Ueber die aufgeworfenen Fragen wurde in der Konferenz zum größten Teile eine Uebereinstimmung erzielt. Der bevorstehende Wahlkampf zu den Organen der Angestelltenversicherung wird, nachdem die Sachlage geklärt ist, zweifellos mit großer Energie geführt werden.

Umsummen für „Ehrenämter“ in der Berufsgenossenschaft.

Unser Artikel vom 5. d. M. über Umsummen für „Ehrenämter“ in der Berufsgenossenschaft hat's der „Vaugewerkszeitung“ angetan. Sie sucht unsere Darlegungen abzuqualifizieren. Zu dem Zweck teilt sie mit, wie sich die Summen von 11 600 und 28 400 M. im einzelnen verteilen. Dadurch wird doch aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Nordöstliche Vaugewerkschaft an ihre Vorstandsmitglieder 38 000 M. im Jahr gezahlt hat und daß diese Summe die höchste ist, die von deutschen Berufsgenossenschaften nach der Richtung erreicht ist. Gerade eine Berufsgenossenschaft, die viele Kleinhandwerker zu ihren Mitgliedern zählt, mühte erheblich sparsamer bei der Ausgabe für „Ehrenämter“ sein.

Dem Artikel entnehmen wir zu unserer Ueberraschung, daß der Vorsitzende und zwei Stellvertreter „fast täglich“ im Bureau sind. Alle übrigen Genossenschaften kommen mit einem Vorsitzenden aus, der nur während seines Sommerurlaubs von seinem Stellvertreter vertreten wird. — Was machen denn die drei bei der Nordöstlichen fast täglich? Hat in der Tat ihre fast tägliche Anwesenheit einen weiteren Erfolg, als daß die Diätenausgaben an-schwellen? Uebergangen wird von der „Vaugewerkszeitung“, daß Vorsitzende ihre Häuser zu Berufsgenossenschaftszwecken vermieten (Potsdam-Berlin, Herzog-Danzig und Wärscher-Eberwalde). Die letzteren Bureauräume empfehlen wir besonders zur Beschäftigung und Prüfung des Mietpreises. Ueber Wärscher erfahren wir aus dem Artikel, daß er gegen sich selbst die Einsetzung eines Vorfahrters beantragt hat. Wir möchten wünschen, daß diese Untersuchung auch dahin ausgedehnt wird, ob das Einkommen Wärschers in das Bureau stets notwendig, vom Vorsitzenden gewünscht und angeordnet war, und ob er sich im Bureau in der Regel nur auf ganz kurze Zeit gegen Schluß der Dienststunden oder ganz früh des Morgens einfand. Kleine Handwerker werden kaum zugeben, daß



die Tätigkeit bei solch kurzen Besuchen in Einklang mit der Fassung von 15 oder 28 R. Dätzen steht.

Die Verwendung der Unsummen für das Festessen der Delegierten aus der Genossenschaftskasse sucht die „Baugewerkszeitung“ dadurch zu rechtfertigen, daß die Genossenschaftsversammlung diese Summe ja selbst bewilligt habe. Gerade gegen eine derartige Bewilligung wendete sich unser Artikel. Der Vorstand hätte einen solchen Antrag weder einbringen, noch zur Diskussion zulassen sollen. Die Verwendung der Unsummen für den Festabend zeigt, wie gerechtfertigt unsere Forderung ist, daß die Verwaltung der Nordhöhlen durchaus nicht erforderliche ungeheure Kosten verursacht.

## Aus Industrie und Handel.

### Kaffeetrust.

Die amerikanische Regierung will nun auch dem Kaffeetrust zu Leibe. Bekanntlich hat der Staat Sao Paulo den größten Teil der Gesamtproduktion in seinen Besitz gebracht und gibt die Bestände nur nach einem bestimmten Plane ab. Ueber die finanziellen Grundlagen dieser Aktion wird in der Anklageschrift festgestellt: Die unmittelbare Wirkung des Kaffee-Valorisationsplan war die Kurzhaltigkeit von 10 868 298 Sack Kaffee aus dem Markt. Der Preis des Kaffees in Rio ist infolgedessen von 7 1/2 auf 14 1/2 Cents per Pfund gestiegen. Die Anleihe von 14 Millionen Dollar, welche dem Staate Sao Paulo von Schroeder u. Co. in London und der National City Bank in New York im Jahre 1906 gewährt wurde, kostete dem Staate Sao Paulo 24 Proz. an Diskontierung und anderen Aufwendungen. Die Kosten der Durchführung der Valorisation mittels der Anleihe von 76 Millionen Dollar, welche im Jahre 1908 von der Firma Schroeder u. Co. in London und der Societe Generale in Paris übernommen wurde, machte 8 1/2 Cents für jedes Pfund Kaffee aus, das vom Staate Sao Paulo für die Zwecke der Valorisation gehalten wurde.

Auch dieser Forderung kann keinen praktischen Erfolg haben, da der Staat Sao Paulo (in Brasilien) natürlich gar nicht der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten unterliegt und der Kaffeetrust nur auf dieser Grundlage möglich ist.

## Aus der Frauenbewegung.

### Wohnungselend, göttliche Weltordnung und Umsturz.

Wer zu gewissen Zeiten des Jahres einen Gang durch die Villenviertel oder seinen Wohnstrahen unserer Städte unternimmt, der sieht immer wieder auf völlig unbenuzte, höchstens von etlichen Vertretern der Dienerschaft behütete Paläste. Je schöner und größer das Haus, je schattiger und prächtiger der Garten, um so öfter und länger bleibt das Haus zu bestimmten Zeiten, manchmal monatelang, Jahr für Jahr unbewohnt. Die Bewohner weilen im Winter im Paris oder in Ägypten, später an der Riviera oder in Italien, im Sommer im Norden oder in einem der kostspieligen See- oder Kurstädte. Die aber, die jenen Bevorzugten ihr üppiges Leben ermöglichen, diejenigen, deren Lebenskraft und Lebensglück in Fabriken, Bergwerken und sonstigen Stätten der Ausbeutung in kaltes Gold umgemünzt wird, sie haben nicht einmal eine Ahnung von all den Herrlichkeiten des Daseins, die jene Reichen bis zum Ueberdruß genießen. Nicht wenige der Reichen haben außer ihrem Palast in der großen Stadt noch einen Landhof oder eine Sommerwohnung in dem romantischen Gelände eines Flusses, im waldigen Gebirge oder am stillen See, wo sie sich von dem Uebermaß des anderen Wohnortes „erholen“.

Für den Kenner der proletarischen und Kleinbürgerlichen Wohnungsverhältnisse gibt es nichts Aufreizenderes, als jene unbenuzten Prachtbauten, in denen die Ausstattung eines einzigen Mannes nicht selten 30 000, 50 000, ja 100 000 M. und mehr kostet. Da stehen große Bauten mit zwanzig, dreißig lustigen und lichtreichen Gemächern leer, auf Grundstücken, die einer großen Anzahl schöner Häuser Raum gewähren könnten, und zur selben Zeit sind ungezählte Tausende verdammt, in dumpfen, engen Gefloßen zu hausen. Für die Armen bestehen die Vorhöfen nicht, die dem Quasthändler den zum Leben erforderlichen Luftstrom gewähren. Die Reit- und Wagenferde der Besitzenden sind zehnmal besser und gesünder untergebracht als jene Elenden.

Der Wohnungsausschußverein in Köln gibt alljährlich eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse der Familien der in seiner Umfassung stehenden Wohnereien und über die jenen zur Verfügung stehende Zahl von Betten heraus. Aus der Statistik ergibt sich, daß neun Zehntel der in Betracht kommenden Familien in unzureichenden Wohnungen, viele aber unter den denkbar elendesten Verhältnissen wohnen und schlafen. Von den 788 gezählten Familien hatten 64 nur ein einziges, 482 nur zwei, 211 drei, 27 vier, und 4 hatten fünf Zimmer. Nur ein Zimmer bewohnten u. a. 2 Familien von 3, 10 Familien von 4 und 4 Familien von 5-6 Personen, wozu in allen (auch den folgenden) Fällen noch das Kuegeborene hinzukommt. Eine Zweizimmerwohnung hatten u. a. 48 Familien von 3 Köpfen, 24 Familien von 4, 11 Familien von 7, 4 Familien von 8 und 4 Familien von 9 Köpfen. Eine Dreizimmerwohnung hatten u. a. 19 Familien von 7, 14 von 8, 5 von 9, 5 von 10 und eine Familie von 11 Köpfen.

Noch viel grauenvoller wird das Bild, wenn man die Zahl der den Familien zur Verfügung stehenden Betten betrachtet. Da waren u. a. vorhanden: ein einziges Bett für 89 Familien von drei Köpfen, für 16 Familien von vier Köpfen und je einmal für Familien von fünf, sechs, sieben und acht Köpfen. Insgesamt hatten 214 Familien nur ein einziges Bett. Zwei Betten hatten 321 Familien, darunter 42 Familien von fünf Köpfen, 16 Familien von sechs, 8 Familien von sieben und eine von acht Köpfen. Drei Betten hatten u. a. 16 Familien von sieben, 9 Familien von acht, 5 Familien von neun und eine Familie von zehn Köpfen. Vier Betten hatten 5 Familien von neun, 5 von zehn und eine von elf Köpfen. Wie gesagt, kommt in allen Fällen noch das Kuegeborene hinzu. Aber auch ohne dies kommen in sage und schreibe 194 Fällen auf ein Bett mehr als zwei Personen, darunter in 115 Fällen drei und mehr bis zu acht Personen!

Bumeist ist in den „Wohnungen“ der Besiglosten gar kein Platz für die erforderlichen Betten. Man stelle sich die Luft vor, die in diesen überfüllten Räumen herrschen muß. Kein Wunder, wenn da jährlich Delatomben der Lungentuberkulose zum Opfer fallen und wenn der fünfte Teil aller Geborenen bereits wieder im ersten

Lebensjahre stirbt. Weder ein gesundes noch ein stilles Geschlecht kann aus jenen Wohnhöhlen hervorgehen. Man nennt uns Umstürzler. Das Wort ist ein Ehrenittel für alle, die eine Gesellschaftsordnung mit solchen Einrichtungen durch eine vernunftgemäße ersetzen wollen.

„Deutscher Bund zur Bekämpfung der Frauenemancipation“. Vorsitzender dieses neuen Bundes ist Professor Dr. Sigismund, mit dessen Pamphlet „Frauenstimmrecht“ wir uns kürzlich beschäftigten. Hauptzweck des Bundes ist Aufklärung zu vermitteln über die „sogenannte“ Frauenfrage, und zwar in biologischer, ethischer, ästhetischer, rassenhygienischer, sozialer, nationaler und politischer Hinsicht!

Die Frau in der Gemeinde. Der Eingabe des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht um Gewährung des Landtagswahlrechts an Frauen entnehmen wir folgende Angaben: In Deutschland waren 1910 in 804 Gemeinden 11 900 Frauen ehrenamtlich oder befoldet in der kommunalen Wohlfahrtspflege tätig. In 166 Gemeinden arbeiten ungefähr 6090 Frauen in der Armen- und Waisenspflege, in 47 Städten sind Frauen in städtischen Kommissionen tätig. In 115 Städten gehören Frauen den Schulkommissionen an, in einer großen Anzahl von Städten sind Frauen in städtischen Arbeitsnachwehen beschäftigt.

### Neue Bücher.

Der deutsche Frauenkongress, Berlin 1912. Sämtliche Vorträge herausgegeben von Dr. Gertrud Bäumer. (Leubner, 3 Marl.)

Die auf dem Kongress im Zoo und in den Abend-Propagandaveranstaltungen gehaltenen Vorträge kann man nun auch gedruckt nachlesen. Als Dokument der Verfahrenheit unserer bürgerlichen Frauenbewegung mögen die 312 Druckseiten immerhin ihren Wert haben. Als vollständiger Kongressbericht hätte er aber auch die Wiederholungen, wenigstens in gekürzter Form, der Diskussionsredner enthalten müssen.

### Lesebände.

Johannisthal. Dienstag, den 21., 8 1/2 Uhr, bei Heiderich, Friedrichstr. 11.

Britz-Buckow. Mittwoch, den 22., 8 1/2 Uhr, im Lokal Rosenfetterasse, Schaafstr. 67. Vortrag des Genossen Redakteur G. Michalski.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Polizeispiegel.

Handlungsgehilfe Hartung, dessen Tätigkeit wir vor einer Woche anlässlich einer Schöffengerichtsvorhandlung kennzeichneten, trat gestern in derselben Sache, die vor einer Woche vertagt war, wieder auf. Auch gestern gab er wieder an, er habe beim Schankwirt Pfaffenstäger, nachdem ihm in dem bereits geschlossenen Lokal auf sein Klopfen Eintritt gewährt worden sei, ein Glas Bier bekommen und noch zwei ältere Herren und eine Dame im Lokal gesehen. Hartung hat an dem fraglichen Abend im Auftrage des Kriminalschuttmanns Schmidt gegen einen Lohn von 4 M. sechs Schanklokale besucht, die ihm Schmidt vorher bezeichnet hatte. Alle besuchte er in der Absicht, die betreffenden Wirte zur Uebertretung der Polizeistunde zu verleiten, um sie hinterher durch Schmidt anzeigen zu lassen. „Um es auf gut Deutsch zu sagen“ — bemerkte hierzu der Vorsitzende — „Sie waren als Spiegel der Polizei tätig.“

Darüber, wie Hartung mit seinem Auftraggeber, dem Kriminalschuttmann Schmidt, bekannt geworden ist, machte dieser als Zeuge folgende Angaben: Hartung hatte es unterlassen, sich als Militärpflichtiger zur Stammrolle zu melden und sollte vorgeführt werden. Er ging dann aber freiwillig zur Meldestelle, wo ihn Schmidt traf und die Bekanntschaft anknüpfte, die den Hartung schließlich zum Spiegel herabsinken ließ.

Der Vorsitzende fragte den Zeugen Schmidt, ob es denn seine Behörde billige, daß er sich des Hartung bediene. — „Ich glaube wohl“, antwortete Schmidt. — Rechtsanwalt Theodor Liebschütz bemerkte dagegen, es sei in mehreren derartigen Fällen festgestellt worden, daß die Polizeibehörde eine solche „Feststellung“ von Uebertretungen, wie sie Hartung und Schmidt ausgeführt hatten, nicht billigt. — Der Vorsitzende meinte dazu, er könne sich auch nicht denken, daß die Behörde derartiges billigen sollte. Wenn jemand abgeschickt würde, um nachzusehen, ob Lokale nach der Polizeistunde noch im Betriebe seien, so ließe sich nichts dagegen einwenden. Aber hingegen, an das geschlossene Lokal anzufragen, ein Glas Bier fordern und dann den Wirt anzeigen, das sei doch eine Handlungsweise, die man als unanständig bezeichnen müsse. „Würden Sie denn“ — fragte der Vorsitzende den Kriminalschuttmann Schmidt — „solche Handlungsweise billigen?“

Kriminalschuttmann Schmidt verhielt in berechnem Schweigen, worauf der Vorsitzende sagt: „Na, ich will Ihnen die Frage erlassen.“ Hartung wurde noch weiter über seine Beziehungen zur Polizei befragt. Er behauptet, er habe nur an zwei Tagen im Auftrage des Kriminalschuttmanns Schmidt Gastwirtschaften besucht, sonst habe er keine Beziehungen zur Polizei. Nachdem er die Anzeige der Gastwirte bewirkt hatte, sei er bei der Firma Mercedes als Handlungsgehilfe beschäftigt gewesen, aber auf Verlangen der Metallarbeiter, die von seiner Tätigkeit für die Polizei Kenntnis erhalten hatten, entlassen worden. „Das kann ich den Leuten nicht verdenken“, bemerkte der Vorsitzende.

Durch das Zeugnis von zwei Angehörigen des Angeklagten wurde festgestellt, daß Hartung zu der von ihm angegebenen Zeit gar nicht im Lokal des Angeklagten war. Auch Hartung kennt diese Zeugen, die zur fraglichen Zeit im Lokal waren, nicht. Gastwirt Stühmer hat eine völlig halblöse Anzeige wegen Uebertretung der Polizeistunde bekommen, wobei auch Hartung als Zeuge gegen ihn angeführt wurde. Stühmer macht hierüber als Zeuge folgende Angaben: Ein junger Mann, ich weiß nicht, ob es Hartung war, klopfte nachts zwischen 12 und 1 Uhr bei mir an und begehrte Einlaß. Er wurde abgewiesen mit dem Bemerkten, es sei Feierabend, nur ein Verein sei noch im Lokal. Am folgenden Tage kam Kriminalschuttmann Schmidt zu mir und sagte: „Sie haben lange keine Anzeige gehabt, jetzt können Sie wieder eine kriegen.“ Ich habe dann ein polizeiliches Strafmandat bekommen und bin auch

vom Schöffengericht zu 1 M. Strafe verurteilt worden, weil Hartung als Zeuge angab, er sei eine Viertelstunde in meinem Lokal gewesen und habe dort viele junge Damen gesehen. Das sind ganz unwahre Angaben. Ich habe gegen das Urteil Berufung eingelegt, die noch schwebt.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Liebschütz gab Hartung zu, daß er zu dritten Personen gefahrt hat: „Wenn ich meine Arbeit behalte, dann werde ich vor Gericht meine Aussage so abschwächen, daß die betreffenden Wirte freigesprochen werden.“

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme mußte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung beantragen, auf die das Gericht denn auch erlannte mit der Begründung: Der Zeuge Hartung ist unglaubwürdig. Gegenüber den Angaben mehrerer einwandfreier Zeugen kann die Aussage eines derartigen Zeugen nicht nur nicht ausreichen, um den Angeklagten zu überführen, sondern seine Angaben fallen überhaupt nicht ins Gewicht.

Die gerichtlich festgestellte Polizeitätigkeit des Zeugen Hartung ist durch den Prozeß gekennzeichnet. Ergänzende Mitteilungen über seine Vigilanteneigenschaft behalten wir uns vor.

### Heranziehung zur Kirchensteuer.

Der Rentier Peuser in Wiesbaden, der der Kirche nicht angehört, wurde wegen seiner Frau mit der Hälfte des Kirchensteuerbetrages vom Gesamtkirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinden Wiesbadens zur Kirchensteuer herangezogen.

Er beschritt den Rechtsweg und berief sich darauf, daß er, der ja überhaupt keiner Kirche angehöre, nicht zur Kirchensteuer herangezogen werden könne, und zwar auch nicht für seine Frau. Zudem sei seine Frau Anglikanerin und könne schon darum in Preußen nicht zur Kirchensteuer herangezogen werden. Die Heranziehung zur Kirchensteuer müßte schon deshalb aufgehoben werden, auch wenn man sie, die an ihn gerichtet sei, als eine Heranziehung seiner Frau ansehen wollte.

Das Oberverwaltungsgericht hob am 14. d. M. die abschlägigen Vorbescheide auf und stellte den Kläger von dem fraglichen Betrage frei. (Bezüglich seiner eigenen Person war er nicht herangezogen worden.) Der Senat ließ die Frage, ob die Frau als Anglikanerin hier kirchensteuerpflichtig sei, bei dieser Entscheidung außer Betracht. Es sei hier, so führte er aus, der Mann für seine Frau zur Kirchensteuer herangezogen worden. Das sei unzulässig. Die Frau hätte höchstens selber herangezogen werden können. Schon aus diesem Grunde sei die Heranziehung Peusers aufzuheben und er von der von ihm verlangten Steuer für seine Frau freizustellen.

### Adoptionschwindler.

Eigen keinen Einbild in das Treiben der Adoptionschwindler gewährte eine Anklage, die gestern den Kaufmann Ernst Gerszmisch und den Buchdrucker Max Wolff vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber führte. Die Anklage lautete auf wiederholten Betrug bzw. Beihilfe. Gerszmisch, der in der Nazarethkirchstraße ein Adressenverlags- und Versandgeschäft betreibt, hatte den in der Stephanstraße wohnhaften Wolff dazu bewogen, seinen Namen für ein Unternehmen herzugeben, das den Adoptionschwindler, der eine Zeitlang in üppigster Blüte stand, im Großen zu betreiben bestimmt war. Da in Deutschland dieser Betrüger seitens der Polizei genau nachgespiert wird, hielt es der Angeklagte G. für zweckmäßig, seine Dienste vormiegend im Auslande, insbesondere in Oesterreich-Ungarn, anzubieten. Er veröffentlichte in zahlreichen auswärtigen Blättern eine Annonce des Inhalts, daß ein hübsches Kind baldster Geburt an Kindesstatt zu vergeben sei und ein Erziehungsbetrag von 4000 M. gewährt werden würde. Diese Annonce lockte sehr viele Personen und es gingen massenhaft Offerten aus Eger, Budapest, Kufing, Czernowitz, Prag, Warubitz, ferner aus der Schweiz und allen möglichen Orten der Landflur ein. Die Respektanten erhielten dann ein Schreiben, in welchem ihnen mitgeteilt wurde, daß es sich um das Kind weiblichen Geschlechts eines angeblich inzwischen verstorbenen Rechtsanwalts und einer Banierstochter handle und der Mutter vor allen Dingen daran liege, das Kind auf untergebracht zu wissen. Deshalb müßten über die Verhältnisse des Respektanten genaue Erkundigungen eingezogen werden, zu deren Durchführung die Einzahlung eines Kostenbetrages von 650 M. erforderlich sei. Diesem Schreiben war die Photographie eines Kindes beigelegt. Der Angeklagte muß ein ganzes Sortiment solcher Kinderphotographien der verschiedensten Art auf Lager gehabt haben. Denn das angebliche Kind des Rechtsanwalts hatte in jedem dieser Schreiben ein anderes Aussehen, was daher kommt, daß das ausgetobene Kind überhaupt nicht existierte. Wenn die Respektanten dann unter der Adresse des Wolff die 650 M. eingezahlt hatten und G. durch eine Angestellte diese Beträge von der Post abgehoben hatte, war für ihn die Sache erledigt und die Abfeder des Geldes erhielten weiter keine Nachricht mehr. Nach Auskunft des Postamts 5 in der Perlener Straße sollen in kurzer Zeit unter dem Namen des Wolff für G. in dieser Weise 6-800 M. eingegangen sein, was G. allerdings bestreitet. Das einträgliche Geschäft würde wohl noch weit umfangreicher sich gestaltet haben, wenn nicht von Gendarmen, auswärtigen Behörden und verschiedenen Gemeindebehörden Warnungen erlassen worden wären. Als die Polizei eines Tages bei G. Hausdurchsuchung abhielt, konnten noch Hunderte von Briefen beschlagnahmt werden, die aus aller Herren Länder eingegangen und noch gar nicht geöffnet worden waren. Sie bezogen sich alle auf das ausgetobene Kind und das Erziehungsgeld von 4000 M. Der Angeklagte wollte dem Gericht die Ueberzeugung beibringen, daß er die ganze Sache für reell gehalten habe; er habe von einem Mann namens Oppenheimer, von dessen Existenz er keine weiteren Mitteilungen machen konnte, in einem Hotel in der Friedrichstraße den Auftrag zur Ausbietung des Kindes erhalten und sei nun selbst der Geschädigte, da er die großen Summen für die Annoncen verauslagt habe. Er will nur in etwa sechs Fällen die 650 M. erhalten, dann aber die Finger von dem Geschäft gelassen haben, da er sah, wie massenhaft die Offerten eingingen. Wolff habe von der ganzen Sache nichts gewußt und nur aus Gefälligkeit seinen Namen hergegeben.

Auf Grund der Beweisaufnahme kam das Gericht zur Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten und verurteilte den Angeklagten Gerszmisch zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, den Angeklagten Wolff wegen Beihilfe zu 3 Monaten Gefängnis.



Die H. K. G. ist in ihrer Art das grösste Spezial-Geschäft Deutschlands, sie betreibt den Detail-Verkauf fertiger Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Bekleidung zum Selbstkostenpreis und erhebt als einzigen Gewinn eine Umsatzprovision von 10%.

Lagerbestand ca. 1/4 Million Mark  
Größe der Verkaufsräume ca. 1000 qm.

Selbstkostenpreis + 10%

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H., Nur Neue Schönhauser Str. 1

Ecke Weinmeister- und Münz-Strasse.





# Leichte Sommerkleidung

## Sommer-Joppen

Grünlich. Baumwollstoff 90 Pf.  
Dunkelgrau. Wachtstoff 2.25 M.  
Praktisch. grauer Loden 3.00 M.

## Lüster-Jackette

Schwarz. Panama-Lüster 3.00 M.  
Grau gemultert. Lüster 4.50 M.  
Modern gemultert. Lüster 5.50 M.

Bast-Anzüge imitat. . . 15.00 M.  
Wach-Westen . . . von 2.25 M.  
Weiße Hosen . . . von 2.50 M.  
Westen-Gürtel . . . von 95 Pf.  
Weiße Strandmützen von 50 Pf.  
Blaue Strandmützen von 90 Pf.  
Strohhüte <sup>hochmodern</sup> 5.75, 3.50, 2.90, 1.75 M.  
Panama-Hüte . . . von 5.75 M.  
Wetter-Lodenhüte . 1.90 M.

<b>Touristen-Lodenanzüge</b> moderne Falt-Formen von 18.00 M. an	<b>Gummi-Mäntel</b> für Herren und Damen echt englisch von 12.50 M. an	<b>Loden-Pelerinen</b> für Herren und Damen von 7.50 M. an	<b>Loden-Pelerinen</b> für Knaben u. Mädchen von 4.50 M. an
------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30  
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11  
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 44 kostenfrei.



Das grösste der Welt. — 2500 Plätze.  
**Sprechende Films.** Unter Mitwirkung erster Künstler u. Künstlerinnen  
Nicht durch Grammophon dargestellt.

## Typographia.

Mittwoch, den 22. Mai, abends 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße:

## Uebungsstunde.

Danebst von 9 Uhr ab Ausgabe der Fahrkarten zum **Sonderzug nach Hamburg** am Pfingstsonnabend. Abfahrt 5 Uhr. Fahrpreis 5,30 M. Auch werden am Mittwoch die **Logiskarten** ausgegeben. 60/20  
Interessenten können sich noch melden. **Der Vorstand.**

## Zum Feste offeriere

und empfehle in anerkannt nur besten Qualitäten:

Feinstes Kaiser-Auszugmehl . . . . .	20 Pf.
Deutsches Auszugmehl . . . . .	18 Pf.
Weizenmehl . . . . .	16 Pf.
Sultana, feinste Nußlese . . . . .	80 Pf.
II. . . . .	65 Pf.
Rosinen, große helle Frucht . . . . .	60 Pf.
Corinth, feinste Gols . . . . .	40 Pf.
Nieren-Mandeln, süß und bitter . . . . .	140 Pf.
Mandeln II, süß und bitter . . . . .	110 Pf.
Succade (Zitronat) . . . . .	70 Pf.
Feinste Hamburger Getreidebefe . . . . .	65 Pf.
Zucker, fein gemahlen . . . . .	25 Pf.
Feinste gemahlene Brotraffinade . . . . .	2 Pf. 55 Pf.

## Georg Bethke

Zentrale: Berlin SO. 33, Muskauer Str. 44.  
Rixdorf: Elbestr. 33, Kaiser-Friedrichstr. 64, Grätz-Weserstr. 169, Friedenstr. 22, Treptow 1str. 64.

**Eröffnung**  
Mittwoch, den 22. Mai.  
Anfang 6 Uhr.  
**Allerneuestes**  
auf dem  
**Gebiete der Kinematographie**

Trotz allererster Darbietungen bleiben die Preise volkstümlich.  
Entree 30 Pf. Balkon 50 Pf.  
Parkett 75 Pf. Mittelparkett 1 Mf.

## Engelhardt

## Special Hell



Flasche 10 Pf.

**Erstklassiges Spezial-Bräu**  
nach Pilsner Art  
**Überall käuflich**  
Blumen- und Kranzbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, 21. Mai 1912.  
Anfang 8 Uhr.  
**Neues Schauspielhaus.** Romeo und Julia.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Kgl. Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Kgl. Schauspielhaus.** Camiel.  
**Leipzig.** Reiche Mädchen.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Penthesilea.  
**Kammertheater.** Mein Freund Toddo.  
**Kurfürstentheater.** Tosca.  
**Romische Oper.** Die Spiele ihrer Exzellenz.  
**Weihen.** Die schöne Helena.  
**Königsgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Neues Schauspielhaus.** Parzell.  
11. Nr. 10.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
**Diebend.** Alles für die Firma.  
**Zustpielhaus.** Son Bindhund.  
**Berliner.** Große Rollen.  
**Schiller O.** Die Haubenlerche.  
**Ch.** Charlottenburg. Der Weg zur Hölle.  
**Neues Evertzen.** Der Kongreß von Sevilla.  
**Luffen.** Gold und Liebe.  
**Wose.** 5 x 100 000 Teufel.  
**Trianon.** Der Ehemann am Fenster.  
Ein angebrochener Abend.  
**Thalia.** Kattellebden.  
**Kleines.** Der Nachtmacher. Lottfens Geburtstag.  
**Metropol.** Schwindelmeier u. Co.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Casino.** Die lustige Strohwitwe.  
**Apollon.** Spezialitäten.  
**Vaslager.** Spezialitäten.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.** Die keusche Suzanne.  
**Folies Caprice.** Kobi - Krach.  
Nr. 14.  
**Walhalla.** Um eine Krone.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Ranz der Sabinesinnen.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.  
**Königsstadt-Kasino.** Spezialitäten.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.** Schiller-Theater.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Kompagnon.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der scharfe Junker.**  
**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Gefährtin — Paracelsus.**  
Der grüne Kakadu.  
Donnerstag nachm. 3 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rollen.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin und G. Mitchell.  
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**  
**Quisen-Theater.**  
Dienstag: Gold und Liebe.  
Mittwoch: Schwester Carmen.  
Donnerstag: Ich lasse Dich nicht.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 192.  
Abends 8 Uhr:  
**5 x 100 000 Teufel.**  
Mittwoch: Syre-Athenen.

**LUNA PARK**  
**30 Weltattraktionen**  
Kongo, Zwergstadt, Luna-Ballhaus, Amor im Monde, Johnstons Unterberg usw.  
Entree 50 Pf. Saisonkarten 5 M. (A. Wertheim, Invalidendank).

**Residenz-Lichtspiele**  
Blumenstr. 10  
Heute Dienstag Anfang 5 Uhr  
an der Spitze des  
**Neuen Programms**  
**Der Liebe ewiges Licht.**  
Drama in 3 Akten.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
**Schwindelmeier & Comp.**  
Whantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von H. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.  
**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
Das große komische Programm.  
9 Uhr:  
**Stürmischer Lacherfolg**  
**Paul Beckers**  
als  
**Fliegenbäuer.**  
Heinrich.

**Passage-Theater.**  
**Claire Waldoff**  
**Littke Carlsen**  
**Alt-Bonner**  
Studenten  
und das große  
**Mal-Programm!**  
14 Varietè-Attraktionen!  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Kobi Krach**  
**Bunter Teil**  
**No. 14.**  
**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 58.  
**Keine Vorstellung.**  
Beginn d. Sommerferien: Pfingsten.  
1. und 2. Feiertag:  
**Frühkonzert und Vorstellung 6 Uhr.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Die Tochter der Hexe**  
und das erstklassige Spezialitäten-Programm.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
Gr. Militär-Doppelkonz.  
Eintritt 1 M. v. abds.  
6 U. ab 50 Pf. Kinder  
unter 10 Jahren die  
Hälfte. — Jahres-  
Abonnements an allen 3 Schalter-  
Kassen.

**KIKOK**  
früher Neues Kgl. Operntheater  
Kinemakolor-Lichtspiele  
in wirklichen Natur-Farben  
Alleinige Vorführung in Berlin.  
Großes Orchester mit Gesang.  
Täglich von 4-11 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis 29. Mai  
das glänzende neue Programm  
5 erstklassige Spezialitäten - Schlager.  
Nielsen-Bachterfolg der Woche  
**Die lustige Strohwitwe.**  
An den Feiertagen 8<sup>1/2</sup> Uhr: Unsere  
lieben Frauen.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Ehemann am Fenster.**  
Gierauf: Ein angebrochener Abend.  
**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße,  
**Z. Z. einziger Eis-  
palast Deutschlands**  
Allabendl. d. sensation. Eiseballett  
"Yvonne". Die kl. Walz-Königin  
Charlette. Weltmatr. Brer Mayer.  
Nachm.: Kunstaus-Produktionen.  
Bis 6 Uhr und von 10<sup>1/2</sup> Uhr  
abends halbe Kassenpreise.  
**Restaurant L. Ranges**  
Wein- und Bier-Abteilung.

**Neukölln, Mainzer Str.**  
1 Minute vom Hermannplatz:  
Der große skandinavische  
**Zirkus Fischer-Reiffarth.**  
Täglich abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Große Gala-Vorstellungen.**  
An Sonn- und Festtagen sowie  
Mittwochs- und Sonnabends je  
zu 2 große Vorstellungen zu  
Nachm. 4 und abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
Einstimmiges Urteil aller Besucher.  
Das beste Zirkusprogramm,  
welches bis jetzt gezeigt wurde.  
40 eigene erstklassige Pferde.  
120 Personen.  
Billige Eintrittspreise.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Zum Schluss:  
Eine Hochzeit in der  
Müllerstraße.  
Bücherei  
von Regiel.  
Montags  
8 Uhr.  
Sonntags:  
7 Uhr.

**Königsstadt-Kasino.**  
Ede Holzmart. u. Alexanderstraße  
Täglich abends 1/8 Uhr, Sonntags  
1/5 Uhr: Theater und  
Varietè, 8 Spezialitäten und  
**Deute von heute.**  
Gesangspoffe in 1 Akt.

**Hohenstaufen-Säle**  
Café und Restaurant.  
Täglich: Gustav Gottschalk-  
**Konzert.**  
Humoristische Kapelle.  
Gesangsvorträge.  
Jeden  
Sonntag: Oeffentl. Tanz.  
Jeden Donnerstag:  
**Großer Ball**  
mit Präsentverteilung.  
**76 Kottbuser Damm 76**  
Kmt. Reichplatz: 5024.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im vierten Kreis hat ein Wechsel des Inhabers vom Kaiserhof-Kasino, Oranienstraße 190, stattgefunden. Der jetzige Inhaber, Herr Kirilowitsch, stellt es nach wie vor zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Groß-Lichterfelde. Heute, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“, Kranoldplatz: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Organisation als Ergänzung der politischen. Referent: Reichstagsabgeordneter P. u. S. Genossen! Sorge für Massenbesuch! Der Einberufer.

Schlendorf (Wannseebahn). Heute, Dienstag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei W. K. 1. Vortrag des Genossen Kamrowski: „Der deutsche Bauernkrieg“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Die Mitgliederversammlungen fallen der Feiertage wegen in diesem Monat aus.

Morgen, Mittwoch, beteiligen sich die Genossen an den bekanntgegebenen Protestversammlungen in Berlin. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant „Fürstentum“, Inhaber Barzels: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Genossen Wilhelm D. u. W. e. l. l.: „Spekulation und Moralreligion“. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die Einteilung der Jahlabendgruppen. Die Bezirksleitung.

Köpenick. Heute Dienstag, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Hohen-Schönhausen. Zur Versammlung am Mittwoch treffen sich die Parteigenossen pünktlich 1/2 Uhr bei Krause.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Nieder-Schönhausen. Für Nieder-Schönhausen findet morgen eine öffentliche Versammlung nicht statt. Dafür wollen die Genossen heute Dienstag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei W. K. e. l. l., Charlottenstr. 8, Ecke Weidstraße, erscheinen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. K. e. l. l. über: „Ferdinand Lassalle“. 2. Diskussion. 3. Wahlvereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Tegeler Seefelsen.

Der Feiertagsverkehr nach Tegeler und seiner herrlichen Umgebung hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Weit über hunderttausend lust- und lüftungsrige Großstadtmenschen werden an schönen Sommermorgens hinausgeführt. Die Verkehrsmisere ist zwar auch hier, wie nach so vielen anderen bevorzugten Ausflugsorten, an der Grenze des Erträglichsten angelangt, aber die Millionenbedürfnisnahme nimmt das mit bisterem Humor in den Kauf, um überhaupt nur in vollen Zügen Natur kneipen zu können. Wer am Tegeler See das prächtige Wald- und Wasserpanorama in fatter Ruhe genießen will, wird dem Massenverkehr aus dem Wege gehen. Die schaffende Bevölkerung ist darauf angewiesen, den durch Verkehrsärger schon geschmälerten Naturgenuss mit Hunderttausenden zu teilen. Zu dem „Juge nach Tegeler“ haben die reicheren Verkehrsgelegenheiten, die Anlage der Tegeler Strandpromenade und die Errichtung neuer Vergnügungs-Etablissements nicht wenig beigetragen. Alte Berliner, echte Naturfeinschmecker, können diesem larmenartig sich ergießenden Menschenstrom keinen rechten Geschmack abgewinnen. Andere wieder reizt dieser massenhafte Sonntagsausflug aus dem steinernen Spreesoloß und an den Ufern und auf dem Wasser das quirlende Leben und Treiben, das an amerikanische Weltstadtbäder erinnert. Wo erholungssuchende Menschen sich so häufen, beginnt selbstverständlich unter unergleichlicher Bureaokratismus sich von seiner schönsten Seite zu zeigen. Auch die Tegeler Seefelsen halten es für eine grundgesetzliche Idee, gerade an Feiertagen die dicken Notizbücher und die ewig schmachtenden Staatskassen zu füllen. Obenan steht die Jagd auf Badende, die ohne behördliches Sanktum ihren Körper reinigen und erfrischen. Wunderliches Land, dieses Preußen, das sich mäht an Regionen von Verboten! Ganz besonders hat man hier seit vorigem Jahre die Tegeler Seefelsen aus Korn genommen. Unter ein paar bedauerlichen Unglücksfällen mußte die Allgemeinheit leiden. Ach, wäre doch die Obrigkeit nur den hundertsten Teil so besorgt um die Millionen, die unter moderner Blutkaugerpolitik seufzen! Heute sind die Ausflügler von den schönsten Tegeler Seefelsen so gut wie verbannt. Das wird auch kaum anders werden, selbst wenn Scharfenberg, Baumwerder und Lindwerder in den Besitz der Stadt Berlin wirklich noch übergehen sollten. Die prächtige Insel Scharfenberg war bekanntlich viele Jahrzehnte der Ruhezeit des Botanikers und Dichters Dr. Karl Volle, der hier neben einem weinumrankten Landhaus seinen eigenartigen Baumgarten „Arboretum“ schuf, dessen Lage unter der neuen Festung geschützt ist. Das große Publikum hatte zwar auch früher nicht viel von diesem idyllischen Eiland, da der Herr der Inseln als Einsiedler lebte und keinen ungebundenen Besuch wünschte. Aber Interessenten wurde die Besichtigung doch stets gestattet. Daß auch Baumwerder und Lindwerder einen großen Teil ihres Naturschmucks verlieren werden, ist vielleicht nur eine Frage der Zeit. Alexander Humboldt, der am Tegeler See Kraft lag zu seinen unergänglichen Schöpfungen, würde sich im tannenumbegten Grabe des Tegeler Schloßparks umdrehen, wenn er diese von der Spekulation diktierte, immer rückwärtslos um sich greifende Naturzerstörung sehen könnte. Und mit ihm klagen die Geister all der Großen und Edlen der Nation, deren Worte und Werke mit dem Tegeler See innig verknüpft sind. Schon streckt das Goldfieber seine Hand gierig auch auf Valentinswerder gegenüber Spandau aus. Hier dürfen die Ausflügler noch unbeschränkt festen Fuß fassen. Der größte Teil dieser in dichtes Schilf gebetteten Insel ist mit Landhäusern besetzt, nur die eine Spitze mit dem Restaurant und einer hübschen Spielwiese dem Publikum vorbehalten. In allen Himmelsrichtungen um Berlin muß man von verschwundenen oder verschwindenden Naturschönheiten reden. Soll auch das Tegeler Inselgebiet zu einem Naturort werden? So steht man auf Schritt und Tritt vor den großen Aufgaben, die dem Zweckverband nicht unlösbar sein sollen. Wie sagt doch Wilhelm von Humboldt? „Man kann viel, wenn man sich nur recht traut!“

Das Kontor der „Herrn der Erde“ mit dem historischen Hut, der im Berliner Zeughaus unter Glas vor dem Votivstrahl be-

wahrt wird, prangt seit Sonntag an allen Anschlagkäusen Groß-Berlins. Es ist wieder mal die Klame für ein vaterländisches Spektakelstück, das auf dem Brauhäusberge in Potsdam heruntergerissen wird und auf die Zwangsbergziegel zum Huroparatimus gerichtet ist. Der Verfasser Agel Delmar trägt natürlich die mit Phantasiefarben auf, kommt aber wenigstens nicht in die Lage, sein Nachwort auf Befehl der preussischen Theaterzensur fälschen zu müssen, wie bei den Festspielen in Pöbelstempel, wo die Nachkommen der brandenburgischen Raubritzerzeit es sich verdienen haben, daß die heutige Generation wahrheitsgemäß mit den Landstreicherschandlaken der „Ebelsten der Nation“ belagert wird. Einen literarischen Wert hat auch das Potsdamer Madamstück nicht, kaum einen historischen. Es verheimlicht lediglich wieder den „monarchischen Gedanken“, der sich auch in dem „großen Korzen“ so lebendig entwickelte, daß er mit den damaligen europäischen Chronofesseln jonglierte. Der „Herr der Erde“ ist heute schon in Wahrheit der sozialistische Gedanke, der einen Napoleon niemals wieder erziehen lassen kann.

Aus dem Zweckverband. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner trat gestern der Ausschuss für den Verband Groß-Berlin im Berliner Rathaus zusammen. Den Beratungen, die vier Stunden in Anspruch nahmen, wohnten Oberpräsident Dr. v. Conrad-Potsdam mit dem Oberpräsidialrat Graf v. Koeborn bei. Auf der Tagesordnung standen u. a. der Waldverlauf der Stadt Spandau und die Anstellung von drei höheren Beamten (eines Juristen, eines Verkehrstechnikers und eines Bauingenieurs). Es wurde beschlossen, am nächsten Mittwoch eine Besichtigung der Spandauer Forst durch die Ausschussmitglieder der Beschlusssitzung voranzugehen zu lassen. Zu einer Beschlusssitzung über die Wahl der vorgeschlagenen Personen für die höheren Beamtenstellen kam es nicht. Die Sache mußte wegen vorgerückter Stunde vertagt werden. Als Mitglieder der Beschlussschöde sind vom Magistrat die Stadträte Geh. Rat Hoffe und Dr. Franz, sowie die Stadtverordneten Justizrat Galland und Bankdirektor Rommjen in Vorschlag gebracht worden.

Das „zum Klaffenhaft aufreizende“ Glendbild.

Gegen den die Förderung der Arbeiten des Zweckverbandes Groß-Berlin betreibenden Propaganda-Ausschuss hatten Hausbesitzer die Polizei angerufen, weil sein Säulenplakat mit dem von Käthe Kollwitz gezeichneten Bild zweier reduzierter Kinder zum Klaffenhaft aufreize. Nachdem es dem Hausbesitzerverein des Frankfurter-Lor-Bezirks gelungen war, die Polizei von der Notwendigkeit eines Verbotes weiterer Benutzung dieses Plakats zu überzeugen, wird jetzt gemeldet, daß auch die Staatsanwaltschaft noch mobil gemacht werden soll. Es heißt, daß die verantwortlichen Personen des Propaganda-Ausschusses, Staatssekretär a. D. Dernburg als Vorsitzender und Dr. Gehmann als Geschäftsführer, bereits der Staatsanwaltschaft wegen Aufreizung zum Klaffenhaft angezeigt worden seien. Man sieht sich zunächst versucht, diese Nachricht für einen faulen Witz zu halten, aber leider ist ja bei uns das Unglaubliche möglich. Schon ergreift hierzu auch die Geschäftsstelle des Propaganda-Ausschusses das Wort, um durch die Presse zu erklären, jene Zeichnung von Käthe Kollwitz sei niemals als eine typische Darstellung Berliner Kinder ausgegeben worden, sondern die beiden Kinder seien nur aufzufassen als Repräsentanten der vielen von den Schulärzten als kränklich und schwächlich befundenen Kinder. Die Erklärung schließt: „Es muß im hohen Maße dauerlich genannt werden, wenn die Mitglieder des Propaganda-Ausschusses, die nachdrücklich auf diese Tausende von ungesundeten und jugendlich bedrohten Kinder und auf die dringende Notwendigkeit besserer Spielplatzgelegenheiten hingewiesen haben, bestoegen von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt werden sollen.“ Nun fehlt nur noch, daß der Propaganda-Ausschuss den Hausbesitzern samt dem Staatsanwalt de- und reumütig Abbitte leistet. Es wäre nicht ohne besonderes Interesse, wenn Staatssekretär Dernburg wegen dieses „zum Klaffenhaft aufreizenden“ Glendbildes auch noch verurteilt würde.

Gibt es eine Baupolizei? Aus Arbeiterkreisen wird uns aus

Wilmersdorf geschrieben: In der Darmstädter Straße 5 wird gegenwärtig von der Firma Romanowski u. Co. ein Bau ausgeführt, auf welchem zirka 20 Arbeiter beschäftigt sind. Trotzdem derselbe schon bis zur ersten Etage gediehen, ist eine Baubude überhaupt nicht vorhanden. Es scheint sich also bisher niemand, auch die Polizei, welcher die Ueberwachung der Durchführung der Polizeivorschriften in die Hand gegeben ist, darum gekümmert zu haben, ob die Polizeiverordnung und die Bestimmungen der ministeriellen Verfügungen befolgt werden. Der Unternehmer macht sich hier offenbar einer Verletzung der behördlichen Vorschriften, welche zum Schutze der Bauarbeiter erlassen sind, schuldig. Die Bestimmungen, daß auf dem Bau zur Unterkunft der beschäftigten Arbeiter alleseitig dicht umschlossene und mit einem wasserdichten Dach versehene Räume vorhanden sein müssen, scheint ihn nicht zu kümmern. Wenn die Arbeiter die Befolgung der Polizeivorschriften durch einen Streik zu erzwingen suchten, würde die Polizei sofort auf dem Plan erscheinen. Der Untergrundraum der Arbeiter besteht gegenwärtig aus einer im Keller aufgestellten Stellage — zwei Regalregal und ein Brett —, an welcher die Sachen gehängt werden. Abgedeckt ist die ganze Geschichte durch die Rüstbretter, welche auf den Kellerträgern und den Balken in der ersten Etage liegen, so daß Schutt und Wasser ungehindert von oben eindringen können. Aber auch bei Regenwetter kann dieser „Untergrundraum“ leicht zu einer Badanstalt werden, denn das Wasser kann von höhergelegenen Hosterrain ungehindert hinein. Den Fußboden bildet Mutter Erde, die hier fast immer in weichem Zustande ist. Sitzgelegenheit ist nicht vorhanden; sie wäre auch für die Einnahme von Mahlzeiten zwecklos, denn sitzen könnte doch niemand, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, großen Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen. Fenster und Türen fehlen ebenfalls. Und die Arbeiter, die sich in diesem zugigen feuchten Raum aus- und anfeiden müssen, treiben ein frevelhaftes Spiel mit ihrer Gesundheit. Die Einnahme der Mahlzeiten, die Entlohnung, alles geht in der Kneipe vor sich. Der Bau wird von Nordmännern ausgeführt, die nicht dem Mut haben, energisch das zu verlangen, was ihnen durch das Gesetz garantiert ist. Sie hoffen und hoffen auf das Eingreifen der Polizei. Bisher vergebens, diese hat wichtigeres zu tun.

Ein Mißstand ganz gefährlicher Art ist auf dem Umbau Uhländer 78 offenbar geworden. Dort werden vom Unternehmer Dupper in der Portieretage Ladenausbrüche vorgenommen. Es werden bei dieser Arbeit Frontpfeiler herausgenommen und die neu erkantenen Deckungen mit großen schweren Trägern überdeckt, auf welchen dann das Mauerwerk und die Balken der ersten Etage ihren Stützpunkt finden. Bevor nun die Träger untergebracht sind, muß der ganze obere Teil des Gebäudes, an welchem die Aenderungen vorgenommen werden, äußerst sorgfältig und sicher abgesteift sein, damit nicht das Gebäude zusammenbrechen kann. Bei den hier in Frage stehenden Arbeiten ist aber die Absteifung leichtfertig und sorglos vorgenommen worden. Die Steifen sind nicht auf eine unerschütterbare Grundlage gestellt, sondern teils auf die Kellerdecken. Stürzt eine solche Koppe infolge des durch die

Steifen übermittelten starken Druckes ein, dann verlieren die Steifen ihren Halt, und die Gefahr des Gebäudeeinsturzes ist gegeben. Die Steifen hätten durch die Rappen hindurch bis auf die Kellerkappe gestützt und dort aufgestellt werden müssen. Es liegt hier ein regelrechter Verstoß gegen die allgemeinen Vorschriften für Bauausführungen vor.

Daß Unternehmer sich Verstöße der vorgenannten Art zu schulden kommen lassen können, liegt an der mangelhaften Kontrolle durch die behördlichen Organe. Es wird aber nicht anders werden, als bis fachkundige Männer aus dem Reihen der Arbeiter zur Baukontrolle herangezogen werden.

Massenerkrankungen wurden dieser Tage aus dem Heimstätte in Plankenburg gemeldet. Danach erkrankten eine größere Anzahl Patienten infolge Genusses von aufgewärmtem Lungenbrot, das verabreicht worden war. Die Patienten wurden von Uebelkeit und Erbrechen befallen und hatten andauernden Durchfall, der längere Zeit anhält. Es wird berichtet, daß sogar bei einigen Patienten Nierenerschütterungen eingetreten seien. Dem Arzt sei keine Meldung erstattet worden. Auf Nachfrage wird uns die Mitteilung von den Erkrankten bestätigt. Die Schreiber hätte aber durch Verabreichung von Tropfen den unangenehmen Erscheinungen begegnen können, so daß ernsthaftige Folgen nicht eingetreten seien. Es ist nötig, ernstlich darauf zu achten, daß Speisereise infolge allzu übertriebener Sparsamkeit nicht weitere Verwendung finden, zumal dann, wenn kranke Personen in Frage kommen. Eine verständige Wirtschaftsverwaltung sollte eigentlich wissen, daß gerade Lungenbrot sehr leicht dem Verderben ausgesetzt ist, und daß es unentschuldigbar ist, eine solche Speise Patienten nach 24 Stunden wieder vorzusetzen.

179 124 ist die Zaubernummer, auf die das große Los entfallen ist. So mancher Lotteriespieler, der sich im Weisse schon als Krösus sah und ausrechnete, was er mit dem großen Gewinn anfangen würde, wenn — er ihn bekäme, wird enttäuscht sein und seine Hoffnungen auf — das nächste große Los richten.

Mit den Adoptionszentralen ist, wie wir wiederholt mitteilten, in der letzten Zeit in Berlin und auch in anderen Großstädten, die auf diesem Gebiete mit der Reichshauptstadt in Verbindung standen, etwas aufgeräumt worden. Daß aber einzelne dieser „Spezialisten“, die das unsaubere Gewerbe weniger offen betreiben, immer noch gute Geschäfte machen, zeigt die Verhaftung eines Arbeiters Friedrich Widder aus Reußhau. Dieser machte in Zeitungen bekannt, daß er einen Knaben und ein Mädchen gegen einmalige Abfindung zu erteilen habe, und bezogene als seine Wohnung ein Haus in der Ritterstraße, in dem er sich in einem Fremdenlogis eingemietet hatte. Dort besorgte er seinen ganzen Briefwechsel, ließ sich aber sonst nur noch morgens sehen, um die Post in Empfang zu nehmen. Bewerber, die sich auf seine Anzeigen meldeten, verlangte er nach Art dieser Schwindler 5 bis 10 M. „Auskunftsgebühren“, die sie nach der Ritterstraße senden mußten, um voraus ab. Die letzten drei Tage kam jeden Morgen der Geldbriestäger mit neuen Sendungen. Dann ließ sich der Gauner im Logis nicht mehr sehen, und auch der Ritterstraße kam nicht wieder. Inzwischen erfuhr die Kriminalpolizei, daß der Adoptionsvermittler der Post geschrieben hatte, er werde von jetzt an Briefe und Geldsendungen vom Amte abholen. Beamte legten sich deshalb dort auf die Lauer und nahmen ihn fest, als er kam, um Sendungen in Empfang zu nehmen. Wie jetzt festgestellt wurde, hatte Widder in drei Tagen nicht weniger als 60 Anweisungen ausgehändigt bekommen.

Ein eigenartiger Straßenbahnunfall ereignete sich gestern Montag nachmittag an der Ecke der Vertrautten- und Grünstraße. Dort fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 58 auf einen an der Haltestelle haltenden Straßenbahnwagen der Linie 164 mit großer Gewalt auf. Bei dem Anprall wurden die Fahrgäste stark durcheinandergewirrt und der Kaufmann Friedrich Wulle aus der Landberger Allee 52 fiel ohnmächtig vom Vorderperon des Wagens der Linie 58 auf das Straßenpflaster. Er erlitt Rückenverletzungen und Wunden am linken Arm. Außerdem verunglückten noch zwei andere Personen, die über Schmerzen im Rücken klagten. Die drei Verletzten fanden auf der Unfallstation am Spittelmarkt die erste Hilfe und konnten dann nach ihren Wohnungen entlassen werden.

Im städtischen Obdach plötzlich gestorben ist gestern vormittag ein ungefähr 40 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Der Tote, der Papieren auf den Namen eines 1878 zu Charlottenburg gebürtigen Dreifachhändlers Paul Pienbach bei sich führte, ist ungefähr 1,65 Meter groß und kräftig und hat dunkelblondes Kopfsaar und einen dünnen, blonden Schnurrbart. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Im Streit erschossen hat in der Nacht zum Sonntag der 28 Jahre alte, zu Pannau im Kreise Goldberg gebürtige Arbeiter Alfred Reumann, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt, den 26 Jahre alten Kutscher Karl Räger, der aus Reustettin stammt, und bei seinen Eltern in der Landberger Allee 50 wohnte. Räger besuchte am Sonnabend abend mit mehreren Freunden verschiedene Schanklokale im Osten der Stadt. Gegen 3 Uhr endete ihre Bierreise in einer Wirtschaft in der Wadaistraße, in der Nähe der Fruchtstraße. In diesem Lokal hielt sich auch Reumann auf. Plötzlich sagte dieser, daß ihm sein Vortemmonate mit 65 M. Inhalt gestohlen worden sei und beschuldigte Räger des Diebstahls. Das verbat sich der Beschuldigte aber und Reumann beruhigte sich auch. Als Räger sich kurze Zeit darauf eine Zigarette anzündete, trat Reumann wieder auf ihn zu und forderte ihn im barschen Tone auf, ihm auch eine zu geben. Räger kam seiner Aufforderung aber nicht nach, fragte ihn vielmehr, wie er dazu käme, ihn immer zu belästigen. Dieser Wortwechsel artete zu Handgreiflichkeiten aus. Räger wollte sich aber im Lokal nicht mit seinem Gegner einlassen und sagte zu ihm, wenn er etwas wolle, so solle er mit ihm auf die Straße kommen. Darauf ging Reumann gleich ein und ging zur Fruchtstraße. Räger folgte ihm auch und gab ihm kurzerhand eine Backpfeife. Im selben Augenblick kam ein Radwagen dahergefahren und trennte beide, so daß Räger auf dieser, Reumann auf jener Seite stand. Reumann schlich sich jetzt hinter dem Wagen her und stand so plötzlich vor Räger, hielt diesem den Revolver auf die Brust und drückte ab, ehe der Betroffene ihm die Waffe entwenden konnte. Die Kugel drang Räger mitten ins Herz, so daß er sofort zusammenbrach und auf der Stelle verschied. Nach diesem Schuß fielen die Freunde des Erschossenen über Reumann her, nahmen ihm die Waffe ab, verprügelten ihn und brachten ihn zum 95. Polizeirevier in der Fruchtstraße 70. Einige von ihnen trugen den erschossenen Freund zur Unfallstation in der Roppenstraße. Hier konnten die Ärzte aber nur noch seinen Tod feststellen und liehen die Leiche nach dem Schauhause bringen. Reumann wurde nach seiner Vernehmung auf dem Revier nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Am Sonnabend nachmittag fanden Kullwischer, als sie den Müllkasten des Hauses Volkstraße 44 leeren wollten, in diesem ein Paket. Als sie den Umschlag, eine blaueblüme Schürze, entfernt hatten, fanden sie darin die schon stark verwesene Leiche eines neugeborenen Knaben. Sie wies am Kopfe mehrere blutige Verletzungen auf. Allem Anschein nach hat die unnatürliche Mutter das Kind nach der Geburt mit dem Kopfe auf einen harten Gegenstand geschlagen und so getötet. Die kleine Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Die Nachforschungen nach der Mutter waren bisher ohne Erfolg.

In einem Hotel vergiftet hat sich der 28 Jahre alte Handlungsgehilfe Hans Andree. Vor acht Tagen nahm dieser in einem Hotel



im Westen der Stadt ein Zimmer. Er verfügte über beträchtliche Vermögen und konnte sich, obwohl er keine Stellung hatte, gut über Wasser halten. Gestern morgen hörte der Hotelier, als er an dem Zimmer des jungen Mannes vorbeiging, ein starkes Röcheln. Er ging in das nicht verschlossene Zimmer und fand nun Andree in den letzten Zügen liegen. Er hatte sich mit Salzsäure vergiftet. Ein Arzt aus der Infanterie in der Eichendorffstraße wandte die ersten Gegenmittel an und ließ einen Wagen kommen, um ihn zum Krankenhaus zu bringen. Als dieser aber erschien, war der Lebensmüde bereits gestorben. In einem hinterlassenen Brief schrieb dieser, daß Liebeskummer ihn zu dem Schritte veranlaßt habe.

**Tod eines Parteiveteranen.** Am letzten Sonnabend hat uns wieder einer unserer Freunde verlassen. August Dittmann, eines der ältesten Mitglieder des zweiten Kreises, ist an Lungenentzündung und Herzschwäche gestorben. Schon in jungen Jahren folgte er seinen gewerkschaftlichen Pflichten und trat sofort mit dem Einsetzen der großen modernen Arbeiterorganisation aus seinem kleinen isolierten Verband zum Deutschen Transportarbeiterverband im Jahre 1890 über. Nie hat er versäumt, seine Kollegen und Freunde zu gewerkschaftlicher und politischer Betätigung aufzumuntern, und die älteren Mitglieder der jetzigen 8. Abteilung des zweiten Kreises werden sich seiner aus den vier Jahren noch gern erinnern. Die Genossen der 7. Abteilung betrauern den Verlust ihres langjährigen Mitgliedes und Freundes, den sie nie vergessen werden.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag vormittag gegen 10 Uhr am Königsplatz. Dort wollte der obdachlose Arbeiter Johann Kottschek den Motorwagen 2007 der Linie 80 während der Fahrt verlassen, kam jedoch zu Fall und blieb neben dem Wagen liegen. Der Verunglückte erlitt eine klaffende Wunde am Hinterkopf und wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft.

**Rechts- und Lichtspiele** nennt sich ein neues Lichtspieltheater, das sich seit einigen Tagen in der Blumenstraße 10 aufhalten hat. Der Theaterraum ist recht nett ausgestattet und umfaßt 800 Sitzplätze. Die Direktion hat die Absicht, nur erstklassige Sachen in besonders künstlerischer Weise zur Aufführung bringen zu lassen. Das Programm des ersten Abends, das auch eine Matinee enthielt, läßt hoffen, daß die Direktion nur Gutes bieten wird.

**Kadrennen im Olympia-Park.** Sonntag, 19. Mai. Bei schönem Wetter und gutem Besuch hat der heutige Sonntag interessante Sport. Der Alfred-Stöcker-Preis, ein Stundenrennen mit der Beteiligung von Janke, Guignard, Niquel, Stellbrink und Walthour verlief recht spannend, und jeder Fahrer konnte sein Können zeigen und Vieles eringen. Zu Beginn ging Stellbrink vor Niquel, Guignard, Walthour und Janke mit der Führung ab, die er indes in der 17. Minute an Niquel abtreten mußte und für den Rest nicht mehr in Frage kommt. Niquel und Walthour brachten ihn aus dem Gefecht. — Niquel kann jedoch ebenfalls nicht lange an der Spitze bleiben. Guignard, der anfänglich nicht in Schwung kam, hielt mächtig auf und errang in der 23. Minute die Führung. Walthour hat den zweiten Platz inne, da auch Niquel das Rad wechselt. Gegen den Schluss des Rennens wird der an letzter Stelle liegende Janke lebendig und holt zusehends auf, so daß er in der 49. Minute selbst Guignard passieren kann. Der Berliner macht nun auf den Amerikaner Jagd und kann ihm den zweiten Platz abjagen, so daß er unter großem Beifall mit Guignard, der ihm ritterlich den Platz abtritt, unter großem Beifall die Ehrenrunde mitfährt. — Den Mai-Preis über 10 Kilometer gewinnt Stellbrink vor Guignard, Walthour, Niquel und Janke. — Auch die Flegelrennen brachten interessante Kämpfe bei guter Beteiligung unserer besten Flegler. — Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfall.

**Zwei gefährliche Brände,** bei denen mehrere Personen in Erstickungsgefahr schwebten, brachen am Sonntag am Weinbergsweg 11 und in der Pappel-Allee 21, im Norden Berlins, aus. Am Weinbergsweg 11 brannte nachmittags der Keller des Hauses in großer Ausdehnung. Das Feuer hatte eine ungewöhnliche Rauchentwicklung im Gefolge, so daß eine Panik unter den Hausbewohnern auszubrechen drohte. Als der 13. Zug zuerst anrückte, war die Straße in der Umgebung der Brandstelle schon stark verqualmt. Die Durchfahrt des Hauses am Weinbergsweg 11 war vollständig in Rauch getaucht, und von Zeit zu Zeit schossen Stichflammen durch den Rauch. Es hielt für die Mannschaften schwer, erst einmal den Eingang des Kellers festzustellen. Da der Rauch geradezu erstickend war, mußte der Brandinspektor einige Soppente mit Aushauch- und Sauerstoffapparaten ausrücken lassen, die dann von drei Seiten aus gegen den Brandherd vordrangen. Andere Mannschaften eilten nach den Wohnungen, um die dort befindlichen Leute zu beruhigen und von übereilten Schritten zurückzuhalten. Durch Öffnen der Fenster wurde für den Abzug des Rauches gesorgt. Leider war die Durchfahrt des Hauses nicht gewölbt, sondern bestand aus einer einfachen Holzdecke, die an mehreren Stellen durchbrannte. Aus einem über dem Brandherd liegenden Vogelgeschäft mußten in Hast die Vögel und Tiere ins Freie geschafft werden, um sie vor dem Erstickenden zu bewahren. Nach längerer Löscharbeit mit drei Schlauchleitungen konnte das Feuer schließlich auf den Keller beschränkt werden. Durch die Hitze war auch ein Gasherd zum Gasmesser geschmolzen, so daß das Gas im Hause abgesperrt werden mußte, um weiterer Gefahr vorzubeugen. In dem Keller lagerten größere Mengen Holz der Drechselei von Gorgeb. Während der Löscharbeiten mußte auch der Straßenbahnverkehr am Weinbergsweg eingestellt werden, da die Schlauchleitungen der Wehr über die Straße hinweg gelegt werden mußten. — In der Pappel-Allee 21 herrschte das Feuer in einer Wohnung des zweiten Stocks. Der erstickende Rauch erfüllte bald Wohnungen und Treppen, und der Mieter bemächtigte sich eine panische Aufregung. Als die Feuerwehr eintraf, hatten beherrzte Männer schon einige Frauen und Kinder, die besonders gefährdet waren, in Sicherheit gebracht. Ein Mann stand aber an einem Fenster des dritten Stocks und traf bereits Anstalten, auf den Hof hinabzuspringen, da sein Zimmer vollständig verqualmt war. Brandmeister Maeder ließ sofort Sappeure über Sted- und Hakenleitern nach dem dritten Stock vordringen, um den Mann vom Sprung in die Tiefe zurückzuhalten. Gleichzeitig drangen Mannschaften in die brennende Wohnung vor und löschten das Feuer in wenigen Minuten. Der Brand war durch die Unvorsichtigkeit einer Frau verursacht worden.

**Hunderttausend Mark unterschlagen!** Nach Unterschlagung von 100 000 M. ist gestern nachmittag der am 28. Oktober 1889 zu Berlin geborene Kassenbote Max Hase aus der Schivelbeiner Straße 44 flüchtig geworden. Hase war seit Januar v. J. bei der American Express Compagnie m. B. O., die ein großes Bank- und Transportgeschäft in der Charlottenstraße 55 betreibt, beschäftigt. Gestern nachmittag um 4 Uhr wurde er vom Geschäft beurlaubt, mit seinem älteren Kollegen von der Dresdener Bank in der Behrenstraße 100 000 M. abzuheben und bei der Reichsbank einzuzahlen. Als den Kassenboten das Geld ausgehändigt wurde, steckte sie es in eine schwarzlederne Tasche, die sich Hase um die Schulter hängte. Beide gingen dann gemeinsam nach der Reichsbank. Hier verabschiedete Hase unter dem Vorgeben, austreten zu müssen. Der jugendliche Durchbrenner, auf dessen Ergreifung eine angemessene Belohnung gesetzt ist, ist 1,70 Meter groß und unterseht, hat dunkelblondes, kurzgeschornenes Haar, einen Anflug von blondem Schnurrbart, ein frisch-rundes Gesicht, eine hohe Stirn, graublau Augen und eine aufrechte Haltung. Er trug einen schwarzen, steifen Hut, einen dunkelblauen Virenzug, der auf dem Kragen aufschlag die Aufschrift „American Express Co.“ trägt und einen ungelegten Stragen mit schwarzweiß punktierte Krawatte. Das erbeutete

Geld besteht aus 85 Tausendmarktscheinen, 100 Hundertmarktscheinen und fünf Rollen mit Zwanzigmarktscheinen à 1000 M.

**Irreillich verkauft** wurde am Sonntag abend zwischen 9¼ und 9½ Uhr im Zuge von Erker von einem Herrn auf dem Bahnhof Stralau-Nummelsburg eine graue Pelzermine. Der Herr wird zwecks Austausch ersucht, seine Adresse an H. Woch, Neuzölln, Rahlower Straße 8, III, einzusenden.

## Vorort-Nachrichten.

### Nichtenberg.

Durch einen „Schreckschuß“ schwer verletzt wurde die Frau des Kaisers Hofe, der, wie gemeldet wird, in der Nacht zum Sonntag von einem Schützen wegen Außerföhrung verhaftet werden sollte. Bei dieser Gelegenheit sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die eine bedrohliche Haltung gegen den Beamten eingenommen haben soll. Die Frau des Festgenommenen versuchte, so wird weiter berichtet, ihren Mann zu befreien. Ein hinzueilender Schützmann gab in Notwehr einen Schreckschuß ab, der der Frau in die Brust drang, so daß sie schwerverletzt in das Nummelsburger Krankenhaus gebracht werden mußte. Besser wäre es gewesen, wenn der hinzueilende Schützmann das Abgeben eines Schreckschusses unterlassen hätte, denn allem Anschein nach hätte er die Waffe recht schlecht zu handhaben verstanden.

### Hohen-Schönhausen.

Sozialdemokraten im Dreiklassenparlament lautete das Thema, über welches Genosse L. D. in einer überfüllten Volksversammlung referierte. Die Versammelten zollten dem Redner starken Beifall. Als Resultat der imposanten Versammlung konnte eine Anzahl Neuaufnahmen für den Wahlverein bezeichnet werden.

### Friedrichshagen.

**Aus der Gemeindevertretung.** Zunächst gab der Bürgermeister die Kassenrevision bekannt. Danach betragen die Einnahmen 133 942,68 M., die Ausgaben 147 940,67 M. Am 28. April 1912 hatte die Gemeindevertretung beschlossen, die Gräber der Moskischen Exilanten, die der Gemeinde ein Vermögen hinterlassen hatten, in Stand zu setzen und dauernd zu unterhalten. Außerdem soll noch eine Gedanktafel gesetzt werden. Die Kosten von 100 M. für diese Zwecke werden bewilligt. Der Vertrag mit dem Kreis Niederbarnim über Verlegung von Kanalisations- und Wasserleitungsröhren nach der neuen Oberförsterei wurde genehmigt. Die Zuschläge für die Maurer- und Töpferarbeiten bei der Renovierung der Sanitätswoche erhalten als Mindestfordernde 9. Verge mit 1407 M. und Töpfermeister Karl mit 231,50 M. Ueber den Vertrag mit den Pächtern der Müggelsee-Dafenanlage wurde nochmals verhandelt, da einige Änderungen notwendig waren, der Vertrag wurde in der neuen Fassung angenommen. Der Bürgermeister dankte hierbei, daß die Anlage bis zu den Ferien hergestellt sein soll, doch werden die Schmutzkanäle erst zum Herbst ausgeführt. Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß der Schöffe Rentier Kunze bestätigt und in sein Amt bereits eingeführt worden sei. Genosse Mieske brachte den Durchbruch bei der Köpenicker Straße 9 in Erinnerung, wo die Gemeinde seinerzeit zu diesem Zwecke ein Grundstück angeschafft habe. Der Bürgermeister erklärt hierauf, daß die Tiefbaukommission sich in der letzten Sitzung bereits mit dieser Angelegenheit befaßt habe, mit den Eigentümern soll betreffs der Anliegerbeiträge verhandelt werden. Zunächst sei jedoch nur ein Durchgangsweg in Aussicht genommen.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Die Vorbereitungen zu dem am zweiten und dritten Pfingstfest hier stattfindenden Heimatsfest sind in vollem Gange. Selbstverständlich machen die Entrepreneure des Festes für den Besuch derselben eine Sonderbeklebung. Die Tatsache, daß die Arbeiterkassette mit diesem Kummel nichts zu tun haben will, hat bereits dazu geführt, daß sich nicht genug Statisten finden, die als Mönche- und Landpöbel am Festtage teilnehmen sowie bei der Theateraufführung mitwirken wollen. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß die zu dem Kummel notwendigen Kostüme umloist geliefert werden, also keinerlei Unkosten entstehen. Doch da die Arbeiterkassette kein Interesse daran hat, die ehemaligen Ritter und Heiligen, die Ahnen unserer heutigen Junlersippe nachzuahmen, wird auch dieser Vorzug ohne jede Wirkung bleiben. Zudem darf nicht außer acht gelassen werden, daß die zu den Aufzügen zur Verwendung kommenden Pferde an solchen Tumult nicht gewöhnt sind und daher Unfallsfälle ersterer Art eintreten können. In Veräuflichung all dieser Dinge wird die Arbeiterkassette nicht nur sich, sondern auch die Kinder von diesem sogenannten Heimatsfest fernhalten.

### Nieder-Schönhausen.

**Aus der Gemeindevertretung.** Die Festsetzung des Befolgdungsplans für die Gemeindebeamten und sonstigen Angestellten der Gemeinde wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Erhöhung beträgt für die Beamten 100—300 M. pro Jahr, die der Gemeindearbeiter pro Woche 1 M. Die dadurch entstehenden Mehrkosten betragen pro Jahr 4365 M., zugleich wurde darauf hingewiesen, daß in den nächsten 5 Jahren von weiteren Erhöhungen der Gehälter Abstand genommen werden müsse, mit Ausnahme der Gemeindearbeiter. Ueber den Erlaß eines Ortsstatuts betreffend die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen berichtete Bürgermeister Abraham. Die Geschäftsinhaber sowie die Vertreter der verschiedenen Handlungsgewerkschaften seien von ihm zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen worden, eine Einigung wäre jedoch nicht erzielt worden. Hierauf habe sich die von der Vertretung gewählte Kommission eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Die Kommission habe beschlossen, das Pantower Statut einzuführen, Verkaufszeit Sommer wie Winter von 8—10 Uhr und von 12—2 Uhr; sollte Pantow das Berliner Statut annehmen, so werde Nieder-Schönhausen ebenfalls dasselbe beschließen. Genosse Hellrich machte darauf aufmerksam, daß der Regierungspräsident des Pantower Statut nicht genehmigt habe, somit sei es doch zweifellos, daselbe anzunehmen. Recht eigentümlich sehe es übrigens aus, daß eine Gemeinde auf die andere warte, er bitte nochmals, mit Pantow in Verbindung zu treten, um gemeinsam das Berliner Statut zur Einführung zu bringen. Bürgermeister Abraham lehnte es ab, nochmals in Pantow anzufragen, da ihm bei seiner ersten Anfrage kurz geantwortet worden sei: Pantow habe das Berliner Statut abgelehnt. Hierauf wurde der Antrag der Kommission angenommen. Für den obligatorischen Spielunterricht in den höheren Schulen wurde das Sietekornsche Grundstück in der Bismarckstraße als Spielplatz zum Preise von 1 M. pro Spielfeld gepachtet. Dem Spielleiter wurden 150 M. bewilligt. Hierbei regte Genosse Hellrich die Anlage eines öffentlichen Spielplatzes an, worauf vom Bürgermeister mitgeteilt wurde, daß man bereits sich nach einem geeigneten Grundstück umsehe. In der Schule Buchholzer Straße ist der Ausbau eines zweiten Zimmers für den Schulleiter nötig. Die Kosten würden 750 M. betragen. Dieser Punkt wurde jedoch in die nächstfolgende Sitzung verlegt. Genosse Preimann betonte hierzu, daß er sich die Wohnung angesehen habe, er könne nur sagen, daß es geradezu skandalös sei, einen Menschen in einer so engen Dachwohnung unterzubringen. Pflicht der Gemeinde sei es, für eine angemessene Wohnung Sorge zu tragen. Diesen Ausführungen stimmten auch die bürgerlichen Vertreter zu. Am Schlusse der Tagesordnung wies Genosse Woske auf den frühen Schulanfang (7 Uhr) der sieben- und achtjährigen Kinder hin, von denen ein Teil einen größeren Weg

zu gehen habe. Die Angelegenheit soll der Schulbesuchskommission unterbreitet werden. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

### Petershagen bei Fredersdorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte noch einmal über den Gemeindeetat abzustimmen. Durch Einsetzung eines vierten Lehrers ab 1. April d. J. mußten weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, so daß der Etat für 1912/13 nicht 23 500 M., sondern 24 000 M. beträgt. — An Stelle des erkrankten Schöffen Herrn Lucas wurde für die Vertretung der Separationsgemeinde der politischen Gemeinde gegenüber Herr Herrn. Bugge bestimmt. — Weiter wurde beschlossen, den Teil des Eggersdorfer Weges von der Fredersdorfer Grenze, das ist vom Fließ ab, bis zum vorhandenen Pflaster der Dorfstraße pflastern zu lassen und zwar in voller Breite von acht Metern. Der Beschluß wurde gefaßt unter der Voraussetzung, daß der weitere Teil des Eggersdorfer Weges ebenfalls bald gepflastert wird. Öffentlich bleiben auch die bürgerlichen Vertreter fest und legen ihre Hoffnung nicht mehr auf den Kreis. — Zur Abschätzung der bebauten Grundstücke für die im nächsten Jahre in Kraft tretende Grundsteuer wurde eine Kommission von sechs Personen bestimmt, der auch zwei Genossen mit angehören. — Der vorgelegte, abgeänderte Bebauungsplan für das Bieingelände am Fließ, nördlich der Bahn, wurde einstimmig gutgeheißen.

### Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Steinsemeister Meyer aus Spandau der Zuschlag für die Pflasterarbeiten des von der Wandliger Chaussee nach dem Nepht-Restaurant führenden Weges zum Preise von 13 000 M. erteilt. Der Kaufmann Röber aus Bernau hatte an die Stadtverordnetenversammlung wie auch an den Magistrat ein langes Schreiben gerichtet, in welchem er klarzulegen versuchte, daß der Zuschlag ihm zukomme. Auch bringt der Herr seine patriotische Bestimmung in empfehlende Erinnerung. Es ging jedoch kein Redner auf das Schreiben ein. Herr Röber mag daraus ersehen, daß es nicht immer angebracht ist, wenn man seinen Patriotismus in so auffälliger Weise präsentiert. Ueber die Einführung elektrischer Energie zur Kraft- und Beleuchtungsmedien referierte in der darauffolgenden Vorbesprechung der Stadtverordnete Vois. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, solange zu warten, bis der Vertrag mit der Gasanstalt erledigt ist und dieselbe preiswert erstanden werden kann. In nichtöffentlicher Sitzung wurde die Amtszulage des Leiters der Disziplin Disziplin hervor. Danach soll zuerst eine Frauenleiche ungeeignet mit dem Leichenwagen transportiert worden sein, erst nachdem auf Anordnung der Wagen wieder zurückgeholt worden sei, habe man die Leiche eingefahrt. Es wurde hierzu betont, daß der Krankenträger die Pflicht habe, Armenleichen einzufahren. Die anderen Leichen würden jedoch von den den Sarg liefernden Tischlern eingefahrt, letzteres habe aber der betreffende Tischler verabsäumt. Künftig sollen aber alle Leichen von dem Krankenträger eingefahrt werden.

### Böfen.

Vor circa 400 Personen sprach am Sonnabend Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann über „Kirche, Schule und Staat“. In treffenden Worten wies der Referent den Unterschied des Unterrichts in den Volksschulen und den höheren Schulen sowie die Tatsache nach, daß die Religion von den herrschenden Klassen und von der Regierung nur benutzt wird, um die unteren Volksschichten in geistiger Anständigkeit zu erhalten. Der tosende Beifall der Zuhörer bewies, daß sie mit dem Gehörten einverstanden waren. Einen Diskussionsredner vom hiesigen christlichen Junglingsverein fertigte Genosse Hoffmann nach Gebühr ab; öffentlich ist die hiesige Geistlichkeit das nächste Mal selbst zur Stelle, denn bis jetzt ist dieselbe unter allerlei Ausreden unseren Versammlungen ferngeblieben. Zum zweiten Punkt sprach der Geschäftsführer der Berliner Freireligiösen Gemeinde, Genosse Garndt, über „Zweck und Ziele der Freireligiösen Gemeinden“. Der Erfolg des Abends war, daß sich eine Anzahl Veranlassungsteilnehmer zum Beitritt der hiesigen Ortsgruppe der Freireligiösen Gemeinde von Groß-Berlin meldeten. Auch ihren Austritt aus der Landesstraße beantragte eine Anzahl Männer und Frauen. Auskünfte über Austritte erteilen jederzeit die Genossen Richard Seidel, Stubenrauchstr. 96, und Reinhold Fischer, Bahnhofstr. 28, wo auch Formulare jeder Art zu haben sind.

## Eingegangene Druckschriften.

Die Revolution des Christentums. Von H. Rutter. 3 M., geb. 4 M. — Der Fürstentum und Friedrich der Große. Von Nicolo Machiavelli. 3 M., geb. 5 M. C. Dieberichs, Jena.

**Marktbericht von Berlin am 18. Mai 1912,** nach Ermittlung des Königl. Volkspräsidiums. Marktpreis (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—55,00. Amlen 40,00—80,00. Kartoffeln (Reinhandl.) 6,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Aule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,20. 60 Stück Eier 1,80—2,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Kase 1,50—3,20. Jander 1,80—3,80. Dichte 1,40—2,80. Barfische 1,00—2,20. Schote 1,40—3,20. Wic 0,80—1,60. 60 Stück Kröße 1,80—40,00.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 5.		am 18. 5.		Wasserstand	am 19. 5.		am 18. 5.	
	cm	om <sup>1)</sup>	cm	om <sup>1)</sup>		cm	om <sup>1)</sup>	cm	om <sup>1)</sup>
Kemml. Mühl	142	+5			Saale, Großh.	80	-10		
Preagel, Ansternburg	-43	+1			Saale, Spandau <sup>2)</sup>	37	-8		
Weißel, Thern	64	0			Rathenow <sup>3)</sup>	38	-2		
Ober, Ralibor	462 <sup>4)</sup>	+129			Spree, Spremberg <sup>5)</sup>	63	0		
• Krossen	78	-1			• Borsow	82	+1		
• Brandst.	92	-1			Weser, Ränden	152	-9		
• Barth, Schrimm	-8	+2			• Minden	230	-4		
• Landberg	-10	0			Rhein, Maximilianst.	521	+11		
Reg, Borsdam	-2	-2			• Raub	257	+7		
Eise, Peltimerh	-56	-6			• Köln	236	+7		
• Dresden	-169	-7			• Rehar, Hellstrom	48	-1		
• Bergr	83	-5			• Rain, Danau	120	-2		
• Magdeburg	80	-3			• Rosel, Arier	45	+3		

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch. — Fall — <sup>2)</sup> Unterpegel. <sup>3)</sup> Höchster Wasserstand am 19. um 4 Uhr morgens 474 cm.

## Witterungsübersicht vom 20. Mai 1912.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. W. u. N.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolken-höhe	Wetter	Temp. u. W. u. N.
Swinemüde	764	SW	2	bellet	13	Dapranba	758	SW	2	Rebel	6
Damburg	763	SD	2	wolkenl	13	Petersburg	762	SW	1	bellet	8
Berlin	764	SD	1	bellet	14	Schw.	757	SW	3	halb bb.	12
Frankfurt	761	SD	1	Dunst	15	Aberdeen	761	SW	1	Regen	8
München	763	SD	2	wolkenl	14	Paris	760	SW	3	bedekt	15
Wien	765	SD	1	wolkenl	14						

**Wetterprognose für Dienstag, den 21. Mai 1912.**  
Zunächst vielwolke, am Tage warm bei mäßigen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Gemütsreinigung.  
Berliner Wetterbureau.

**Pfingstwein „Santa Lucia“ Kraft-Rotwein <sup>1</sup>50 und <sup>2</sup>00**  
Nachahmungen, bitte, zurückweisen.  
Künftig in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften.  
Verantwortlicher Redakteur: Albert Woch, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Woch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.